

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

"trasformismo" oder gegenhegemoniale Wende? Kolumbiens
politische Ökonomie im Spannungsfeld historischer
Machtstrukturen und aktueller Reformprozesse

verfasst von | submitted by
Sabrina Berger BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Johannes Jäger

Abstract Deutsch

Die Arbeit untersucht politische Transformationsprozesse in Kolumbien vom 19. bis ins 21. Jahrhundert mit besonderem Fokus auf die Regierungsphase Gustavo Petros. Im Zentrum steht die Frage, ob sich unter Petro ein gegenhegemoniales Projekt entwickelt oder ob Reformen im Sinne Gramscis als trasformismo bestehende Machtverhältnisse stabilisieren. Auf Grundlage kritischer politischer Ökonomie und gramscianischer Ansätze sowie des Critical Realism als methodologischem Rahmen zeigt die Analyse, dass historische Abhängigkeiten, globale Einbindungen und institutionelle Kontinuitäten die Reichweite politischer Reformen begrenzen. Gleichzeitig eröffnen soziale Mobilisierungen und neue politische Diskurse alternative Handlungsspielräume, deren langfristige Wirkung jedoch offen bleibt.

Abstract English

The thesis examines political transformation processes in Colombia from the nineteenth to the twenty-first century, with particular focus on the presidency of Gustavo Petro. It explores whether Petro's government represents the emergence of a counter-hegemonic project or whether reforms function as a form of Gramscian trasformismo that stabilizes existing power relations. Drawing on critical political economy, Gramscian approaches, and Critical Realism as a methodological framework, the analysis shows that historical dependencies, global entanglements, and institutional continuities limit the scope of political reforms. At the same time, social mobilizations and new political discourses open alternative political possibilities whose long-term effects remain uncertain.

Einleitung.....	1
Forschungsstand.....	4
Methodologie und theoretische Zugänge.....	6
Critical Realism – Methodologische Grundlage.....	6
Theoretische Grundlagen der Kritischen Politischen Ökonomie.....	8
Antonio Gramsci & das Konzept der Hegemonie.....	11
Zentrale Begriffe.....	12
Hegemonie, Staat und Zivilgesellschaft.....	12
Rolle der Intellektuellen.....	14
Historischer/Geschichtlicher Block.....	16
Der Alltagsverstand und die kulturelle Auseinandersetzung.....	17
Subalternität.....	19
Passive Revolution und ihre Mechanismen.....	21
Cäsarismus als Vermittlungsmechanismus.....	23
trasformismo als molekulare Absorption.....	24
Philosophie der Praxis.....	27
Politischer Kampf & emanzipatorische Handlungsmöglichkeiten.....	28
Dependenztheorie.....	30
Neogramscianismus.....	33
Politische Transformation und Machtverhältnisse in Kolumbien	
Eine historische Analyse (19. – 21. Jahrhundert).....	36
19. Jahrhundert.....	36
Autonomie, Staatsbildung und fragile nationale Identität.....	37
Interne Herrschaftsmechanismen und soziale Reproduktion.....	39
Kriege, Krisen und Fragmentierung staatlicher Ordnung.....	41
Von kolonialen Strukturen zu imperialen Abhängigkeiten.....	45
Fazit: 19. Jahrhundert – Zwischen Identitätskrise und kolonialer Kontinuität.....	48
20. Jahrhundert.....	50
Externe Einflussnahme und neoliberale Abhängigkeitsstrukturen.....	50
Selektive Integration und politische Stabilisierung.....	55
Institutionelle Absorption im Agrar- und Arbeitssektor.....	56
Von symbolischer Einbindung zu gewaltvoller Abschottung.....	57
La Violencia und Krise politischer Integration.....	57
Der Staat im Spannungsfeld konkurrierender Gewaltakteure.....	60
Verfassung von 1991 zwischen Reform und Kontinuität.....	63
Fazit: Zwischen externer Integration und interner Exklusion.....	65
21. Jahrhundert.....	68
Vom Sicherheitsstaat zur neoliberalen Ordnung (1998–2010).....	68
Friedensrhetorik und autoritäre Hegemonie in Kolumbien.....	68
Neoliberale Sicherheitshegemonie und autoritäre Stabilisierung unter Uribe (2002–2010).....	71
Das Beispiel: Ecopetrol und Freihandelsabkommen.....	73
Vom Friedensprozess zur kontrollierten Reform (2010–2018).....	75

Institutionalisierte Konfliktbearbeitung und begrenzte Transformation.....	75
Organische Krise und gegenhegemoniale Mobilisierung (2019–2022).....	78
Zwischenfazit.....	82
Der Pacto Histórico und der Plan Nacional de Desarrollo (2022–2026).....	84
Strukturelle Grenzen und soziale Realität.....	86
Arbeitsmarktreform Ley 2466 de 2025.....	88
Regierungsbilanz und strukturelle Grenzen unter Gustavo Petro (2022–2025)...	90
Außenpolitische Neuorientierung und symbolische Hegemonie unter Petro.....	92
Fazit: Kolumbien im Wandel: Postneoliberale Staatlichkeit und die Grenzen der Transformation.....	95
Ergebnis.....	98
Diskussion.....	98
Rückführung zur Forschungsfrage und Relevanz der Analyse.....	102
Schlussfazit und Reflexion.....	104
Literaturverzeichnis.....	108
Online-Quellenverzeichnis.....	111

Einleitung

Am 19. Juni 2022 schrieb die kolumbianische Zeitung *El Tiempo*: „*Gustavo Petro: 'A partir de hoy Colombia cambia, Colombia es otra'*“ (2022). Auch die *New York Times* verfasste den Artikel „*He Promised to Transform Colombia as President. Can He Fulfill That Vow?*“ (2022) sowie die österreichische Tageszeitung *Der Standard* die Headline: „*Kolumbiens neuer Präsident Petro will Ungleichheit und Klimawandel bekämpfen*“ (2022). Diese Titel sind die Reaktion auf den ersten progressiven Präsidenten Kolumbiens, Gustavo Petro, der am 7. August 2022 das Amt offiziell übernommen hat. Die Erwartungen internationaler Beobachter:innen und vor allem der kolumbianischen Bevölkerung sind hoch. Petro gewann die Wahl mit dem *Pacto Histórico*, einem Zusammenschluss sozialer und politischer Gruppierungen, wodurch große Hoffnung auf strukturelle Veränderung entstand. In der Vergangenheit kam es im lateinamerikanischen Raum immer wieder zu Machtwechseln mit progressiven Programmen, die jedoch häufig an den herrschenden kapitalistischen Bedingungen scheiterten. In Kolumbien ist diese Situation einzigartig und bietet einen neuen Einblick in politische und gesellschaftliche Strukturen innerhalb einer Nation, während einer global instabilen Periode.

Das Aufbrechen sozialer und ökonomischer Ungleichheiten, die aus strukturellen Macht- und Herrschaftsverhältnissen hervorgegangen sind, ist ein zentrales Anliegen Petros, das jedoch auf Widerstand der vorherrschenden Strukturen stößt. Diese sind nicht neu, sondern aus der kapitalistischen Produktionsweise entstanden, einem mindestens 500 Jahre dauernden Prozess mit dem Ziel der unaufhörlichen räumlichen, ökonomischen und sozialen Expansion (Parnreiter et al. 1999: 11). Die kapitalistische Produktionsweise reproduziert auf kolonial begründeter Basis soziale und räumliche Ungleichheit und positioniert ehemalige Kolonien in einer strukturell heterogenen, ökonomisch und politisch untergeordneten Stellung innerhalb einer in Zentren und Peripherien gegliederten Weltordnung (ebd.: 12).

Vor diesem strukturellen Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Regierung unter Gustavo Petro eine grundlegende Transformation einleiten kann oder in bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebunden bleibt. Um diese Frage zu beantworten, zielt die vorliegende Arbeit auf eine historische und gegenwartsbezogene Analyse der politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse

der kolumbianischen Gesellschaft ab, um einen möglichen Paradigmenwechsel in der politischen Kultur zu untersuchen. Im Zentrum steht dabei die Frage nach gesellschaftlicher Führung, Konsensbildung und Machtverschiebung.

Zur Beantwortung dieser Frage wird ein kritisch-realistischer Ansatz herangezogen. Der Critical Realism bildet als wissenschaftsphilosophische Methodologie den erkenntnistheoretischen Rahmen dieser Arbeit und ermöglicht es, soziale Krisen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht nur auf der Ebene sichtbarer Ereignisse zu beschreiben, sondern die Wechselbeziehungen zwischen Ereignissen, tieferliegenden Strukturen und zugrunde liegenden Mechanismen systematisch einzuordnen. Sie bildet die Grundlage für die nachfolgenden Theorien.

Zur theoretischen Fundierung wird daher auf die kritische politische Ökonomie zurückgegriffen, die den gesellschaftlichen (Re-)Produktionsprozess als umkämpftes Verhältnis von Macht, Zustimmung und Zwang begreift und strategische Schlussfolgerungen zur Stärkung subalternen Akteur:innen ermöglicht (Jäger & Springler 2015: 149). Den zentralen analytischen Rahmen dieser Arbeit bildet Antonio Gramscis Hegemonietheorie. Sie erlaubt es, politische Herrschaft nicht nur als Zwangsverhältnis, sondern als historisch gewachsene Verbindung von ökonomischer Struktur, staatlicher Macht und zivilgesellschaftlichem Konsens zu begreifen. Begriffe wie Hegemonie, Staat, Zivilgesellschaft, historische Blöcke, passive Revolution und *trasformismo* ermöglichen es, den aktuellen politischen Wandel in Kolumbien als Aushandlungsprozess zwischen herrschenden und subalternen Kräften zu analysieren (Pimmer & Schmidt 2015: 26). Neben der historischen Analyse ökonomischer Abhängigkeitsverhältnisse richtet die Arbeit den Fokus auf den aktuellen politischen Regierungswechsel, der entweder als Bruch mit der bestehenden Ordnung oder als Form einer „passiven Revolution“ interpretiert werden kann. Ergänzend zum gramscianischen Kernrahmen werden weitere Ansätze herangezogen: Die Dependenztheorie beleuchtet die strukturelle Position Kolumbiens innerhalb der globalen Wirtschaftsordnung und verweist auf die „konkrete Situation der Abhängigkeit“ (Beigel 2015: 11-12) und darauf aufbauend wird der theoretische Rahmen durch neogramscianische Autor:innen wie Robert W. Cox, Stephen Gill und Bob Jessop erweitert, um die nationalen Entwicklungen in einen globalen Kontext einzuordnen.

Obwohl die nationalen und internationalen Verflechtungen neoliberaler Strukturen massive Transformationshemmnisse darstellen, eröffnen sich durch gegenhegemoniale Ansätze derzeit neue Handlungsspielräume für progressive Akteur:innen. Der Führungswechsel in Kolumbien bietet dabei eine einmalige Gelegenheit, die dortigen Machtkonstellationen und Klassenformationen neu zu bewerten. Daraus ergibt sich die **zentrale Forschungsfrage**:

„Entwickelt sich durch Gustavo Petro ein gegenhegemoniales Projekt oder findet ein gramscianischer ‘trasformismo’ in Kolumbien statt?“

Zur Untersuchung dieser Fragestellung wird eine historisch und gegenwartsbezogene Literaturrecherche herangezogen. Der Fokus liegt dabei nicht ausschließlich auf der aktuellen Regierungsphase, sondern auf der langfristigen politischen Entwicklung, die ihren Ausgangspunkt in der kolonialen Einbindung Kolumbiens in globale Macht- und Wirtschaftsstrukturen hat und bis in die Gegenwart reicht.

Daraus ergibt sich der folgende Aufbau der Arbeit: Nach der Darstellung der methodologischen Grundlage und der theoretischen Zugänge folgt eine Analyse der gesellschaftlichen Transformationen in Kolumbien vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, die vor dem Hintergrund dieser historischen Verflechtungen und Abhängigkeitsverhältnisse betrachtet werden. Dieser historische und empirische Kern bildet das Fundament, um die Forschungsfrage fundiert zu beantworten. Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnisse in einem diskursiven Abschnitt zusammengeführt, der Raum für eine kritische Diskussion sowie eine Reflexion über die Tragfähigkeit der angewandten Konzepte bietet¹.

¹ Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden KI-gestützte Anwendungen (insbesondere ChatGPT) unterstützend für sprachliche Überarbeitungen, Übersetzungen sowie die Formulierung einzelner Textpassagen genutzt. Die inhaltliche Konzeption, Argumentation sowie die Auswahl und Auswertung der wissenschaftlichen Quellen erfolgten eigenständig durch die Verfasserin. Alle Inhalte wurden kritisch geprüft und eigenständig überarbeitet.

Forschungsstand

Die Wahl Gustavo Petros zum Präsidenten Kolumbiens im Jahr 2022 gilt als politischer Wendepunkt. Erstmals übernahm mit dem Bündnis *Pacto Histórico* eine klar links positionierte politische Kraft die Regierung des Landes. Damit rückten Fragen nach gesellschaftlichem Wandel, staatlicher Neuorientierung und der Rolle internationaler Einflussstrukturen verstärkt in den Fokus wissenschaftlicher Debatten. Dennoch existieren bislang nur vergleichsweise wenige Studien, die die aktuelle Regierungsphase systematisch im Zusammenhang mit hegemonietheoretischen Ansätzen untersuchen. Besonders die Frage, ob sich in Kolumbien gegenhegemoniale Entwicklungen abzeichnen oder bestehende Machtverhältnisse lediglich angepasst werden, wurde bisher nur eingeschränkt behandelt. Der folgende Forschungsstand ordnet daher zentrale Beiträge ein, die sich mit kolumbianischen Machtstrukturen, gesellschaftlichen Konflikten und gramscianischen Perspektiven beschäftigen.

Einen theoretischen Ausgangspunkt bieten Chris Hesketh und Adam David Morton (2014) mit ihrer Studie *Spaces of Uneven Development and Class Struggle in Bolivia: Transformation or Transformismo?*. Die Autoren analysieren am Beispiel Boliviens, inwiefern linke Regierungen tatsächlich strukturelle Veränderungen herbeiführen oder ob politische Transformationen letztlich innerhalb bestehender Machtordnungen absorbiert werden. Ihre Untersuchung knüpft dabei an Antonio Gramscis Konzept des *transformismo* an. Obwohl sich die Analyse nicht auf Kolumbien bezieht, liefert sie wichtige theoretische Überlegungen für die Einordnung aktueller Entwicklungen in Lateinamerika.

Für den kolumbianischen Kontext ist insbesondere die Arbeit von Richard Georgi (2023) relevant. In *Peace that antagonizes: Reading Colombia's peace process as hegemonic crisis* interpretiert Georgi den Friedensprozess unter Juan Manuel Santos als Ausdruck einer hegemonialen Krise. Der Frieden erscheint dabei nicht als grundlegender Bruch mit bestehenden Strukturen, sondern als Prozess, der gesellschaftliche Konflikte sichtbar macht, ohne die zugrunde liegenden Machtverhältnisse aufzulösen. Reformen tragen in diesem Verständnis eher zur Stabilisierung des Systems bei als zu dessen grundlegender Transformation.

Mit den Strukturen politischer Herrschaft in Kolumbien setzt sich Nasi Richani (2020) in *Fragmented hegemony and the dismantling of the war system in Colombia* auseinander. Richani argumentiert, dass sich politische Macht in Kolumbien historisch nicht primär über gesellschaftlichen Konsens reproduziert habe, sondern durch das Zusammenspiel von Gewalt, Eliteninteressen und internationaler Unterstützung. Diese Verflechtungen prägen nach seiner Analyse die politischen Strukturen des Landes bis heute.

Einen anderen Schwerpunkt setzt Guerrero Hurtado (2022) in *Análisis de coyuntura y subjetividades políticas emergentes: el caso del Paro Nacional (2019–2022)*. Die Untersuchung beschäftigt sich mit den sozialen Protestbewegungen der Jahre vor der Wahl Petros. Dabei beschreibt der Autor die Proteste als Prozesse, in denen neue politische Subjektivitäten und gesellschaftliche Akteur:innen entstehen. Die Studie ist insbesondere deshalb relevant, weil sie die sozialen Voraussetzungen des politischen Wandels in Kolumbien sichtbar macht.

Will Freeman (2023) widmet sich in *Colombia Tries a Transformative Left Turn* den politischen Zielsetzungen der Regierung Petro. Seine Analyse bietet einen Überblick über die Reformvorhaben der Regierung und diskutiert zugleich die Frage, ob ein tatsächlicher politischer Strukturwandel möglich ist oder ob institutionelle und ökonomische Begrenzungen diesen Prozess einschränken.

Die Rolle politischer Eliten innerhalb gesellschaftlicher Meinungsbildungsprozesse untersuchen Garbiras-Diaz, Garcia-Sanchez und Matanock (2023) in *Political elite cues and attitude formation in post-conflict contexts*. Die Autoren zeigen, dass politische Eliten erheblichen Einfluss auf öffentliche Einstellungen ausüben können. Für die vorliegende Arbeit ist dies insbesondere im Hinblick auf ideologische Mechanismen innerhalb der Zivilgesellschaft von Bedeutung.

Einen stärker diskursanalytischen Zugang verfolgen Cerdán-Martínez und Seni-Medina (2024) in ihrer Studie *Populismo, fake news y tendencias en la campaña presidencial colombiana de 2022: un estudio a través de Google Trends*. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung digitaler Diskurse während des Präsidentschaftswahlkampfes 2022. Die Autoren analysieren dabei den

Zusammenhang zwischen Populismus, Desinformation und politischer Kommunikation.

Darüber hinaus thematisieren Devia Garzón, Camilo Andrés et al. (2024) in *Plan Colombia e Iniciativa Mérida: identificación de los resultados en la lucha contra el problema de las drogas* die langfristigen Folgen US-amerikanischer Sicherheits- und Drogenpolitik in Kolumbien und Mexiko. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass diese Programme weder nachhaltige Friedensprozesse noch stabile Entwicklungsdynamiken hervorbrachten. Stattdessen hätten sie militärische Abhängigkeiten vertieft und externe Einflussstrukturen weiter gefestigt.

Insgesamt zeigt der Forschungsstand, dass die gegenwärtige Regierungsphase Kolumbiens bislang nur begrenzt hegemonietheoretisch untersucht wurde. Vor allem bleibt offen, ob die Regierung Petro als Ausdruck eines tatsächlichen hegemonialen Wandels verstanden werden kann oder ob sich bestehende Machtstrukturen in veränderter Form reproduzieren. An dieser Forschungslücke setzt die vorliegende Arbeit an, indem sie die Wechselwirkungen zwischen gegenhegemonialen Dynamiken, gesellschaftlichen Konflikten und strukturellen Kontinuitäten analysiert.

Methodologie und theoretische Zugänge

Critical Realism – Methodologische Grundlage

Der Critical Realism begreift soziale Realität als stratifiziert: Neben sichtbaren Ereignissen wie Krisen, Streiks oder Gesetzesreformen existieren tiefere Strukturen sozialer Relationen, die diese konkreten Phänomene hervorbringen (Bhaskar 1989; Sayer 1992). Dieser Ansatz dient in dieser Arbeit als erkenntnistheoretischer Rahmen, der Struktur, Handlung und Macht miteinander verbindet und die Analyse von Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnissen in Kolumbien ermöglicht.

Mit der Methode der Retroduktion wird von beobachtbaren Prozessen auf die ihnen zugrunde liegenden Mechanismen geschlossen. Dieses Vorgehen knüpft an die marxistische Tradition an, durch Abstraktion von empirischen Erscheinungen auf gesellschaftliche Strukturen zu schließen (Ramos & Vadell 2018: 225). Während der

Marxismus eine Theorie gesellschaftlicher Entwicklung formuliert, systematisiert der Critical Realism diese Logik als wissenschaftsphilosophischen Rahmen. Im Zentrum steht dabei die Annahme, dass sichtbare Phänomene auf tieferliegenden, oft nicht unmittelbar beobachtbaren Mechanismen beruhen, die es analytisch zu rekonstruieren gilt. Buch-Hansen und Nielsen betonen entsprechend, dass der Fokus auf jenen generativen Mechanismen liegt, die reale Phänomene hervorbringen (2020: 48). Der Critical Realism bietet damit die methodischen Werkzeuge, um strukturelle Bedingungen sozialen Wandels präzise zu erfassen.

Der Critical Realism unterscheidet drei Realitätsebenen: eine empirische (Ereignisse, die wahrgenommen werden), eine aktuelle (Prozesse, die tatsächlich stattfinden, auch wenn sie nicht direkt beobachtbar sind) und eine reale Ebene (Mechanismen und Strukturen, die Prozesse generieren). Soziale Phänomene sind demnach mehrdimensional und durch überlagernde Mechanismen hervorgebracht. Abstraktion dient nicht der Vereinfachung, sondern als „Gedankenexperiment“, um diese Mechanismen sichtbar zu machen. Entscheidend ist, dass Strukturen, Ideen und kulturelle Systeme unabhängig von individueller Wahrnehmung existieren: Auch wenn niemand sie erkennt, können sie handlungsleitend wirken (Buch-Hansen & Nielsen 2020: 59-60). Damit wird soziale Wirklichkeit als vielschichtiges Gefüge begreifbar, das über sichtbare Ereignisse hinaus auf zugrunde liegende strukturelle Ursachen verweist. Der Critical Realism wirkt dabei als verbindender Rahmen, indem er die gemeinsame Perspektive auf strukturell vermittelte Machtverhältnisse systematisiert und zugleich die Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Theorieebenen präzisiert.

Für die vorliegende Arbeit bedeutet dies, Kolumbiens Krisen und Reformprozesse nicht als isolierte Ereignisse, sondern als Ausdruck verschränkter Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zu begreifen. In dieser Synthese werden die Theorien gezielt für die Analyse funktionalisiert:

- **Gramscis Hegemoniekonzept** macht die interne Herrschaftsarchitektur greifbar und erklärt, wie nationale Eliten ihre moralisch-politische Führung trotz krisenhafter Zustände absichern.
- Die **Dependenztheorie** legt die materielle Basis offen, die als strukturelle Blockade für Petros Reformagenda wirkt.

- Der **Neogramscianismus** verortet diese Dynamiken in transnationalen Machtordnungen, die den nationalen Handlungsspielraum der Regierung begrenzen.

Der Critical Realism dient hierbei nicht als inhaltliche Gesellschaftstheorie, sondern als methodologisches Fundament, um die kausalen Mechanismen hinter den sichtbaren politischen Ereignissen, wie den Reformversuchen unter Gustavo Petro, strukturell freizulegen. Dieser methodologische Zugang verdeutlicht, dass gesellschaftliche Transformationsprozesse in Kolumbien nur im komplexen Zusammenspiel von materieller Struktur, hegemonialen Ideen und strategischem Handeln historisch adäquat zu analysieren sind. Damit ist der notwendige Rahmen geschaffen, um im Folgenden die Entwicklung politischer Handlungsspielräume unter der Regierung Petro historisch nachzuzeichnen und systematisch zu untersuchen, inwiefern bestehende Machtverhältnisse in der aktuellen Phase fortgeführt, absorbiert oder grundlegend verändert werden.

Theoretische Grundlagen der Kritischen Politischen Ökonomie

Die historische Entwicklung der globalen Wirtschaftsordnung bildet den theoretischen Ausgangspunkt dieser Arbeit. Ihre Entstehung ist eng mit kolonialen Expansionsprozessen verbunden, in denen kapitalistische Produktionsweisen auf globaler Ebene durchgesetzt und durch asymmetrische Machtverhältnisse abgesichert wurden. Seit dem 19. Jahrhundert lassen sich darauf aufbauend unterschiedliche Phasen hegemonialer Stabilisierung unterscheiden, in denen jeweils spezifische Formen ökonomischer Regulation mit politischen und ideologischen Strukturen verbunden sind.

Auf die britische Vorherrschaft des Freihandels im 19. Jahrhundert folgte nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Bretton-Woods-System eine von den USA dominierte Ordnung, die auf internationaler wirtschaftlicher Koordination, festen Wechselkursen sowie Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank beruhte (Schmidt & Schröder 2016: 250-251). Ziel dieses Systems war es, wirtschaftliche Stabilität zu sichern, Währungsschwankungen zu begrenzen und den

internationalen Handel unter regulierten Bedingungen zu fördern. Zugleich entstand damit ein institutionelles System, das den ökonomischen Einfluss der USA stärkte und internationale Entwicklungsdynamiken maßgeblich prägte.

Ab den 1970er Jahren geriet diese Ordnung in eine strukturelle Krise und wurde schrittweise durch eine neoliberale Konfiguration ersetzt, die Liberalisierung, Privatisierung und Austerität mit einer Einschränkung demokratischer Handlungsspielräume verband. Stephen Gill beschreibt diese Entwicklung als *new constitutionalism*, in der markliberale Prinzipien rechtlich und institutionell verankert und damit weitgehend der politischen Aushandlung entzogen werden (Gill 2003: 69; 2008: 262). Ökonomische Prozesse werden so zunehmend von demokratischer Kontrolle entkoppelt, während staatliches Handeln auf die Sicherung von Marktstabilität ausgerichtet wird.

Diese globale Transformation bildet den strukturellen Rahmen, innerhalb dessen sich auch nationale Entwicklungen verorten lassen. Kolumbien nimmt in diesem Gefüge eine periphere Position ein, das heißt eine strukturell nachgeordnete und abhängige Stellung innerhalb der globalen Arbeitsteilung, was sich in seiner Einbindung in neoliberale Globalisierungsprozesse sowie in transnationale Kapital- und Handelsströme zeigt. Strukturanpassungsprogramme, Handelsliberalisierung und eine auf makroökonomische Stabilität ausgerichtete Fiskalpolitik binden staatliches Handeln eng an externe Vorgaben und verstärken soziale Ungleichheiten (Buch-Hansen & Staricco 2018: 257). In diesem Kontext erscheinen Krisen nicht als Ausnahme, sondern als konstitutiver Bestandteil kapitalistischer Entwicklung: Gerade die durch solche Politiken erzeugten oder verschärften Spannungen eröffnen Momente, in denen Eliten durch materielle und symbolische Zugeständnisse hegemoniale Stabilität neu organisieren und ihre Machtbasis erweitern können (Buch-Hansen & Staricco 2018: 244).

Vor diesem Hintergrund wird nun der theoretische Zugang präzisiert. Kolumbien stellt ein geeignetes Fallbeispiel dar, dessen Analyse einen Zugang aus der kritischen politischen Ökonomie nahelegt, der strukturelle Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse in den Mittelpunkt stellt. Dieser begreift Ökonomie nicht als autonomen Bereich, sondern als gesellschaftliches Verhältnis, das untrennbar mit Macht, Staat und sozialen Konflikten verbunden ist (Jäger & Springler 2015: 69). Aus

einer kritischen Perspektive werden die Reproduktion kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse ebenso wie deren potenzielle Transformation untersucht und dabei wird der Blick auf systematische Ungleichheiten gerichtet. Damit ermöglicht sie eine integrative Perspektive auf ökonomische Strukturen, staatliche Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Auseinandersetzungen.

Ein zentraler analytischer Ausgangspunkt bildet der Begriff der Produktionsweise, verstanden als Zusammenspiel von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, über das sich kapitalistische Stabilität historisch durch Expansion und die Einbindung nicht-kapitalistischer Räume reproduziert (Schmidt & Schröder 2016: 131-133). Dieser Zugang ermöglicht es, die materiellen Grundlagen von Ungleichheit und Abhängigkeit zu erfassen, die trotz formaler staatlicher Souveränität fortbestehen (ebd.: 134). Zugleich verweist er auf einen strukturellen Akkumulationszwang, der ökonomische Expansion systematisch mit sozialer Ungleichheit verknüpft. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie globale ökonomische Strukturen lokale Ungleichheiten reproduzieren, indem marginalisierte Gruppen in kapitalistische Prozesse integriert und zugleich benachteiligt werden. Dies zeigt sich insbesondere in extraktivistischen Entwicklungsmodellen, die auf internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sind und trotz wirtschaftlicher Erträge soziale und ökologische Konflikte hervorrufen (Jäger & Springler 2015: 80).

Um die vorwiegend materiell-strukturelle Analyse zu erweitern, wird eine dekoloniale Perspektive nicht systematisch ausgearbeitet, bleibt jedoch insbesondere vor dem Hintergrund Kolumbiens als ehemaliger Kolonie analytisch mitzudenken. Während die kritische politische Ökonomie vor allem ökonomische Strukturen und Machtverhältnisse analysiert, macht die dekoloniale Perspektive darauf aufmerksam, wie diese durch Wissensordnungen, Entwicklungskategorien und historisch gewachsene Hierarchien zwischen globalem Norden und Süden legitimiert und stabilisiert werden. Koloniale Machtverhältnisse wirken dabei nicht nur materiell fort, sondern auch auf der Ebene von Wissen, indem bestimmte Erkenntnisformen marginalisiert oder verdrängt werden. *„The long, historical duration of capitalism, colonialism, and patriarchy elucidates a past of unequal relations among knowledges. In many cases, those relations led to epistemicide“* (Castro Varela & Tamayo Rojas 2020: 226). Vor diesem Hintergrund ist es analytisch notwendig,

ökonomische Abhängigkeiten nicht nur als materielle, sondern auch als kulturell und epistemisch stabilisierte Ordnungen zu verstehen und die Verflechtung von Wissen, Macht und sozialer Organisation mitzudenken.

Diese theoretischen Perspektiven bilden damit das Fundament, um die Grenzen und Möglichkeiten politischer Reformprojekte wie jenes der Regierung von Gustavo Petro zu analysieren. Zur genaueren Erfassung der Wechselwirkung zwischen strukturellen Bedingungen und politischen Auseinandersetzungen wird auf die Hegemonie-Theorie von Antonio Gramsci zurückgegriffen, insbesondere auf das Konzept der passiven Revolution.

Antonio Gramsci & das Konzept der Hegemonie

Die bisherigen Überlegungen machen deutlich, dass ökonomische Strukturen allein nicht ausreichen, um den Fortbestand bestehender Ordnungen oder die Möglichkeiten für einen Wandel in Kolumbien zu erklären. Antonio Gramscis Ansatz hilft dabei, den Übergang von der rein strukturellen Analyse hin zum eigentlichen gesellschaftlichen Handeln zu beleuchten. Dabei sind Gramscis Konzepte keine starren Definitionen, sondern historisch gewachsene Werkzeuge, die ihre Bedeutung erst im jeweiligen Kontext entfalten. Sie sind aus ganz konkreten Krisensituationen entstanden – etwa Gramscis Erfahrungen mit der Fabrikrätebewegung oder dem Aufstieg des Faschismus – und sind konsequent auf Praxis und Veränderung ausgerichtet. Da sein Denken aus dem Marxismus kommt, versteht er seine Theorie als „Philosophie der Praxis“, also als ein direktes Instrument für politische Transformation (Schmidt & Schröder 2016: 237).

Für Kolumbien eröffnet dieser Rahmen eine Perspektive, in der Machtverhältnisse nicht als statisch gegeben erscheinen, sondern als Ergebnis fortlaufender Aushandlungsprozesse um Führung und Zustimmung verstanden werden. Damit rückt die Frage nach möglichen Verschiebungen oder der Reproduktion bestehender Kräfteverhältnisse in den analytischen Fokus. Zur konzeptionellen Fundierung werden im Folgenden zentrale Begriffe aus Gramscis Theorie – darunter

Hegemonie, die Rolle der Intellektuellen und die passive Revolution – systematisch eingeführt.

Zentrale Begriffe

Hegemonie, Staat und Zivilgesellschaft

Das Konzept der Hegemonie bildet den theoretischen Kern von Antonio Gramscis politischem Denken. Es erklärt, wie Macht in modernen Gesellschaften nicht allein durch Zwang, sondern durch die aktive Organisation von Zustimmung stabilisiert wird. Hegemonie bezeichnet jene Form von Herrschaft, in der ökonomische, politische und kulturelle Kräfte zu einer organischen Einheit verschmelzen und gesellschaftliche Führung hergestellt wird.

Grundlegend für dieses Verständnis ist die Unterscheidung zwischen Herrschaft und Führung. Die Bourgeoisie konnte ihre Vorherrschaft historisch dadurch sichern, dass sie ökonomische Dominanz mit kultureller und politischer Führung verband; Hegemonie ist daher stets „gepanzert“ mit Zwang (Schmidt & Schröder 2016: 239-240). Scherrer fasst die Bedingungen hegemonialer Führung folgendermaßen: *„Die Hegemonie einer Klasse setzt laut Gramsci voraus, dass sie erstens die Güterproduktion effektiv organisiert, zweitens fähig ist, die Interessen anderer Gruppen zu berücksichtigen, und drittens, dass sie die kulturelle Führung innehat“* (Merkens & Gramsci 2007: 73). Gramsci formuliert dies entsprechend: *„Eine Klasse [ist] auf zweierlei Weise herrschend, nämlich ‚führend‘ und ‚herrschend‘. [...] Deswegen kann eine Klasse bereits bevor sie an die Macht kommt ‚führend‘ sein [...]; wenn sie an der Macht ist, wird sie herrschend, bleibt aber auch weiterhin ‚führend‘“* (Gramsci 2012a: 101, Heft 1, § 44). Hegemonie ist dabei ein dynamischer Prozess, in dem partikuläre Interessen zu einem allgemeingültigen Projekt ausgeweitet werden: *„Hegemony refers to a process where a particular social force goes beyond its narrow interests to universalise its project to other social forces and subaltern groups“* (Salem 2021: 86). Sie ist somit keine bloße Dominanz von oben, sondern eine aktive Praxis gesellschaftlicher Führung, die auf die Herstellung von Konsens angewiesen ist.

Der moderne Staat erscheint in diesem Zusammenhang nicht als neutrale Instanz, sondern als Terrain hegemonialer Auseinandersetzung. In Gramscis bekannter Formel heißt es: „*(Integraler) Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang*“ (Gramsci 2012d: 783, Heft 6, § 88). Zwang und Konsens bilden somit keine Gegensätze, sondern eine Einheit hegemonialer Herrschaft. Diese Doppelstruktur greift auch Sara Salem auf: „*Hegemony is thus formed at two levels – the political and the civil. The power of the ruling class is not just centred on the state but exists throughout society*“ (2021: 87).

Gramscis Vergleich zwischen Ost- und Westeuropa verdeutlicht zudem die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Strukturen für die Stabilität politischer Ordnungen: „*Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand [...] eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine Kette von Festungen und Kasematten befand*“ (Gramsci 2012d: 874, Heft 7, § 16). Entscheidend ist daher, wie stark jene gesellschaftlichen „Festungen“ ausgebildet sind, in denen Hegemonie verankert wird. Hegemonie bezeichnet folglich den Prozess, in dem ökonomische, politische und ideologische Ungleichheitsverhältnisse dauerhaft produziert und reproduziert werden (Crehan 2002: 104). Sie ist kein stabiler Zustand, sondern ein fortlaufender Aushandlungsprozess zwischen Konsens und Zwang, in dem sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse kontinuierlich verschieben.

Im postkolonialen Kontext erhält der Hegemoniebegriff eine zusätzliche Dimension. Tickner und Rodríguez argumentieren, dass die Übernahme westlicher Staatsmodelle zur Naturalisierung kolonialer Machtverhältnisse beigetragen habe, da alternative Formen politischer Organisation strukturell ausgeschlossen blieben (2022: 2). In vielen Fällen wirken staatliche Institutionen, Medien und Kirche als zentrale Träger solcher Ordnungen. Zugleich verweist Salem auf die Ambivalenz postkolonialer Gegenbewegungen: „*The tragedy of colonialism [...] is its production of forms of resistance that were then mobilised for projects that continued rather than disrupted colonial violence, structures, and lifeworlds*“ (2021: 96). Damit wird deutlich, dass selbst emanzipatorische Projekte Gefahr laufen, bestehende Strukturen zu reproduzieren.

Vor diesem theoretischen Hintergrund lässt sich der kolumbianische Kontext als spezifisches Feld hegemonialer Auseinandersetzung begreifen. Machtverhältnisse erscheinen hier nicht als statisch gegeben, sondern als Ergebnis fortlaufender Kämpfe um Führung und Zustimmung, in denen sich entscheidet, ob politische Projekte bestehende Strukturen transformieren oder in sie eingebunden bleiben. Gerade in Krisenmomenten oder Phasen brüchiger Zustimmung wird sichtbar, ob sich neue gesellschaftliche Handlungsspielräume eröffnen oder ob die bestehende Ordnung in veränderter Form stabilisiert wird.

Rolle der Intellektuellen

In Gramscis Konzept nehmen die Intellektuellen eine zentrale Rolle in Prozessen hegemonialer Stabilisierung oder Transformation ein. Sie bilden jene Akteure, die zwischen Struktur und Bewusstsein vermitteln. Intellektuelle wirken an der Herstellung von Konsens, an der Legitimation von Machtverhältnissen und an der Formierung gesellschaftlicher Führung mit. Dabei geht ihre Funktion weit über die geläufige begriffliche Auffassung der akademischen oder kulturellen Eliten hinaus. Gramsci beschreibt die Intellektuellen folgendermaßen: *„Alle Menschen [sind] Intellektuelle, [...] aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen. [...] So bilden sich historisch spezialisierte Kategorien zur Ausübung der intellektuellen Funktion [...] besonders weitgehende und komplexe Ausformungen in Verbindung mit der herrschenden gesellschaftlichen Gruppe. Eines der bedeutendsten Merkmale jeder Gruppe, die sich auf die Herrschaft hin entwickelt, ist ihr Kampf um die Assimilierung und ‘ideologische’ Eroberung der traditionellen Intellektuellen [...] je mehr die gegebene Gruppe gleichzeitig ihre eigenen organischen Intellektuellen heranbildet“* (Gramsci 2012g: 1500, Heft 12, § 1).

Organische Intellektuelle sind in diesem Sinne jene, die einer Klasse Selbstverständigung ermöglichen und ihren Führungsanspruch artikulieren (Scherrer in Merkers & Gramsci 2007: 74). Gramsci beschreibt diese Funktion folgendermaßen: *„Jede gesellschaftliche Gruppe schafft sich, während sie auf dem originären Boden einer wesentlichen Funktion in der Welt der ökonomischen*

Produktion entsteht, zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihre Homogenität und Bewusstheit der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben [...]“ (Gramsci 2012g: 1497, Heft 12, § 1). Zentral ist dabei ihre organisatorische Funktion: *„Er muß [...] ein Organisator von Menschenmassen sein, [...] ein Organisator des ‘Vertrauens’ der Sparer in einen Betrieb, der Käufer seiner Ware usw.“ (ebd.).* Organische Intellektuelle sind somit nicht neutral, sondern strukturell an bestimmte Klassenpositionen gebunden (Crehan 2002: 137). Die politische Partei bündelt diese Funktionen und bildet das zentrale Instrument hegemonialer Organisation. Eine Klasse wird erst hegemoniefähig, wenn sie ihre partikularen Interessen verallgemeinert, *„[...] so that it appears to represent the interests of society as a whole. It has, that is, ‘become organised as a State’“ (Crehan 2002: 96).*

Diesen organischen Kräften stehen die traditionellen Intellektuellen gegenüber, die Gramsci jedoch nicht als völlig isolierte Gruppe begreift. Vielmehr repräsentieren sie Kategorien, die bereits vor der Entstehung einer neuen sozialen Gruppe existierten, etwa in der Kirche, der Wissenschaft oder dem Recht, und beziehen ihre Autorität aus einer scheinbaren geschichtlichen Kontinuität. Gramsci schreibt hierzu: *„Aber jede ‘wesentliche’ gesellschaftliche Gruppe [...] hat [...] bereits bestehende Gesellschaftskategorien vorgefunden, die geradezu als Repräsentanten einer [...] nicht unterbrochenen geschichtlichen Kontinuität erschienen“ (Gramsci 2012g: 1498, Heft 12, § 1).* Die institutionelle Verankerung traditioneller Intellektueller erzeugt oft den Eindruck einer historischen Kontinuität und Autonomie. Diese Positionen bleiben jedoch trotz ihres Anspruchs auf Neutralität strukturell an Klassenverhältnisse und die dominante Produktionsweise gebunden und tragen so zur Stabilisierung bestehender Ordnungen bei (Srivastava 2022: 80-81). Gramsci beschreibt sie daher als *„Gehilfen‘ der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung“ (Gramsci 2012g: 1501-1502, Heft 12, § 1).* Ihre Funktion liegt vor allem in der Vermittlung: Sie unterstützen den Übergang von einer bloß ökonomischen Kategorie („Klasse an sich“) hin zu einem bewussten politischen Kollektiv („Klasse für sich“) (Crehan 2002: 143).

Im kolumbianischen Kontext zeigt sich diese Dynamik in der historischen Rolle kirchlicher, juristischer und akademischer Eliten, die als traditionelle Intellektuelle den Status quo legitimierten, während organische Kräfte lange marginalisiert blieben. Für die Analyse der Regierung Petro ist daher entscheidend, ob sich diese Funktionen verschieben und organische Intellektuelle aus sozialen Bewegungen eine neue intellektuelle und moralische Führung entwickeln können, die über den Staatsapparat hinausreicht. Ihre Bedeutung liegt dabei weniger in bloßer Repräsentation als in der aktiven Organisation eines neuen gesellschaftlichen Konsenses.

Historischer/Geschichtlicher Block

Das Konzept des historischen Blocks knüpft an die Rolle der Intellektuellen an, indem es deren Funktion in der Verbindung von Struktur und Superstruktur verortet. Während die Struktur die ökonomische Grundlage bildet, umfasst die Superstruktur die politischen und kulturellen Institutionen, in denen Intellektuelle als Träger von Führung wirken. Gesellschaftliche Stabilität entsteht, wenn ökonomische Macht durch entsprechende kulturelle und politische Führung abgesichert wird.

Um diesen Zusammenhang zu verstehen, ist Gramscis erweitertes Staatsverständnis entscheidend. Er begreift den Staat nicht nur als Regierungsapparat, sondern als „*integralen Staat*“, also als Einheit aus politischer Gesellschaft (Zwang) und Zivilgesellschaft (Konsens). In den Institutionen der Zivilgesellschaft – wie Medien, Schulen oder Vereinen – wird jene Zustimmung organisiert, die eine Herrschaft erst dauerhaft im Alltag verankert. Der historische Block beschreibt genau diese organische Einheit von ökonomischer Basis, staatlichen Institutionen und kulturellen Formen. Erst durch dieses Zusammenspiel wird verständlich, wie eine soziale Ordnung stabil bleibt oder wie durch neue Bündnisse ein gegenhegemonialer Bruch möglich wird. Gramsci beschreibt die Tiefe dieser Verbindung als einen Prozess, in dem Führende und Geführte eine echte Einheit bilden: *„[...] nur dann ist die Beziehung eine der Repräsentanz und kommt es zum Austausch individueller Elemente zwischen Regierung und Regierenden, zwischen Geführten und Führenden, das heißt, es verwirklicht sich das gemeinsame Leben (la vita d'insieme), das allein die soziale Kraft darstellt, es bildet sich der*

‘historische Block’“ (2012c: 490, Heft 4, § 33). Für ihn bilden „*Struktur und Superstrukturen einen geschichtlichen Block [...]*“ (2012e: 1045, Heft 8, § 182), wobei erst ihre dialektische Wechselwirkung die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt. Filippini präzisiert diesen Zusammenhang, indem er den historischen Block als jene Konfiguration beschreibt, in der sich ökonomische, politische und ideologische Ebenen zu einer relativ stabilen Ordnung verbinden: „*The concept of ‘historical bloc’ [...] describes the capacity of a ‘social system’ to conform and organically develop [...] and its duration*“ (2017: 19).

Damit wird deutlich, dass die Macht der herrschenden Klasse auf der Verbindung von staatlicher Gewalt und ideologischer Führung beruht. Der Staat erscheint nicht als neutraler Akteur, sondern als umkämpftes Terrain hegemonialer Auseinandersetzungen, als Schauplatz des „*Kampfs um Reproduktion*“ (Candeias 2009: 65).

Im kolumbianischen Kontext zeigt sich der historische Block als eng verflochtenes Zusammenspiel von ökonomischen Interessen, staatlichen Strukturen und kulturell vorherrschenden Vorstellungen, das bestehende Machtverhältnisse stabilisiert. Gegenhegemoniale Projekte stehen dabei im Spannungsverhältnis, strukturelle Veränderungen anzustreben und zugleich unter politischen und institutionellen Zwängen zu Anpassungen und Zugeständnissen gedrängt zu werden. Für die Analyse ist somit entscheidend, ob solche Anpassungen lediglich taktischer Natur bleiben oder ob sie die bestehenden Strukturen letztlich reproduzieren und stabilisieren.

Der Alltagsverstand und die kulturelle Auseinandersetzung

Mit dem Konzept des Alltagsverstands erweitert Antonio Gramsci die Analyse hegemonialer Stabilität auf die Ebene alltäglicher Praxis. Hegemonie ist dabei untrennbar mit Denk- und Wahrnehmungsmustern verknüpft, die Machtverhältnisse als selbstverständlich erscheinen lassen und die Logik der kapitalistischen Produktionsweise im Bewusstsein verankern. Kultur fungiert in diesem Zusammenhang als zentrale Vermittlungsebene, auf der Deutungen in alltägliche Vorstellungen übersetzt werden. Sie wird damit zu einem zentralen Terrain

gesellschaftlicher Auseinandersetzung, auf dem sich entscheidet, ob bestehende Machtverhältnisse stabilisiert oder alternative Deutungen hervorgebracht werden.

Gramsci beschreibt den Alltagsverstand als ein Resultat historischer Prozesse, in dem sich vergangene ideologische Strömungen wie „*Ablagerungen*“ verdichten und sich dabei auf vielfältige Weise mit vorhergehenden oder nachfolgenden Denkweisen verbinden. Diese Schichtungen manifestieren sich schließlich in der Literatur, dem Denken und der breiten Alltagskultur (2012h: 2178, Heft 24 § 3). Ihn interessiert weniger die isolierte Veränderung von Weltanschauungen, sondern die Transformation der zugrunde liegenden Machtverhältnisse, von denen diese Vorstellungen ein organischer Teil sind (Crehan 2002: 87). Der Alltagsverstand ist damit kein neutrales Wissen, sondern das Resultat historischer Machtkämpfe.

Gerade darin zeigt sich eine Widersprüchlichkeit, denn im Alltagsverstand überlagern sich Elemente von Herrschaft und Widerstand. Gramsci betont, dass Hegemonie darauf beruht, dass Untergeordnete dominante Deutungen übernehmen und als selbstverständlich verinnerlichen. Im postkolonialen Kontext Kolumbiens zeigt sich dies darin, dass koloniale Machtstrukturen und westliche Werte nicht nur äußerlich wirksam sind, sondern auch in alltägliche Denkweisen und Identitätsvorstellungen eingehen. Damit wird der Alltagsverstand zu einem ambivalenten Feld, in dem stabilisierende Elemente und kritisch-reflexive Momente nebeneinander bestehen und im Folgenden näher zu differenzieren sind.

Ausgehend vom Alltagsverstand differenziert Antonio Gramsci zwischen widersprüchlichen Elementen alltäglichen Wissens. Ein Teil davon kann sich zur Folklore verfestigen, die als konserviertes und oft inkohärentes Wissen zur Identitätsstiftung beiträgt. Filippini beschreibt diese als bewegliche Zwischenebene, in der Denkweisen, sobald sie „erstarren“, zu Folklore werden (2017: 20). Diese absorbiert Elemente dominanter Ordnungen, fungiert zugleich aber als Reservoir für alternative Deutungen und potenzielle Veränderungen (Borek et al. 1993: 31). Zugleich liegt in dieser Verfestigung eine Ambivalenz, da ihre historische Beständigkeit gesellschaftliche Veränderungen sowohl stabilisieren als auch blockieren kann. Entscheidend ist daher, ob vorhandene Deutungen in eine kritisch kohärente Perspektive überführt werden.

Demgegenüber steht der *buon senso* als kritisch-reflexiver Kern des Alltagsverstands, der über bloße Reproduktion hinausweist und Ansatzpunkte für gesellschaftliche Transformation eröffnet. Gramsci beschreibt den *buon senso* als „gesunden Kern des Alltagsverstands“, der entwickelt und vereinheitlicht werden kann (2012f: 1379, Heft 11, § 12). Er steht für die Möglichkeit rationaler und kritischer Orientierung und bildet damit eine zentrale Voraussetzung für emanzipatorische Projekte. Eine solche Transformation setzt jedoch die Rolle organischer Intellektueller voraus, die verstreute Erfahrungen und Deutungen bündeln und in ein kohärentes politisches Projekt übersetzen.

Im kolumbianischen Kontext zeigen sich in konservativen Traditionen, religiösen Prägungen und marktliberalen Ideologien Elemente, die als verfestigte Formen des Alltagsverstands bestehende Machtverhältnisse stabilisieren. Diese sind zugleich in eine breitere globale Ordnung eingebettet, in der sich ein *common sense* aus Individualismus und Marktgläubigkeit herausbildet, der den Kapitalismus als scheinbar alternativlose Ordnung legitimiert und in nationale Kontexte einschreibt (Gill & Cutler 2014: 30). Zugleich entstehen in sozialen Protesten, indigenen Weltbildern und feministischen Bewegungen alternative Deutungen, die als *buon senso* Ansatzpunkte gegenhegemonialer Projekte bilden können. Diese widersprüchliche Konstellation verdeutlicht, dass gesellschaftlicher Wandel an eine Transformation des Alltagsverstands gebunden ist. Am Beispiel der Regierung Gustavo Petro wird deutlich, dass politische Veränderung eine kulturelle Neudeutung voraussetzt und davon abhängt, inwiefern etablierte Denkmuster durch neue kollektive Vorstellungen ersetzt werden können. Kulturelle Hegemonie erweist sich damit als zentrale Voraussetzung und zugleich als Prüfstein politischer Prozesse.

Subalternität

Der Übergang vom Alltagsverstand zur Subalternität markiert die Schwelle zwischen der Verhaftung in Machtstrukturen und dem Aufbruch in eine kollektive politische Praxis. Während der *buon senso* emanzipatorische Potenziale freisetzt, verdeutlicht die Subalternität die strukturellen Grenzen des Handelns unter ungleichen Kräfteverhältnissen.

Gramsci interpretiert Subalternität nicht als postkoloniale, sondern als klassenanalytische Kategorie und beschreibt damit gesellschaftliche Gruppen, die im Kapitalismus strukturell untergeordnet bleiben. Er kategorisiert sie als eine „*heterogene, fragmentierte Masse*“, deren Geschichte „*brüchig und episodisch*“ verläuft (Gramsci 2023: 205). Die Unterordnung blockiert die Entwicklung eines kohärenten Bewusstseins (*buon senso*), was es subalternen Gruppen erschwert, der herrschenden Ordnung ein geschlossenes Gegenprojekt entgegenzusetzen.

In der postkolonialen Theorie radikalisiert Spivak diesen Ansatz, indem sie Subalternität als eine Position beschreibt, die von den „Mobilitätslinien“ gesellschaftlicher Macht weitgehend abgeschnitten bleibt (2008: 121). Daran anknüpfend betont Dhawan, dass Subalterne nur im Verhältnis zu dominanten Gruppen verständlich sind, die ihre Einheit im Staat realisieren, während Erstere durch strukturelle Ausgrenzung fragmentiert bleiben (2023: 51). Diese Fragmentierung verweist zugleich auf das Problem der Repräsentation, da Subalterne in offiziellen Diskursen und Geschichtsschreibungen kaum als handelnde Subjekte erscheinen (Spivak 2008: 57). Vor diesem Hintergrund wird Subalternität nicht als feste Identität, sondern als relationale Position innerhalb hegemonialer Machtverhältnisse begreifbar (Dhawan 2023: 52). Modonesi hebt entsprechend die Prozesshaftigkeit dieses Zustands hervor, der sich in einem Spannungsverhältnis zwischen Anpassung und Widerstand sowie zwischen Spontaneität und Bewusstsein bewegt und zugleich als Ausgangspunkt politischer Autonomisierung verstanden werden kann (2014: 16; 36). Insgesamt wird damit deutlich, dass Subalternität kein statischer Zustand ist, sondern sich je nach historischem und gesellschaftlichem Kontext unterschiedlich ausprägt.

Zusammenfassend lässt sich Subalternität als relationale, durch Fragmentierung und Marginalisierung gekennzeichnete Position begreifen. Erst durch Organisation, die Vermittlung organischer Intellektueller und die Transformation des Alltagsverstands können subalterne Gruppen die Grenze ihrer politischen Bedeutungslosigkeit überschreiten. Der Pacto Histórico unter Gustavo Petro kann dabei als der Versuch verstanden werden, diese zersplitterten Strömungen – wie indigene, bäuerliche und urbane Bewegungen – politisch zu bündeln und sie aus ihrer subalternen Isolation in ein kohärentes Führungsprojekt zu überführen. Damit markiert dieses Bündnis die

Grenze zwischen bloßem Widerstand und dem Anspruch auf staatliche Macht. Für die Forschungsfrage entscheidet sich hierbei, ob in Kolumbien gegenwärtig ein echter gegenhegemonialer Block entsteht, der die bestehenden Machtverhältnisse strukturell verschiebt, oder ob die subalternen Kräfte im Sinne einer passiven Revolution durch die dominierenden Eliten absorbiert und eingegliedert werden.

Passive Revolution und ihre Mechanismen

Wo der Widerstand subalternen Gruppen nicht für einen grundlegenden Bruch ausreicht, kommt es häufig zu Prozessen selektiver Einbindung und begrenzter Zugeständnisse von oben. Antonio Gramsci beschreibt diese Dynamik mit dem Konzept der passiven Revolution als eine Form gesellschaftlicher Umgestaltung, die ohne aktive Teilhabe der Basis verläuft und von den herrschenden Kräften kontrolliert wird. In dieser „*Revolution ohne Revolution*“ werden Forderungen nach Veränderung aufgegriffen und partiell integriert, ohne die grundlegenden Machtverhältnisse anzutasten (2012a: 101f, Heft 1, § 44).

Antonio Gramsci verortet Prozesse passiver Revolution in „*organischen Krisen*“ der bürgerlichen Gesellschaft, in denen die dominante Klasse ihre hegemoniale Führungsfähigkeit zeitweise einbüßt (Morondo Taramundi 2016: 377). Gerade aus diesem Verlust an Führung ergibt sich die Notwendigkeit, Stabilität durch eine Kombination aus Reform und Kontrolle neu herzustellen. Es entsteht eine Dialektik von Bewahrung und Veränderung, in der Reformen zugelassen werden, jedoch primär der Reorganisation und Sicherung bestehender Machtverhältnisse dienen. Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich daher nicht als abrupter Bruch, sondern als schrittweise Reorganisation, die Gramsci als Prozess „*molekularer*“ Veränderungen fasst: „[...] in Wirklichkeit die vorhergehende Zusammensetzung der Kräfte zunehmend verändern und folglich zur Matrix neuer Veränderungen werden“ (Gramsci 2012g: 1727, Heft 15, § 11). Filippini beschreibt diese Phase entsprechend als einen Übergang, in dem Zerfall und Neuzusammensetzung hegemonialer Verhältnisse ineinandergreifen und offen bleibt, ob eine neue Formation entsteht oder die bestehende Ordnung in transformierter Form fortbesteht (2017: 19-20).

Aus dieser Logik ergibt sich, dass Widerstände nicht einfach unterdrückt, sondern gezielt bearbeitet werden. Im Unterschied zu einer „aktiven“ Revolution werden sie in

begrenzter Form aufgenommen und in bestehende Strukturen integriert, wodurch ihre transformatorische Wirkung abgeschwächt wird. Genau hier setzen weiterführende Analysen an: Modonesi zeigt, dass dominante Klassen Krisen durch Reformen und selektive Integration bearbeiten und so die Kontinuität hierarchischer Ordnungen sichern (2019: 92). Widerstände werden dabei „*deaktiviert, passiviert und subalternisiert*“ (Modonesi 2019: 96), was erklärt, weshalb oppositionelle Dynamiken häufig in stabilisierende Prozesse überführt werden. Daran anschließend macht Andreucci deutlich, dass selbst progressive Projekte in eine „progressive Restauration“ übergehen können, wenn Forderungen selektiv institutionalisiert werden und so ihre ursprüngliche Stoßrichtung verlieren (2017: 172).

Vor diesem Hintergrund erhält die passive Revolution im postkolonialen Kontext Kolumbiens eine spezifische Ausprägung. Die beschriebenen Mechanismen der Integration und Stabilisierung greifen hier nicht nur entlang von Klassenverhältnissen, sondern sind zugleich in historisch gewachsene koloniale Machtstrukturen eingebettet, die soziale Hierarchien und politische Teilhabe langfristig prägen. Dadurch verschränken sich Prozesse der Klassenherrschaft mit kolonialen Kontinuitäten, sodass Transformationsprozesse strukturell begrenzt bleiben und häufig in Formen angepasster Reproduktion übergehen. Gerade diese Verschränkung erklärt die analytische Reichweite des Konzepts: Passive Revolutionen lassen sich nicht nur retrospektiv erfassen, sondern auch in gegenwärtigen politischen Konstellationen identifizieren (Modonesi 2019: 86). Während das Konzept der Subalternität die strukturellen Grenzen kollektiver Handlungsfähigkeit beschreibt, macht die passive Revolution die aktive Bearbeitung dieser Grenzen durch die herrschenden Gruppen sichtbar. Diese Dynamik zeigt sich besonders in Lateinamerika, wo Reformprojekte häufig als Formen passiver Revolution interpretiert werden: Subalterne Forderungen werden symbolisch aufgegriffen und politisch integriert, ohne die zugrunde liegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse grundlegend zu verändern (Artese & Ouviaña 2025: 200).

Im Fall der Regierung Gustavo Petro stellt sich die Frage, ob Reformen die bestehenden Kräfteverhältnisse tatsächlich verschieben oder eher eine kontrollierte Anpassung darstellen. Damit wird die Spannung sichtbar zwischen dem Anspruch auf grundlegenden Wandel und der Möglichkeit, dass bestehende Strukturen unter

progressiven Vorzeichen stabilisiert werden. Gerade in solchen Situationen, in denen keine der gesellschaftlichen Kräfte eine stabile hegemoniale Führung etablieren kann, verweist Antonio Gramsci auf das Konzept des Cäsarismus als mögliche Form der Krisenlösung.

Cäsarismus als Vermittlungsmechanismus

Ein möglicher Mechanismus innerhalb passiver Revolutionen ist der Cäsarismus, den Antonio Gramsci als Form politischer Vermittlung in Situationen blockierter Kräfteverhältnisse beschreibt. Während die passive Revolution auf die selektive Integration von Forderungen zielt, verweist der Cäsarismus auf jene Konstellationen, in denen ein Gleichgewicht zwischen antagonistischen Kräften nicht aus eigener Dynamik entsteht und daher durch eine vermittelnde Instanz hergestellt werden muss.

In diesem Zusammenhang verknüpft Modonesi die passive Revolution mit dem Konzept des Cäsarismus, in dem eine charismatische Führungspersönlichkeit als ausgleichender Faktor zwischen den Klassen agiert: *„[...] this charismatic figure is able to make viable and drive a passive revolution operating as an equilibrating factor between classes [...] and as a factor of passivisation, especially in channelling popular demands and demagogically assuming the delegated role of representing the interests of the subaltern classes“* (2019: 100). Cäsarismus tritt in Gramscis Verständnis nicht zwingend in der Gestalt einer einzelnen Führungsfigur auf, sondern kann ebenso institutionell vermittelt sein: *„Man kann ‘cäsarische Lösungen’ auch ohne einen Cäsar [...] haben. Das parlamentarische System hat den Mechanismus für solche Kompromisslösungen bereitgestellt“* (2012e: 1179, Heft 9, § 133). Er beschreibt eine Form politischer Vermittlung, in der gesellschaftliche Blockaden durch temporäre Führungsinstanzen überbrückt werden, die in Phasen organischer Krise ein *politisches Vakuum* füllen und als ausgleichender Faktor zwischen antagonistischen Kräften wirken (Modonesi 2019: 100-101).

Gramsci unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einem „progressiven“ Cäsarismus, der auf politische Veränderung zielt, jedoch häufig in konservativen Kompromissen verbleibt, und einem „regressiven“ Cäsarismus, der darauf

ausgerichtet ist, den Zustand vor einer Krise durch Integration subalternen Forderungen zu restaurieren und Stabilität zu sichern (2012e: 1178 f, Heft 9, § 133). Diese Unterscheidung verdeutlicht, dass Cäsarismus als Form politischer Vermittlung in Krisensituationen wirkt, in denen weder Repression noch konsensuale Führung für sich genommen ausreichen, um soziale Spannungen zu stabilisieren. In der Moderne erfolgt diese Vermittlung dabei überwiegend institutionell, etwa durch rechtliche Arrangements, politische Moderation und die Kanalisierung gesellschaftlicher Forderungen (Modonesi 2019: 102). Im Kontext passiver Revolutionen wird Cäsarismus so zu einem zentralen Mechanismus hegemonialer Reorganisation, indem er progressive und konservative Elemente in ein vorläufig stabiles Gleichgewicht überführt (ebd.: 97).

Gerade hierin liegt die Relevanz für die Forschungsfrage, da der Begriff auf eine Form politischer Führung verweist, die gesellschaftliche Spannungen ausgleicht und oppositionelle Dynamiken kanalisiert, um Stabilität unter veränderten Bedingungen zu sichern. Für den kolumbianischen Kontext stellt sich damit konkret die Frage, ob Gustavo Petro eine cäsaristische Rolle einnimmt, indem er zwischen antagonistischen Kräften vermittelt, Forderungen der Basis institutionell bündelt und so ein politisches Gleichgewicht herstellt, ohne die zugrunde liegenden Machtverhältnisse grundlegend zu verschieben, oder ob seine Politik über eine solche vermittelnde Funktion hinausgeht und tatsächlich auf eine strukturelle Transformation zielt.

trasformismo als molekulare Absorption

Komplementär zum Cäsarismus beschreibt Antonio Gramsci mit dem Konzept des *trasformismo* die mikropolitische Dimension passiver Revolutionen. Während der Cäsarismus vor allem auf die Vermittlung akuter Krisensituationen und blockierter Kräfteverhältnisse verweist, richtet der *trasformismo* den Blick auf die längerfristigen Prozesse, durch die oppositionelle Dynamiken schrittweise integriert und neutralisiert werden.

Im Zentrum steht dabei ein fortlaufender Mechanismus, in dem herrschende Klassen Führungspersonal, Ideen und Forderungen subalternen Gruppen aufnehmen,

umformen und in die bestehende Ordnung integrieren. Gramsci beschreibt diesen Vorgang als ein „*allmähliches Abrutschen*“, das entweder „*zur Stärkung der Sphäre der herrschenden Klassen durch eine allmähliche Absorption*“ führt oder „*zu einer Schwächung der subalternen Sphäre durch den Abfall oder Verrat von Sektoren, die opportunistisch ihre politischen Überzeugungen verändern und die Seiten wechseln*“ (2012e: 1182, Heft 9, § 136). Gerade diese schrittweise Integration macht deutlich, dass Stabilisierung nicht primär durch offene Konfrontation erfolgt, sondern durch die Umleitung und Einbindung oppositioneller Kräfte. Der *trasformismo* wirkt somit als kontinuierlicher Prozess hegemonialer Anpassung, in dem potenziell gegenhegemoniale Impulse abgeschwächt werden, indem sie institutionell eingebunden und in Reformprojekte überführt werden. Dadurch verschiebt sich der Fokus von der sichtbaren politischen Auseinandersetzung hin zu subtileren Formen der Machtsicherung, die auf Kooptation und Umdeutung beruhen.

Diese Logik lässt sich auch auf globaler Ebene beobachten. So zeigt sich der Mechanismus des *trasformismo* in der selektiven Einbindung politischer und administrativer Eliten des Globalen Südens in multilaterale Institutionen wie die Weltbank oder die Vereinten Nationen. Oppositionelle Projekte werden dabei nicht direkt unterdrückt, sondern in bestehende neoliberale Ordnungen integriert und auf konforme Reformpfade gelenkt (Opratko 2011: 211). Auf diese Weise entsteht eine Form der Einbindung, die Handlungsspielräume eröffnet, zugleich jedoch die grundlegenden Strukturen unangetastet lässt. Für den kolumbianischen Kontext ist dies relevant, da die Handlungsspielräume politischer Projekte nicht allein national bestimmt sind, sondern in solche globalen Strukturen eingebettet bleiben. Transformationsversuche stehen damit unter dem Druck, sich an internationale Vorgaben und institutionelle Rahmen anzupassen. Dadurch stellt sich die Frage, inwiefern politische Reformen Veränderungen ermöglichen. Candeias präzisiert den Kern dieser Dynamik, indem er hervorhebt, dass das „passive Element“ darin besteht, Interessen der Subalternen herrschaftsförmig zu integrieren, während ihre strukturelle Unterordnung bestehen bleibt (2010: 2). Daraus ergibt sich eine grundlegende Ambivalenz, die sich auch immer wieder im lateinamerikanischen Kontext beobachten lässt. Reformprojekte können als Ausdruck gesellschaftlicher Öffnung und politischer Inklusion erscheinen. Zugleich aber werden Prozesse kontrollierter Integration verstanden, in denen subalterne Forderungen aufgegriffen

und so transformiert werden, dass sie bestehende hegemoniale Strukturen eher stabilisieren als grundlegend verändern.

Für die vorliegende Forschungsfrage bietet *trasformismo* somit ein zentrales Analyseinstrument, um die oft unsichtbaren Mechanismen der institutionellen Einbindung und Entpolitisierung progressiver Forderungen zu untersuchen. Aus dieser Perspektive lässt sich prüfen, ob Petros Reformprojekt tatsächlich auf die Herausbildung eines neuen gesellschaftlichen Blocks abzielt oder ob progressive Impulse lediglich im Rahmen bestehender Machtstrukturen absorbiert werden. *trasformismo* beschreibt dabei jenen Prozess, in dem emanzipatorische Projekte durch Kompromisse und ideologische Umdeutung an Radikalität verlieren und letztlich zur Stabilisierung der bestehenden Ordnung beitragen, anstatt eine reale Verschiebung der Kräfteverhältnisse herbeizuführen.

Die Konzepte der passiven Revolution, des Cäsarismus und des *trasformismo* bilden bei Gramsci einen Zusammenhang zur Analyse hegemonialer Stabilisierung. Während die passive Revolution auf Reform- und Modernisierungsprozesse von oben verweist, beschreibt der Cäsarismus politische Vermittlung in blockierten Kräfteverhältnissen. Der *trasformismo* erklärt zudem, wie oppositionelle Akteure und Forderungen in bestehende Machtstrukturen integriert werden, ohne die gesellschaftlichen Grundlagen grundlegend zu verändern.

Für die vorliegende Arbeit ist dieser Zusammenhang zentral, da er eine Analyse staatlicher Reformpolitik im Verhältnis zu gesellschaftlichen Konflikten ermöglicht. Am Beispiel der Regierung Gustavo Petro stellt sich die Frage, ob die Reformen auf eine tatsächliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse hindeuten oder innerhalb bestehender hegemonialer Strukturen verbleiben. Daran schließt die Frage an, unter welchen Bedingungen solche Mechanismen überwunden werden können, was zur Philosophie der Praxis überleitet.

Gramscis Philosophie der Praxis bildet das erkenntnistheoretische Fundament seines Denkens und verknüpft die vorangegangenen Konzepte zu einem kohärenten Ganzen. Sie ist keine zusätzliche Theorieebene, sondern das Prinzip, das diese Kategorien erst wirksam miteinander verbindet. Indem Gramsci gesellschaftliche Wirklichkeit als historisch, widersprüchlich und veränderbar begreift, richtet er seine Analyse konsequent auf politisches Handeln aus. Dabei bezeichnete er den Marxismus bewusst als „*Philosophie der Praxis*“, um dessen nicht-dogmatischen, historisch offenen und handlungsorientierten Charakter hervorzuheben (Schmidt & Schröder 2016: 237). Er grenzt sich damit von deterministischen Geschichtsauffassungen ab und versteht die Theorie als eine kritische Methode, die unmittelbar aus sozialen Praktiken hervorgeht. Dieser Ansatz zielt nicht auf eine abstrakte Weltanschauung ab, sondern wird genau in jenem Moment relevant, in dem die Philosophie „geschichtlich, das heißt gesellschaftlich“ wirksam wird (Gramsci 2012f: 1279).

Zentral ist dabei die Einsicht, dass gesellschaftliche Kämpfe nicht primär auf der Ebene staatlicher Institutionen entschieden werden, sondern vor allem innerhalb der Zivilgesellschaft. Opratko hebt hervor, dass die Philosophie der Praxis die Zivilgesellschaft als strategisches Kampffeld begreift, in dem soziale Kräfte um Hegemonie und um die konkrete Organisation von Staat, Ökonomie und Gesellschaft ringen (2011: 89). Hegemonie erscheint hier nicht als stabiler Zustand, sondern als dauerhaft umkämpfter Prozess, der fortlaufender Reproduktion und Legitimation bedarf (ebd.: 231). Die Philosophie der Praxis eröffnet zugleich eine räumlich und historisch erweiterte Perspektive auf Machtverhältnisse. Gesellschaftliche Hierarchien sind stets in mehrskalige Kontexte eingebettet und durch historisch gewachsene Zentrum-Peripherie-Ordnungen geprägt (Jessop 2005: 433). Dadurch wird es möglich, nationale Machtverhältnisse systematisch mit globalen Abhängigkeitsstrukturen zu verbinden, ein zentraler Ausgangspunkt für die Analyse kolumbianischer Staatlichkeit. Hall unterstreicht die besondere Relevanz dieses Ansatzes für Gesellschaften, die durch ein schwankendes Verhältnis von Zwang und Konsens geprägt sind und in denen die politische Führung zwischen autoritärer Durchsetzung und hegemonialer Integration oszilliert. Entscheidend seien

dabei staatliche Strategien, gesellschaftliche Bündnisse und die Herausbildung eines „national-populären Willens“ (1994: 124). In diesem Sinne lenkt der Ansatz den Blick darauf, wie politische Ordnungen ihre Stabilität gerade in Situationen sichern, in denen Zwang und Konsens ineinandergreifen. Reformprozesse erscheinen dann nicht als Brüche, sondern als Momente, in denen gesellschaftliche Forderungen selektiv aufgegriffen und in bestehende Strukturen eingebunden werden. Damit wird sichtbar, dass die Herausbildung eines „national-populären Willens“ weniger als Ausdruck eines autonomen kollektiven Projekts zu verstehen ist, sondern als Ergebnis von Aushandlungsprozessen, in denen unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte integriert und zugleich begrenzt werden.

In Bezug auf die Forschungsfrage rückt damit das Spannungsverhältnis zwischen tiefgreifender Transformation und institutioneller Absorption in den Mittelpunkt. Es gilt zu analysieren, ob aktuelle Reformbemühungen einen hegemonialen Bruch einleiten oder eher eine Modernisierung der bestehenden Ordnung darstellen. Antonio Gramscis Philosophie der Praxis ist dabei wesentlich historisch angelegt, da sie gesellschaftliche Verhältnisse als Ergebnis konkreter historischer Kräftekonstellationen begreift und politische Handlungsmöglichkeiten stets in diesen Kontext einordnet. Sie liefert damit das analytische Instrumentarium, um zu prüfen, ob ein Regierungsprojekt subalterne Gruppen langfristig aus ihrer politischen Unterordnung herausführt oder ob transformative Impulse im Rahmen bestehender Strukturen absorbiert und neutralisiert werden.

Politischer Kampf & emanzipatorische Handlungsmöglichkeiten

Macht und Abhängigkeit sind weder monokausal noch ausschließlich institutionell erklärbar, sondern aus dem Zusammenspiel ökonomischer Strukturen, politischer Institutionen und ideologischer Führung. Ausgehend von der Forschungsfrage müssen emanzipatorische Handlungsmöglichkeiten unter Bedingungen nationaler und globaler Strukturen in Kolumbien berücksichtigt werden, damit Prozesse und Mechanismen von Blockierung, Stabilisierung und Transformation untersucht werden können. Die Geschichte ist in diesem Verständnis kein linearer Ablauf, sondern *„das Resultat von bewussten oder unbewussten politischen Kämpfen, die zur Gewinnung*

politischer Handlungsfähigkeit führen“ (Merkens & Gramsci 2007: 123). Auch Ansätze der Entwicklungs- und Abhängigkeitsforschung betonen, dass historische Entwicklung trotz struktureller Zwänge stets Spielräume für Alternativen eröffnet: *„Obwohl die Strukturen determiniert sind, gibt es in der Geschichte Raum für Alternativen [...]. Ihre Verwirklichung hängt [...] von der Wahrnehmung neuer Wege [...] und von der Leidenschaft für das Mögliche ab“* (Cardoso & Faletto 1976: 212). Gramscis Theorie der passiven Revolution bietet den analytischen Schlüssel, um Handlungsspielräume in Krisenzeiten zu erfassen. Opratko betont hierzu: *„[...] der Kapitalismus immer gezwungen ist, sich selbst zu revolutionieren, wenn die Hegemonie geschwächt ist oder eine Gesellschaftsformation der Notwendigkeit, die Produktivkräfte weiter zu entwickeln, nicht nachkommen kann“* (2011: 199). Dieses Erkenntnis ist zentral, da sie zeigt, dass Systemanpassungen oft notwendige Reaktionen auf Krisen sind, um durch Teilzugeständnisse einen totalen Bruch zu verhindern. Candeias ergänzt, dass Überschreitungen hegemonialer Strukturen nur möglich werden, wenn eine *„molekulare Erosion der Hegemonie durch Verdichtung von Widersprüchen“* einsetzt (2009: 136). Dies unterstreicht, dass echter Wandel aus einem schleichenden Prozess resultiert, bei dem sich Widerstände so weit zuspitzen, dass sie nicht mehr einfach integriert werden können. Für die Analyse bedeutet dies zu prüfen, ob Reformen diese Widersprüche auflösen oder sie für eine tiefgreifende Veränderung weiter verschärfen.

Transformation setzt demnach keine völlige Auflösung der bestehenden Ordnung voraus, sondern entsteht aus den inneren Spannungen hegemonialer Stabilität. Dies verdeutlicht, dass systematische Ungleichheit das Ergebnis globaler und lokaler Machtgefüge ist. Demnach stehen soziale Bewegungen vor der Aufgabe, fragmentierten Widerstand in ein kohärentes gesellschaftliches Projekt zu überführen. Sekler und Brand verweisen darauf, dass gegenhegemoniales Handeln stets in sedimentierten Machtverhältnissen ansetzt, in denen Inkorporierung, Kompromissbildung und Marginalisierung zugleich Möglichkeiten und Grenzen politischer Veränderung markieren (zit. n. Opratko 2011: 231).

Diese Dynamik verdeutlicht, dass jede Transformation innerhalb bestehender Strukturen gegen die Mechanismen der passiven Revolution und des *trasformismo* arbeiten muss. Dabei bleibt entscheidend, ob das Projekt unter Gustavo Petro die

Kräfteverhältnisse real verschiebt oder lediglich institutionell anpasst. Da emanzipatorische Spielräume untrennbar mit der Transformation des nationalen Blocks und der globalen Einbindung verknüpft sind, stößt ein rein eurozentrischer Gramsci-Bezug an seine Grenzen. Hier bietet die Dependenztheorie den notwendigen Pfeiler, um Kolumbiens politische Ökonomie im Spannungsfeld von interner Macht und globaler Einordnung zu verorten. Dies ebnet den Weg für eine neogramscianische Perspektive, die Gramscis Kategorien internationalisiert. Erst diese Erweiterung ermöglicht es, zu untersuchen, inwiefern Petros Reformen bestehende Abhängigkeitsstrukturen verändern oder ob der globale Rahmen die Handlungsspielräume für Transformation strukturell begrenzt.

Dependenztheorie

Die Einbindung der Dependenztheorie erweitert den theoretischen Rahmen, indem sie die Analyse von der politischen Ebene auf die materiellen Grundlagen und die spezifischen Entwicklungsbedingungen des Globalen Südens ausrichtet. Sie untersucht die ökonomischen Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Transformationen möglich oder begrenzt sind, und analysiert, welche Auswirkungen strukturelle Abhängigkeit auf nationale Spielräume hat. Damit verdeutlicht sie die ungleichen Beziehungen zwischen Zentren und Peripherien und ergänzt Gramscis Konzepte um die notwendige Dimension ungleicher Entwicklung im internationalen Kontext.

Die Dependenztheorie wird den handlungsorientierten Ansätzen zugeordnet, die auf die Überwindung imperialistischer Strategien und die Eröffnung neuer Entwicklungschancen für periphere Regionen zielen. Friedens- und Solidaritätsbewegungen sowie Kritiker:innen dominanter Institutionen spielen dabei eine zentrale Rolle, indem sie alternative Vorschläge für internationale Finanz- und Handelsordnungen oder für Umverteilungsmechanismen entwickeln (Jäger und Springler 2015: 365). Zugleich wird die räumliche Dimension kapitalistischer Entwicklung betont: *„Demnach hat kapitalistische Entwicklung ungleiche Effekte in den Zentren und Peripherien der Weltwirtschaft. Sie führt zur Produktion von Unterentwicklung in den peripheren Ländern, die sich in Form persistenter sozialer*

Heterogenität manifestiert. [...] Dabei können die globale, die nationale und die regionale bzw. urbane Ebene differenziert werden“ (ebd.). Diese Maßstabsebenen stehen in einem wechselseitigen Verhältnis und lassen sich als spezifische Formen räumlicher Abstraktion begreifen (ebd.: 366).

Der Hintergrund der Dependenztheorie, sich auf globale Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zu fokussieren, entwickelte sich in den 1960er und 1970er Jahren in Santiago de Chile. Es galt als Zentrum kritischer Wissensproduktion, weil sich dort exilierte Wissenschaftler:innen aus den Militärdiktaturen Lateinamerikas sammelten, die der Ursachen von Unterentwicklung nachgingen (Schmidt & Schröder 2016: 137). Der Ansatz beschreibt Abhängigkeit als *„asymmetrische Verflechtung der Weltregionen [...], deren Ursprung in den kolonialen Eroberungen liegt, in deren Zuge die Gesellschaften Lateinamerikas nachhaltig strukturell benachteiligt und im Inneren ökonomisch und sozial fragmentiert wurden“ (ebd.).*

Fernando Henrique Cardoso und Enzo Faletto, zentrale Vertreter der Dependenztheorie (dependistas), heben hervor, dass die Voraussetzungen für Entwicklung in Lateinamerika historisch gelegt wurden. *„Es steht außer Frage, daß [sic] ein Teil der Voraussetzungen für diese neue Phase in der lateinamerikanischen Ökonomie zu Beginn der fünfziger Jahre gegeben war, zumindest in Ländern wie Argentinien, Mexiko, Chile, Kolumbien und Brasilien. Zu diesen Voraussetzungen gehörte: 1. ein hinlänglich großer Binnenmarkt [...] 2. eine industrielle Grundlage [...] 3. reichliche Deviseneinnahmen [...] 4. starke Anreize für wirtschaftliches Wachstum [...] 5. eine befriedigende Rate einheimischer Kapitalbildung“ (Cardoso & Faletto 1976: 9).* Zentrale Kategorien der Dependenztheorie sind strukturelle Heterogenität – die Gleichzeitigkeit moderner Exportsektoren und kleinbäuerlicher Subsistenzproduktion – sowie Marginalität, die breite Teile der Bevölkerung dauerhaft von sozialer Teilhabe ausschließt. Diese Begriffe sind wesentlich, um ökonomische, soziale und politische Faktoren Kolumbiens zu untersuchen, da durch soziale Fragmentierung und enge Einbindung in den Weltmarkt eigenständige Entwicklungsstrategien begrenzt werden. Entwicklung stellt für die *dependistas* kein rein ökonomischer Prozess, sondern Resultat gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse dar: *„Eine Fragestellung, welche die rein ökonomische Analyse mit der Einsicht in die politische und soziale Entwicklung zu verbinden wünscht, muß [...] über den*

Charakter der Sozialstruktur [...] hinaus den Prozeß ihrer Formierung sowie die Ausrichtung und das Verhalten der sozialen Kräfte untersuchen“ (Cardoso & Faletto 1976: 17). Sie verstehen Entwicklung als „Ergebnis der Interaktion gesellschaftlicher Gruppen und Klassen, die [...] ihre unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen einander gegenüberstellen, miteinander ausgleichen und überwinden“ (ebd.: 21). Damit wird deutlich, dass ökonomische Dynamiken stets politisch vermittelt und gesellschaftlich vertieft werden müssen. In diesem Sinne wird Abhängigkeit immer in Verbindung mit inneren Klassen- und Herrschaftsverhältnissen begriffen. Schmidt und Schröder fassen dies zusammen: „Der Forschungsgegenstand der Dependenztheorien ist eng mit dem Verhältnis von Abhängigkeit als konkreter Form kapitalistischer Entwicklung bzw. als konkreter Konstitution der einzelnen lateinamerikanischen Staaten verbunden. Ein klassenanalytisches Forschungsprogramm war für die Dependencistas nicht selten der Ausgangspunkt zur Analyse der lateinamerikanischen Ökonomien“ (2016: 137). Zugleich wird auf die Rolle der internen Bourgeoisien verwiesen, deren Profite aus der Einbindung in den Weltmarkt und aus Kooperationen mit ausländischem Kapital resultieren (ebd.).

Für Kolumbien ist diese Perspektive besonders aufschlussreich, da die nationale Ökonomie historisch von Rohstoff- und Agrarexporten geprägt ist. Externe Abhängigkeit und interne Klassenstrukturen, insbesondere die Landkonzentration, verschränkten sich und vertieften die soziale Fragmentierung. In Gramscis Logik bedeutet dies, dass der historische Block in Kolumbien untrennbar mit dem Weltmarkt verwoben ist. Cardoso und Faletto zeigen, dass historischer Wandel in Lateinamerika nur über die Analyse solcher Herrschaftsstrukturen verständlich wird: *„Die Analyse der Herrschaftsstrukturen erlaubt, den Prozess des Wandels auf der politisch-institutionellen Ebene zu verfolgen. [...] Historische Veränderungen im Prozess der lateinamerikanischen Entwicklung [gingen] stets [...] mit der Übernahme neuer Formen der Beziehungen und folglich auch neuer Formen der Auseinandersetzung zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Gruppen einher“ (1976: 22).*

Diese Verbindung von ökonomischer Basis und politischem Überbau bildet die Brücke zum Neogramscianismus. Indem die Dependenztheorie die materiellen

Bedingungen der Peripherie präzisiert, ermöglicht sie eine präzisere Anwendung von Kategorien wie Hegemonie auf den kolumbianischen Kontext. Dabei ist Abhängigkeit, wie Cardoso und Faletto betonen, keine rein externe Variable, sondern in den internen Klassenbeziehungen verankert (1976: 31). Dadurch lässt sich die Wechselwirkung zwischen innergesellschaftlichen Machtverhältnissen und globalen Strukturzwängen als zusammenhängender Prozess erfassen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass politische Projekte stets in diesem Spannungsfeld operieren und sich daran messen lassen, inwiefern sie bestehende Verflechtungen verändern oder innerhalb dieser fortwirken.

Neogramscianismus

Der Neogramscianismus vervollständigt diesen Rahmen, indem er die Hegemonieanalyse über den Nationalstaat hinaus auf die globale Ebene ausweitet. Dadurch wird sichtbar, wie Herrschaft und Konsens in transnationalen Machtordnungen organisiert sind und nationale Politikräume prägen. Während die Dependenztheorie die ökonomischen Strukturbedingungen der Peripherie herausarbeitet, richtet dieser Ansatz den Blick auf deren politisch-ideologische Absicherung. Für die Untersuchung der Reformagenda von Gustavo Petro ergibt sich daraus ein erweiterter Analysehorizont: Erst die Verbindung beider Perspektiven ermöglicht es, die Einbettung politischer Projekte in globale Machtverhältnisse zu berücksichtigen und zu untersuchen, inwiefern Transformationsprozesse innerhalb dieser Strukturen verlaufen oder durch sie begrenzt werden.

In diesem Zusammenhang überträgt Robert Cox Gramscis Hegemoniekonzept systematisch auf den Weltmaßstab. Er zeigt, dass in einer globalisierten Ökonomie transnationale Herrschaftskonstellationen eine zentrale Rolle bei der Formierung von Hegemonie und der Legitimation globaler Ungleichheiten spielen. Gerade in peripheren Ländern wie Kolumbien, in denen stabile hegemoniale Ordnungen oft fragmentiert sind, ermöglicht Cox' Ansatz, nationale Machtkämpfe in ihrem internationalen Kontext zu analysieren (Schmidt & Schröder 2016: 236). Bob Jessop vertieft diese Perspektive, indem er Krisen als politisch umkämpfte Momente analysiert, in denen die diskursive Deutungshoheit über den weiteren Verlauf

entscheidet. Er unterscheidet dabei zwischen Krisen „in“ bestehenden Strukturen und Krisen des Krisenmanagements selbst, bei denen etablierte institutionelle Routinen versagen und Räume für neue Ordnungen entstehen (2015: 245-247). Obwohl solche Phasen Möglichkeitsfenster für neue gesellschaftliche Allianzen öffnen, bleibt ihre Interpretation oft selektiv und im Sinne herrschender Machtverhältnisse gerahmt. Eliten steuern diese Dynamiken aktiv, indem sie die Deutungshoheit beanspruchen und Kosten externalisieren, sodass Krisen letztlich häufig zur Reproduktion bestehender Strukturen beitragen, statt grundlegenden Wandel anzustoßen (ebd.: 256-258).

Neoliberalismus erscheint nicht nur als ökonomische Doktrin, sondern als umfassende gesellschaftliche Restrukturierung. *„A central contention of this volume is that the new constitutionalism of disciplinary neo-liberalism can be conceptualized as a set of dominant political practices that, despite growing contradictions, are reconstituting political and civil society as well as the relations between humanity and the environment in fundamental ways“* (Gill & Cutler 2014: 1). Neoliberale Prinzipien werden durch rechtliche Arrangements wie Handelsabkommen oder unabhängige Zentralbanken dauerhaft abgesichert. Diese institutionelle Verfestigung dient als passive Revolution: Reformen werden so kanalisiert, dass sie die grundlegenden Machtverhältnisse eher stabilisieren als gefährden. Der Staat agiert hierbei nicht als neutraler Akteur, sondern als jener Raum, in dem diese Kräfteverhältnisse materiell verdichtet und gegen fundamentale Veränderungen abgeschirmt werden. Er ist weder bloß Vollzugsorgan noch neutrale Vermittlerin, sondern Ausdruck hegemonialer Kompromisse und Konflikte. Jäger und Springler verweisen auf die relative Eigenständigkeit staatlicher Apparate, deren Akteure unter bestimmten Bedingungen klassenübergreifende Politiken umsetzen können, ohne strukturelle Ungleichgewichte aufzuheben (2015: 141). Zugleich rückt die transnationale Dimension in den Blick: Politische Entscheidungen werden zunehmend durch Netzwerke einer transnationalen kapitalistischen Klasse und durch internationale Institutionen geprägt. Hegemonie beruht dabei auf der Einbindung subalternen Gruppen und auf staatlichem Zwang: *„Dominante Klassenfraktionen [...] versuchen, wichtige Teile der beherrschten Klassen in ihr Projekt einzubinden, um damit aktive oder passive Zustimmung zu erreichen. [...] Dennoch bedarf Hegemonie immer auch staatlichen Zwangs“* (Jäger & Springler 2015: 142). In peripheren Gesellschaften ist

diese Hegemoniefähigkeit begrenzt, wodurch Zwang und internationale Disziplinierung an Gewicht gewinnen (ebd.: 143).

Zusammenfassend begreift der Neogramscianismus Macht als transnationales Verhältnis, in dem nationale und globale Hegemonien ineinandergreifen. Für Kolumbien bedeutet dies, dass gesellschaftliche Transformation im Spannungsfeld zwischen inneren Kräfteverhältnissen und internationalen Abhängigkeiten verläuft. Der Ansatz ermöglicht es, die Einbindung kolumbianischer Eliten in internationale Institutionen, die Wirkung neoliberaler Restrukturierungen und die daraus resultierenden Begrenzungen politischer Handlungsspielräume zu analysieren. Damit wird sichtbar, dass progressive Projekte nicht nur an nationale Bedingungen gebunden sind, sondern zugleich in transnationale Machtkonstellationen eingebettet bleiben. Kolumbiens Entwicklung erscheint so als doppelt strukturiert durch interne Klassenverhältnisse und externe Weltmarktabhängigkeit. Reformprozesse können unter diesen Bedingungen zwar gesellschaftliche Forderungen aufnehmen, laufen jedoch Gefahr, sich auf institutionelle Anpassungen zu beschränken, ohne grundlegende Machtstrukturen zu verändern.

Historisch zeigt sich diese Dynamik etwa in der Bearbeitung von Schuldenkrisen und der Ausgestaltung von Freihandelsabkommen, die häufig im Zusammenspiel nationaler Eliten und internationaler Institutionen geprägt wurden. In diesem Kontext etablierte sich seit den 1980er Jahren der Neoliberalismus als hegemoniales Projekt, dessen Strukturen die gegenwärtigen Handlungsspielräume maßgeblich prägen. Vor diesem Hintergrund lässt sich die aktuelle Situation als ein Spannungsfeld begreifen, in dem sich entscheidet, ob bestehende Ordnungen fortgeschrieben oder in ihren Grundlagen verändert werden. Um Struktur, Handlung und Ideologie in diesem Zusammenhang systematisch zu erfassen, dient der Critical Realism als methodologischer Rahmen der Arbeit.

Politische Transformation und Machtverhältnisse in Kolumbien

Eine historische Analyse (19. – 21. Jahrhundert)

Aufbauend auf dem theoretischen Rahmen richtet sich der Fokus nun auf die historische Entwicklung Kolumbiens vom 19. bis ins 21. Jahrhundert. Die Analyse zielt darauf ab, jene Mechanismen zu rekonstruieren, durch die sich gesellschaftliche Ordnung, politische Herrschaft und ökonomische Abhängigkeiten herausgebildet haben.

Der Fall Kolumbien erweist sich dabei als besonders aufschlussreich, da hier eine ausgeprägte Kontinuität sozialer Ungleichheit mit formaler demokratischer Stabilität zusammentrifft – eine Konstellation, in der sich Prozesse hegemonialer Absicherung und internationaler Abhängigkeit verdichtet zeigen. Die Analyse folgt keiner linearen Chronologie, sondern rekonstruiert gezielt jene historischen Konstellationen, in denen sich Machtverhältnisse stabilisiert oder in Krisenphasen verschoben haben. Diese historisch-materielle Einordnung schafft die Grundlage, um die Handlungsspielräume und Begrenzungen der gegenwärtigen Regierung Gustavo Petro im Kontext ihrer historisch gewachsenen Voraussetzungen zu analysieren.

19. Jahrhundert

Um die gegenwärtigen Dynamiken hegemonialer Stabilisierung zu verstehen, ist es notwendig, ihre historischen Ursprünge offenzulegen. Der Blick richtet sich daher zunächst auf das 19. Jahrhundert, also jene Epoche, in der sich die politischen, ökonomischen und sozialen Grundlagen der kolumbianischen Ordnung neu formierten und koloniale Strukturen in veränderter Form fortwirkten. In dieser Phase verfestigten sich zentrale Muster, darunter die Dominanz oligarchischer Eliten, die enge Verbindung von Kirche und Staat sowie eine hochgradig ungleiche Landverteilung.

Autonomie, Staatsbildung und fragile nationale Identität

Die Analyse beginnt im frühen 19. Jahrhundert, da hier die strukturellen Widersprüche der kolumbianischen Staatsbildung wurzeln. Ein Katalysator war die Erklärung von 1809: Obwohl sich Großkolumbien formell in die spanische Monarchie integrierte, blieb den kreolischen Eliten die faktische Teilhabe verwehrt (LaRosa et al. 2017: 11). Mit der Autonomieerklärung im Juli 1810 erfolgte ein symbolischer Bruch mit der spanischen Krone. Die neue Selbstverwaltung basierte auf einer Verfassung und einem föderalen System, wobei der König nur unter bestimmten Bedingungen anerkannt wurde (ebd.: 16).

Die frühen Verfassungen von 1811 und 1812 orientierten sich an universellen bürgerlichen Rechten wie Freiheit, Gleichheit, Sicherheit und Eigentum (ebd.: 51). Diese Prinzipien signalisierten zwar eine politische Neuordnung, blieben jedoch sozial begrenzt: Ungleichheit, Sklaverei und feudale Strukturen bestanden fort (ebd.: 18). Die formale Unabhängigkeit stellte die bestehende Sozialordnung daher nicht grundlegend infrage, sondern stabilisierte sie unter neuen institutionellen Vorzeichen.

Diese Kontinuität zeigte sich auch in der politischen Entwicklung nach 1810. Wiederholte Rückeroberungsversuche Spaniens sowie konkurrierende Interessen regionaler Eliten verhinderten die Etablierung stabiler staatlicher Strukturen (Bushnell 1998: 46-48). In der Folge entwickelten die Provinzen eigenständige Regierungsformen, die sich an lokalen Machtinteressen orientierten und zwischen föderalen, zentralistischen und republikanischen Modellen schwankten (LaRosa et al. 2017: 18-19). Die Konfliktlinien verliefen dabei sowohl ideologisch als auch regional, da Eliten unterschiedliche Vorstellungen von Staatlichkeit verfolgten (ebd.: 65). Kolumbien erschien damit weniger als kohärenter Nationalstaat, sondern als Raum konkurrierender Kräfteverhältnisse. Eine unmittelbare Folge dieser Fragmentierung war das Fehlen einer stabilen nationalen Identität. Die zahlreichen Namens- und Territorialänderungen im 19. Jahrhundert verdeutlichen, dass sich keine konsistente staatliche Selbstdefinition herausbilden konnte (Rodríguez und Ramírez 2022: 147). Die politische Ordnung blieb von institutioneller Instabilität und konkurrierenden Eliteinteressen geprägt, während gesellschaftliche Integration kaum im Vordergrund stand.

Tabelle 1:

Zeitraum	Staatsname	Heutige Länder
1819–1830	Großkolumbien	Kolumbien, Ecuador, Panama, Venezuela sowie Teile Brasiliens und Perus
1830–1858	Neugranada	Kolumbien, Panama sowie Teile Brasiliens, Ecuadors und Perus
1858–1863	Konföderation von Granada	Kolumbien, Panama sowie Teile Brasiliens, Ecuadors und Perus
1863–1886	Vereinigte Staaten von Kolumbien	Kolumbien, Panama sowie Teile Brasiliens, Ecuadors und Perus
1886–1903	Republik Kolumbien	Kolumbien und Panama
1903–heute	Republik Kolumbien	Kolumbien

Parallel dazu verfestigte sich die Vorherrschaft jener sozialen Gruppen, die aus dem kolonialen Machtapparat hervorgegangen waren und zentrale Elemente der europäischen Ordnung fortführten. Wie De Smet hervorhebt, fehlte eine radikale Kraft, die auf eine umfassende gesellschaftliche Transformation gedrängt hätte (2016: 125). Stattdessen dominierten oligarchische Eliten, deren Reformen selektiv blieben und primär der Sicherung eigener Machtpositionen dienten. Auch nach der formalen Unabhängigkeit blieb die Umsetzung von Gleichstellungsforderungen daher weitgehend symbolisch (Bushnell 1998: 44-46). Politische und institutionelle Veränderungen gingen nicht mit einer breiten gesellschaftlichen Integration einher. Die Mehrheit der Bevölkerung blieb von politischer Teilhabe ausgeschlossen, während sich bestehende soziale Hierarchien reproduzierten.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Reichweite politischer Reformen nicht allein an institutionellen Neuerungen zu messen ist, sondern daran, inwiefern sie tief verankerte Machtstrukturen und soziale Ungleichheiten tatsächlich verschieben.

Interne Herrschaftsmechanismen und soziale Reproduktion

Während die formale Unabhängigkeit neue politische Institutionen hervorbrachte, blieb die gesellschaftliche Ordnung von tief verankerten Machtstrukturen geprägt. Politische Veränderungen gingen nicht mit einer grundlegenden Umverteilung von Macht einher, sondern vollzogen sich vielfach als Reorganisation bestehender Verhältnisse. De Smet beschreibt vergleichbare Prozesse, in denen die Delegation staatlicher Macht an lokale Grundbesitzende, fiskalische Privatisierung und Schuldknechtschaft zu einer Re-Feudalisierung ländlicher Räume führten (2016: 109). Diese Struktur ermöglichte es dominanten Gruppen, Teile der Bevölkerung selektiv in bestehende Netzwerke einzubinden und so Forderungen nach grundlegender Veränderung abzuschwächen. Hinter den formalen Reformen blieb damit eine Kontinuität kolonial geprägter Besitz- und Herrschaftsverhältnisse bestehen. De Smet fasst diese Ambivalenz prägnant zusammen: „*Colonialism was materially progressive [...] politically regressive*“ (2016: 111).

Diese Dynamik beschränkte sich nicht auf ökonomische Strukturen, sondern zeigte sich ebenso in der sozialen und politischen Organisation in Kolumbien. Am Beispiel der Staatsbürgerschaft wird deutlich, dass politische Teilhabe von Beginn an an exklusive Voraussetzungen gebunden war. Die Regelungen von 1832 knüpften Bürgerrechte an Geschlecht, Eigentum, Einkommen und Bildung, wodurch große Teile der Bevölkerung systematisch ausgeschlossen blieben (LaRosa et al. 2017: 51). Zwar wurden diese Einschränkungen mit der Verfassung von 1853 formal gelockert, doch blieben soziale Hierarchien bestehen, und politische Partizipation blieb faktisch begrenzt (ebd.). Auch nach der Abschaffung der Sklaverei 1851 blieb der Zugang zu politischer Macht stark ungleich verteilt (ebd.: 54-55). Politische Integration erfolgte somit ohne tiefgreifende gesellschaftliche Transformation.

Parallel dazu festigte sich die Rolle der katholischen Kirche als zentraler Bestandteil der politischen Ordnung. Nach dem Ende der Monarchie trug sie zur Stabilisierung

bestehender Hierarchien bei und widersetzte sich Reformen, die ihre Position gefährdet hätten (LaRosa et al. 2017: 85-86). Die enge Verflechtung von Kirche und Staat zeigte sich bereits im Konflikt um das Patronato Real und setzte sich in der Herausbildung der politischen Lager fort (Cortés Guerrero 2014: 106-108). Konservative Eliten institutionalisierten den Einfluss der Kirche, während liberale Kräfte zwar für föderale Strukturen und eine stärkere Trennung eintraten, jedoch innerhalb desselben sozialen und ökonomischen Rahmens agierten (Bushnell 1998: 95-97). Politische Konflikte betrafen daher primär institutionelle Fragen, nicht aber die grundlegenden Eigentums- und Machtverhältnisse.

Auch im ökonomischen Bereich blieb die Entwicklung durch strukturelle Kontinuitäten geprägt. Politische Instabilität ging mit stagnierendem Wachstum einher und verschärfte bestehende Ungleichgewichte (Bushnell 1998: 108-109). Instrumente wie das Estanco-System² verdeutlichen die Fortführung zentralisierter und extraktiver Wirtschaftsstrukturen, während die Wirtschaft insgesamt auf wenige Exportgüter konzentriert blieb und asymmetrisch in globale Märkte eingebunden war (Rodríguez und Ramírez 2022: 145).

Diese Tendenzen verdichteten sich unter der Regeneración, der konservativen Restaurationsphase (1885-1904): Die Verfassung von 1886 zentralisierte politische Macht, während Institutionen wie die Banco Nacional die Kontrolle über zentrale ökonomische Prozesse bündelten (Rodríguez und Ramírez 2022: 153). Das Konkordat von 1887 sicherte der katholischen Kirche weitreichenden Einfluss, insbesondere im Bildungswesen, und trug so zur ideologischen Stabilisierung der bestehenden Ordnung bei (Cortés Guerrero 2014: 109). Ergänzend lässt sich mit Spivak zeigen, dass solche Strukturen durch die Einbindung lokaler Eliten weiter stabilisiert wurden. In sogenannten Komprador-Konstellationen übernehmen diese eine vermittelnde Rolle, indem sie dominante Interessen in lokale Kontexte übersetzen und so zur Reproduktion bestehender Hierarchien beitragen (Spivak 2008: 51, 59). Herrschaft stabilisiert sich damit nicht allein über ökonomische Kontrolle, sondern auch über kulturelle und symbolische Praktiken.

In der Verbindung von politischer Zentralisierung, ökonomischer Kontrolle und ideologischer Legitimation verdichtet sich so ein Herrschaftsmodell, das auf

² Spirituose

Stabilisierung durch Anpassung beruht. Insgesamt zeigt sich, dass Modernisierung im 19. Jahrhundert mit anhaltender politischer und sozialer Exklusion einherging und bestehende Machtverhältnisse in veränderter Form fortgeschrieben wurden.

Kriege, Krisen und Fragmentierung staatlicher Ordnung

Diese Kontinuität kolonialer Machtstrukturen ist auch vor dem Hintergrund der gewaltsamen Unabhängigkeitskriege zu verstehen, die die damaligen Gebiete Kolumbiens (Tabelle 1) zwischen 1812 und 1824 prägten. Rodríguez und Ramírez Untersuchungen zeigten, dass die militärischen Auseinandersetzungen zwischen spanischen Truppen und revolutionären Kräften erhebliche menschliche und materielle Ressourcen verbrauchten und den Aufbau der politischen Ordnungen unter den Bedingungen von Zerstörung, sozialer Fragmentierung und institutioneller Schwäche erfolgte (2022: 145). Zwar ging der Unabhängigkeitskampf mit der Gründung Großkolumbiens im Jahr 1819 formal erfolgreich zu Ende, doch orientierte sich der neue Staat weitgehend an den territorialen und administrativen Strukturen des ehemaligen spanischen kolonisierten Gebiets.

Bereits kurz nach der Staatsgründung zeigte sich die geringe gesellschaftliche Verankerung der neuen Ordnung. Politische Instabilität, Machtkämpfe und der Ausschluss breiter Bevölkerungsschichten prägten die 1820er Jahre. Der Rücktritt Simón Bolívars im Jahr 1830, die autoritäre Übergangsherrschaft Rafael Urdanetas sowie regionale Rebellionen und der Krieg mit Peru beschleunigten den Zerfall Großkolumbiens (LaRosa et al. 2017: 26, 49).

Diese Entwicklung verweist jedoch nicht nur auf eine unvollständige gesellschaftliche Transformation, sondern auch auf die strukturellen Voraussetzungen eines vormals kolonialen Raums. Das Territorium war historisch nicht als integrierter Nationalstaat organisiert, sondern als administrativ zusammengefasste Region mit stark divergierenden ökonomischen, sozialen und regionalen Strukturen. Vor diesem Hintergrund erscheint die politische Fragmentierung weniger als Abweichung, sondern als Ausdruck dieser heterogenen Ausgangsbedingungen. Auch die Verfassung von 1831/32 stellte keinen grundlegenden Bruch dar, sondern stabilisierte bestehende Machtverhältnisse unter republikanischen Vorzeichen (ebd.:

50). Regionale Disparitäten und wirtschaftliche Fragmentierung vertieften diese Entwicklung, indem politische und ökonomische Kontrolle in bestimmten Zentren konzentriert blieb und ein übergreifendes nationales Projekt weiterhin ausblieb.

Ein weiterer zentraler Konfliktherd war die ungleiche Landverteilung. Die Auflösung der Resguardos im Jahr 1850 entzog indigenen Gemeinschaften ihre ökonomische Grundlage und förderte die Privatisierung von Land zugunsten kreolischer und mestizischer Eliten, während große Teile der indigenen Bevölkerung verarmten (Bushnell 1998: 41, 78-79). Dieses Beispiel verdeutlicht, wie staatliche Reformen bestehende Ungleichheiten nicht abbauten, sondern strukturell verstärkten und damit eine breite gesellschaftliche Integration verhinderten.

Die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land verbanden ökonomische Abhängigkeit eng mit politischer Kontrolle und stabilisierten so lokale Herrschaftsverhältnisse (LaRosa et al. 2017: 111). Eine stabile proletarische Klasse im klassischen Sinne konnte sich unter diesen Bedingungen kaum herausbilden. Dies lag zum einen daran, dass die Wirtschaft überwiegend agrarisch und extraktiv organisiert war und großflächiger Landbesitz sowie Patronageverhältnisse die Arbeitskräfte an lokale Eliten banden. Zum anderen verhinderten Schuldknechtschaft, geringe Mobilität und regionale Fragmentierung die Entstehung eines einheitlichen Arbeitsmarktes, der für kollektive Organisation notwendig gewesen wäre.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die sozialen Strukturen weniger in Richtung klar ausgeprägter Klassenkonflikte als vielmehr fragmentiert und lokal eingebunden. Im theoretischen Sinne verweist dies auf eine Form hegemonialer Stabilisierung, in der Herrschaft gerade durch das Ausbleiben kollektiver Gegenmacht gesichert wird. Die begrenzte Proletarisierung reduzierte somit nicht nur die Möglichkeiten sozialer Mobilisierung, sondern trug zugleich zur Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse bei (De Smet 2016: 109). Konkrete Konfliktkonstellationen verdeutlichen die enge Verknüpfung von sozialer Exklusion und politischer Gewalt. In peripheren Regionen wie Cauca und Antioquia setzten lokale Eliten staatliche Vorgaben aus Bogotá häufig außer Kraft und behaupteten faktisch autonome Machtpositionen, was die Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie weiter verschärfte (LaRosa et al. 2017: 86). Bewaffnete Widerstände

gegen konservative Regierungen kulminierten insbesondere unter der Führung des liberalen Generals Tomás Cipriano de Mosquera. Der Bürgerkrieg von 1860–1862 endete mit dem Sieg der liberalen Kräfte und mündete in eine föderalistische und antiklerikale Neuordnung, die radikal-liberale Forderungen nach Dezentralisierung, Einschränkung kirchlicher Macht und institutionellen Reformen aufgriff (ebd.). Diese Reformen führten jedoch nicht zu einer nachhaltigen Stabilisierung. Zwar versuchte Mosquera, durch Enteignungsmaßnahmen den Einfluss der Kirche zu begrenzen und staatliche Kontrolle über Landressourcen zu stärken, doch blieb eine soziale Umverteilung aus. Stattdessen verschärften sich politische Polarisierung und Elitenkonflikte. Rodríguez und Ramírez zeigen, dass der antiklerikale Kurs der Liberalen den Konservativen ermöglichte, liberale Reformen als unvereinbar mit der katholischen Gesellschaftsordnung zu diskreditieren und politische Prinzipien situativ zugunsten machtpolitischer Interessen zu relativieren (2022: 149-150). Der Föderalisierungsprozess zwischen 1863 und 1886 war von anhaltenden Spannungen zwischen Zentralregierung und Regionen geprägt und scheiterte letztlich an institutioneller Schwäche, radikaler Kirchenpolitik sowie systematischem Wahlbetrug, was zu erneuter politischer Instabilität führte (ebd.: 152).

Die Rückkehr zum zentralistischen und präsidentialistischen System im Jahr 1885 mündete in die Verfassung von 1886 und festigte eine starke Exekutive, die den Einfluss regionaler und liberaler Kräfte systematisch zurückdrängte (LaRosa et al. 2017: 56). Unter Rafael Núñez etablierte die *Regeneración* ein politisches Projekt, das Ordnung und nationale Einheit versprach, faktisch jedoch die Macht konservativer Eliten konsolidierte und liberale Reformen revidierte (Bushnell 1994: 142). Politische Stabilität wurde dabei über Kontrolle statt Partizipation hergestellt. Ein zentraler Pfeiler dieser Ordnung war das Konkordat von 1888, das der katholischen Kirche maßgeblichen Einfluss auf Bildung und moralische Normen sicherte und der konservativen Regierung ideologische Legitimation verlieh (Rodríguez & Ramírez 2022: 153). Diese Allianz zwischen staatlicher und religiöser Autorität stabilisierte die Herrschaft kurzfristig, vertiefte jedoch soziale und kulturelle Spaltungen. Unter der Präsidentschaft Miguel Antonio Caros (1894–1898) traten die inneren Widersprüche der *Regeneración* offen zutage. Wirtschaftliche Krisen, ausgelöst durch fallende Kaffeepreise, Exportsteuern und steigende Belastungen der Landbevölkerung, untergruben die gesellschaftliche Akzeptanz der Ordnung

(LaRosa et al. 2017: 88; 111). Zunehmende Korruption, Patronage und die Instrumentalisierung staatlicher Ressourcen untergruben die gesellschaftliche Tragfähigkeit der Ordnung und führten zu einer strukturellen Destabilisierung.

Diese Entwicklung war eng mit sozio-ökonomischen Ungleichgewichten verbunden: Die Konzentration von Land und Kapital begünstigte Großgrundbesitzende, während Kleinbauern und Landlose in wachsende Abhängigkeiten gerieten. Die daraus resultierenden Spannungen entluden sich im Krieg der Tausend Tage (1899–1902), einem der blutigsten Konflikte der Region mit bis zu 100.000 Todesopfern (LaRosa et al. 2017: 88; Rodríguez & Ramírez 2022: 154). Die Konfliktlinien verliefen entlang sozialer, regionaler und ideologischer Brüche – zwischen Liberalen und Konservativen, Küsten- und Andenregionen sowie Eliten und landlosen Bevölkerungsgruppen (Bergquist, zit. in LaRosa et al. 2017: 111). Der Krieg offenbarte die Tiefe jener Ungleichheiten, die seit der Kolonialzeit bestanden und durch die *Regeneración* weiter verfestigt worden waren.

Fehlende Landreformen, ökonomische Konzentration und die enge Verbindung von Staat und Kirche verhinderten eine grundlegende soziale Transformation. Die zentralen Konflikte des 19. Jahrhunderts – zwischen Föderalismus und Zentralismus, in der *Regeneración* und im Krieg der Tausend Tage – führten daher nicht zu einer Verschiebung zugunsten subalternen Gruppen, sondern zu wiederholten Neuordnungen innerhalb der Eliten, während strukturelle Ungleichheiten fortbestanden. Diese Entwicklung lässt sich als fortlaufende Stabilisierung von Herrschaft durch elitäre Allianzen und selektive Integration verstehen, in der Krisen weniger als Brüche wirkten, sondern bestehende Macht- und Ungleichheitsstrukturen unter neuen institutionellen Bedingungen absicherten und in veränderter Form reproduzierten. Vor diesem Hintergrund bleibt offen, inwiefern gegenwärtige politische Transformationsansätze über solche Anpassungsmechanismen hinausgehen oder ob sie vor allem innerhalb bestehender Machtkonstellationen wirksam werden.

Von kolonialen Strukturen zu imperialen Abhängigkeiten

Die koloniale Vergangenheit prägte die Regierungsformen Kolumbiens tiefgreifend und hinterließ Machtstrukturen, die auch nach der Unabhängigkeit fortbestanden. Die Orientierung an externen politischen und ökonomischen Modellen verweist dabei auf fortwirkende Abhängigkeitsverhältnisse, wurde jedoch unter lokalen Bedingungen selektiv angepasst. Die daraus resultierenden Spannungen zwischen übernommenen Ordnungsvorstellungen und gesellschaftlicher Realität traten früh zutage und erschwerten eine konsistente politische Integration.

Diese Ambivalenz zeigt sich auch in den Überlegungen von Simón Bolívar, dessen Vorstellungen von Souveränität und Unabhängigkeit mit den tatsächlichen Machtkonstellationen kollidierten. Insbesondere gegenüber dem Einfluss externer Mächte äußerte er früh Skepsis und formulierte: *„Can you imagine the opposition that would come from the new American states, and from the United States, which seems destined by Providence to plague America with miseries in the name of Freedom?“* (Bolívar 2003: 172-173). Bolívar erkannte damit die Gefahr neuer Abhängigkeitsverhältnisse, die sich aus dem aufstrebenden Einfluss der USA ergaben, und beschrieb eine frühe Form imperialer Hegemonie, die wirtschaftliche Kontrolle, kulturellen Einfluss und politische Intervention miteinander verband.

Nach dem Zerfall Großkolumbiens blieb die außenwirtschaftliche Ausrichtung Kolumbiens stark exportorientiert. Bereits in den 1820er Jahren schloss die Republik Handels- und Anerkennungsverträge mit Großbritannien, den Vereinigten Staaten und den Niederlanden, die auf Freihandel abzielten und langfristig Importabhängigkeiten förderten (Rodríguez & Ramírez 2022: 145). Während die industriellen Zentren des Nordens ihre wirtschaftliche Überlegenheit ausbauten, blieb die kolumbianische Wirtschaft im 19. Jahrhundert überwiegend auf den Export unverarbeiteter Güter und den Import industrieller Produkte ausgerichtet. Diese asymmetrische Einbindung erhielt mit der Monroe-Doktrin von 1823 auch eine politische Rahmung, durch die die Vereinigten Staaten ihren Einfluss in der westlichen Hemisphäre ausweiteten (LaRosa et al. 2017: 194).

Besonders deutlich zeigte sich dies im Fall Panamas, dessen strategische Lage es früh zu einem zentralen Ziel externer Interessen machte (ebd.: 195-196). Der Bau

der Panama Railroad in den 1850er Jahren vertiefte diese Entwicklung, da die Kontrolle über Schlüsselinfrastruktur die wirtschaftliche Präsenz der Vereinigten Staaten ausbaute und die Einbindung in internationale Märkte verstärkte (Bushnell 1998: 81). Gleichzeitig nahm die Distanz zu den übrigen Regionen Kolumbiens zu, was bestehende territoriale und ökonomische Ungleichgewichte weiter verschärfte.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass wirtschaftliche Einbindung nicht nur als äußerer Einfluss zu verstehen ist, sondern mit inneren Strukturen verknüpft blieb. Die Orientierung auf Exportproduktion und externe Märkte stabilisierte bestehende Formen der Arbeitsorganisation und sozialen Hierarchie, anstatt sie zu verändern. Wie Quijano hervorhebt, sind solche Muster historisch eng mit kolonialen Formen der Kontrolle über Arbeit, Produktion und Distribution verbunden, die über ihre ökonomische Funktion hinaus auch ideologische und kulturelle Wirkungen entfalten (2016: 29-30). Auf diese Weise greifen externe Abhängigkeit und interne Machtverhältnisse ineinander und tragen gemeinsam zur Stabilisierung bestehender Ordnungen bei. Damit wird deutlich, dass ökonomische Integration und soziale Hierarchien eng miteinander verschränkt waren: Die Einbindung in den Weltmarkt stabilisierte bestehende Machtverhältnisse, indem sie Kontrolle über Arbeit und Ressourcen mit Formen gesellschaftlicher Legitimation verband. Diese Konstellation verweist auf tief verankerte strukturelle Mechanismen, durch die sich koloniale Arbeitsteilung und Herrschaftsformen langfristig fortsetzten.

Während zentrale Handelsrouten zunehmend unter externer Kontrolle standen, wurden lokale Arbeitskräfte unter prekären Bedingungen in diese Projekte eingebunden. Die wachsenden Spannungen zwischen Kolumbien und den Vereinigten Staaten traten erstmals offen im sogenannten Watermelon War von 1856 zutage, der exemplarisch für den zunehmenden politischen und ökonomischen Einfluss der USA in der Region steht (LaRosa et al. 2017: 195-196). Der Konflikt lässt sich als Ausdruck dieser asymmetrischen Einbindung verstehen: Auslöser war ein lokaler Zwischenfall auf der Transitroute in Panama, der sich rasch zu einer internationalen Krise ausweitete, da die Vereinigten Staaten ihre wirtschaftlichen Interessen und die Sicherheit des Transitverkehrs politisch und militärisch absicherten. Damit wurde sichtbar, dass ökonomische Präsenz zunehmend mit politischem Interventionsanspruch verbunden war.

Kolumbien verfügte gegenüber diesem wachsenden Einfluss nur über einen begrenzten Handlungsspielraum. In den folgenden Jahrzehnten verschärfte sich diese Dynamik, da die Vereinigten Staaten trotz formaler Neutralitätszusicherungen für Panama verstärkt freien Durchgang für Personen und Waren einforderten, was zentrale Aspekte staatlicher Souveränität berührte, darunter Landrechte und fiskalische Kontrolle (LaRosa et al. 2017: 195). Parallel dazu setzten sie sich gegen konkurrierende europäische Einflussversuche durch, insbesondere gegenüber Frankreich, um ihre geopolitische Position in der Karibik und den Zugang zu globalen Handelsrouten zu sichern. Insgesamt wird daran deutlich, wie wirtschaftliche Interessen, infrastrukturelle Kontrolle und politische Einflussnahme zunehmend ineinandergreifen und so die Handlungsspielräume des kolumbianischen Staates strukturell begrenzen.

Die Auseinandersetzungen kulminierten 1903, als der kolumbianische Senat den Hay-Herrán-Vertrag ablehnte, der den Vereinigten Staaten weitreichende Kontrolle über einen Korridor in Panama eingeräumt hätte. In der Folge unterstützten die USA die panamaische Sezession, verhinderten einen militärischen Zugriff Kolumbiens und begünstigten die Etablierung einer US-freundlichen Regierung, die den Kanalvertrag ratifizierte (Bushnell 1998: 156; LaRosa et al. 2017: 89). Damit trat ein Übergang von primär ökonomischer Einflussnahme zu einer offenen politisch-militärischen Durchsetzung von Interessen hervor, der das bestehende Machtungleichgewicht deutlich sichtbar machte.

Paradoxerweise führte der Verlust Panamas kurzfristig zu einem Moment nationaler Geschlossenheit, da unterschiedliche politische und gesellschaftliche Akteure die territoriale Integrität Kolumbiens rhetorisch verteidigten (LaRosa et al. 2017: 111). Diese Reaktion änderte jedoch nichts an den strukturellen Bedingungen, unter denen sich die Entwicklung vollzog. Die Wirtschaft blieb weiterhin peripher in globale Marktstrukturen eingebunden, während zentrale Ressourcen, Infrastruktur und Arbeitsverhältnisse in wachsendem Maße extern beeinflusst wurden. Am Beispiel Panamas wird diese Konstellation besonders deutlich: Formale Souveränität stand einer faktischen Abhängigkeit gegenüber, in der die Kontrolle über strategische Räume mit der Einbindung lokaler Eliten einherging, während breite

Bevölkerungsteile politisch und ökonomisch marginalisiert blieben. Die Sezession von 1903 machte dieses Verhältnis sichtbar, ohne es grundlegend zu verändern.

Insgesamt zeigt sich ein längerfristiger Anpassungsprozess, in dem externe Dominanz über nationale Eliten vermittelt und in bestehende Strukturen integriert wurde. Krisen wirkten dabei weniger als Brüche, sondern als Momente der Neuordnung, in denen bestehende Machtverhältnisse unter veränderten Bedingungen fortgeführt wurden.

Fazit: 19. Jahrhundert – Zwischen Identitätskrise und kolonialer Kontinuität

Das 19. Jahrhundert in Kolumbien war geprägt von tiefgreifenden innerstaatlichen Konflikten, politischen Experimenten und der gleichzeitigen Fortführung kolonialer Strukturen. Trotz formaler Unabhängigkeit blieben ökonomische und politische Machtverhältnisse weitgehend stabil. Konservative Eliten und die katholische Kirche sicherten ihre Vorherrschaft durch institutionelle Kontrolle, soziale Einbindung und die Begrenzung reformerischer Initiativen, wodurch die politische Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten eingeschränkt blieb. Die geografische Fragmentierung des Landes, ungleiche Landverteilung und die Dominanz regionaler Eliten verstärkten diese Entwicklung und erschwerten eine nachhaltige politische und ökonomische Integration. Wie LaRosa et al. festhalten: „*The Colombian nineteenth-century conflict is confusing because it is regionally focused, reflecting the geographic obstacles that define the nation and defy easy unification or political collaboration*“ (2017: 88).

Wiederkehrende Bürgerkriege, wie der Krieg der Tausend Tage (1899–1902), spiegelten diese Spannungen wider, führten jedoch nicht zu einer grundlegenden Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Vielmehr blieben Konflikte in bestehenden Machtstrukturen gebunden und trugen zur Reorganisation dieser Verhältnisse bei. Politische Instabilität verweist damit weniger auf einen Übergang als auf die begrenzte Integrationsfähigkeit der bestehenden Ordnung.

Auch Reformprozesse bewegten sich überwiegend innerhalb dieser strukturellen Grenzen. Liberale Initiativen wurden in bestehende Ordnungen integriert und verloren dadurch einen Großteil ihres transformierenden Potenzials. Politische

Anpassungen fungierten weniger als Bruch denn als Mechanismen der Stabilisierung, in denen oppositionelle Kräfte teilweise eingebunden wurden, ohne dass sich grundlegende soziale und ökonomische Machtverhältnisse verschoben. Stabilität entstand dabei nicht allein durch Zwang, sondern durch die Verbindung von institutioneller Kontrolle, ideologischer Vermittlung und begrenzter Integration. Parallel dazu blieb die ökonomische Struktur von kolonialen Mustern geprägt. Ungleiche Landverteilung, Exportorientierung und asymmetrische Handelsbeziehungen begrenzten die wirtschaftliche Autonomie nachhaltig. Die Spezialisierung auf Rohstoffexporte bei gleichzeitiger Abhängigkeit von industriellen Importen band zentrale wirtschaftliche Prozesse an externe Akteure und verhinderte eine eigenständige industrielle Entwicklung.

Abschließend zeigt sich, dass das 19. Jahrhundert weniger den Beginn einer souveränen nationalen Entwicklung markierte als vielmehr die Reorganisation bestehender Machtverhältnisse unter veränderten politischen und internationalen Bedingungen. Für die Forschungsfrage ist dabei entscheidend, dass zentrale Muster späterer Reformprozesse bereits in dieser Phase angelegt wurden. Politische Veränderungen bleiben wirksam, solange sie in bestehende Strukturen integriert werden können, während eine nachhaltige Verschiebung der Kräfteverhältnisse an die Veränderung der zugrunde liegenden sozialen, ökonomischen und politischen Verflechtungen gebunden bleibt.

Kernaussagen:

- Die Unabhängigkeit führte zur Reorganisation, nicht zur Überwindung kolonialer Machtverhältnisse.
- Politische Reformen stabilisierten bestehende Strukturen durch Integration statt Transformation.
- Ökonomische Abhängigkeit und interne Machtkonzentration verstärkten sich gegenseitig.
- Gesellschaftliche Konflikte führten nicht zu strukturellem Wandel, sondern wurden systemisch absorbiert.
- Die im 19. Jahrhundert etablierten Mechanismen begrenzen langfristig die Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses.

20. Jahrhundert

Die Analyse des 20. Jahrhunderts setzt bei den strukturellen Ausgangsbedingungen an, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet haben und den weiteren Entwicklungsverlauf maßgeblich prägten. Kolumbien war weiterhin durch geografische Fragmentierung, schwach integrierte Staatsstrukturen und die Dominanz einer Allianz aus Kirche und oligarchischen Eliten gekennzeichnet. Diese innere Zersplitterung wurde durch die zunehmende politische und ökonomische Präsenz der Vereinigten Staaten überlagert und prägte zentrale Konfliktlinien des Jahrhunderts.

Parallel dazu blieb die wirtschaftliche Entwicklung durch eine begrenzte Industrialisierung und eine anhaltende Exportorientierung bestimmt. Faletto und Cardoso beschreiben diese strukturelle Einbindung wie folgt: *„Die grundlegenden strukturellen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung sind zweifellos durch folgende Faktoren bestimmt: die Existenz eines offenen Marktes, den Ausschluss der abhängigen Volkswirtschaften aus den Märkten der hochentwickelten Länder und den fortgesetzten Transfer neuen Auslandskapitals in Form fortgeschrittener Technologie – Bedingungen, die den Bedürfnissen der entwickelten Ökonomien besser entsprechen als denjenigen der relativ rückständigen Volkswirtschaften“* (1976: 222).

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Entwicklung Kolumbiens im 20. Jahrhundert als in internationale ökonomische und politische Strukturen eingebettet verstehen. Im Folgenden werden die zentralen Konfliktlinien und Transformationsprozesse dieser Phase schrittweise rekonstruiert.

Externe Einflussnahme und neoliberale Abhängigkeitsstrukturen

Diese territoriale und ökonomische Spaltung, die Integration der Küsten in globale Märkte bei gleichzeitiger Binnenorientierung des Hochlands, erschwerte die Herausbildung einer nationalen Identität und legte das Fundament späterer Abhängigkeiten. Staatliche Modernisierungsversuche wie der Eisenbahnausbau blieben ambivalent, da sie vor allem den exportorientierten Elitensektor stärkten,

während periphere Regionen unerschlossen blieben und die Fragmentierung eher verfestigt wurde. Diese inneren Schwächen waren eng mit externen Interessen verknüpft und kulminierten in der von den USA unterstützten Abspaltung Panamas im Jahr 1903, die Kolumbien zu innenpolitischen Reformen auf der Suche nach Stabilität und Souveränität zwang (LaRosa et al. 2017: 111).

Die Abspaltung Panamas im Jahr 1903 verdeutlicht die Ambivalenz zwischen regionalen Autonomiebestrebungen und externer Intervention. Nach der Ablehnung eines Kanalabkommens durch den kolumbianischen Senat unterstützten die Vereinigten Staaten die Sezession und sicherten sich durch einen Vertrag mit der neuen Regierung den Zugriff auf die Kanalzone. Damit wurde die formale Souveränität Kolumbiens unterlaufen und zentrale staatliche Entscheidungsbefugnisse extern beeinflusst (Cardoso & Faletto 1976: 78-79). Lokale Eliten vermittelten die notwendige Zustimmung für diesen Prozess, indem sie als Bindeglieder zwischen externen Interessen und regionaler Ordnung agierten und bestehende Machtverhältnisse stabilisierten. Mit der Eröffnung des Panamakanals im Jahr 1914 entspannte sich das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten allmählich. Zugleich konnten internationale, insbesondere US-amerikanische Unternehmen ihren Einfluss in Kolumbien ausweiten. Die Kontrolle über die transozeanische Verbindung gewann im Kontext wachsender globaler Handelsinteressen an Bedeutung und verfestigte politische wie wirtschaftliche Abhängigkeiten, die die folgenden Jahrzehnte prägten (LaRosa et al. 2017: 198-199).

Ab den 1920er Jahren stand Kolumbien zunehmend unter internationalen Einflüssen, wie die Gründung der Banco de la República zeigt. Sie folgte der Empfehlung der US-amerikanischen Kemmerer-Mission³, die bereits zentrale neoliberale Prinzipien propagierte: Geldwertstabilität, fiskalische Disziplin und externe Aufsicht. Mit ihrer Implementierung begann eine neue Phase ökonomischer Steuerung, in der internationale Institutionen die nationale Wirtschaftspolitik direkt beeinflussten (Bushnell 1987: 166). Die Abhängigkeit wurde nicht länger primär durch militärische Gewalt durchgesetzt, sondern über technokratische Strukturen und institutionelle Legitimation stabilisiert. So entstand eine systematische Durchdringung, in der externe Interessen sowohl über Marktmechanismen als auch über staatliche

³ Edwin W. Kemmerer (1875-1945), US-amerikanischer Ökonom und Wirtschaftsberater im lateinamerikanischen Raum

Reformprozesse abgesichert wurden. Cardoso und Faletto betonen, dass die Finanzkraft mancher Großunternehmen die Staatshaushalte vieler lateinamerikanischer Länder überstieg: „*Häufig war die verfügbare Finanzmasse eines dieser Großunternehmen um ein Vielfaches größer als der Etat vieler lateinamerikanischer Staaten*“ (1976: 79).

Unternehmen wie die United Fruit Company kontrollierten zentrale Infrastrukturen wie Eisenbahnen und Transportnetze und errichteten so Monopolstellungen weit über den Agrarsektor hinaus (LaRosa et al. 2017: 80). Dadurch wurde die staatliche Entscheidungsfreiheit zunehmend durch privatwirtschaftliche Interessen verdrängt. Cardoso und Faletto zeigen, dass ausländisches Kapital in abhängigen Ökonomien nicht nur einzelne Sektoren dominiert, sondern über die Kontrolle von Schlüsselbereichen wie Infrastruktur und Finanzierung direkten Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse gewinnt und staatliche Handlungsspielräume strukturell einschränkt (1979: 80). Ideologische, ökonomische und politische Abhängigkeiten verdichteten sich zu einer Form struktureller Fremdbestimmung, in der nationale Entwicklung immer stärker von externen Kräften definiert wurde. Diese Konstellation stellte eine erhebliche Herausforderung für emanzipatorische Bewegungen dar. Die wirtschaftliche Ordnung wurde nicht allein durch nationale Eliten geprägt, sondern ebenso durch transnationale Akteure, die alternative Entwicklungswege systematisch blockierten. Es entstand ein hybrides Machtgefüge, in dem politische Abhängigkeit, wirtschaftliche Konzentration und soziale Unterdrückung einander bedingten.

Die materielle Dimension der kolumbianischen Abhängigkeitsstrukturen trat 1928 im *Massaker von Ciénaga* brutal zutage. Der Streik gegen die United Fruit Company forderte faire Löhne, Arbeitsverträge und rechtliche Absicherung, stieß jedoch auf ein System, das ökonomische Stabilität über soziale Gerechtigkeit stellte. Unterstützt wurde die Bewegung unter anderem vom *Partido Socialista Revolucionario* (der späteren Kommunistischen Partei) und von Aktivistinnen wie *María Cano*, die eine zentrale Rolle in der Arbeiterbewegung der 1920er Jahre spielten (Bushnell 1998: 179-181). Die staatlich koordinierte Repression, bei der bis zu tausend Menschen getötet wurden, verdeutlichte die enge Verflechtung von wirtschaftlicher Macht und politischer Kontrolle. Das Massaker kann als Weiterführung kolonialer Besitzlogiken

unter veränderten Bedingungen gelesen werden: Der Staat versagte beim Schutz der Arbeitsrechte und vertiefte durch seine Allianz mit transnationalem Kapital die bestehenden Ungleichheiten (LaRosa et al. 2017: 114).

Angesichts dieser eskalierenden Spannungen suchte die liberale Regierung der 1930er Jahre unter Alfonso López Pumarejo nach Wegen, die nationale Eigenständigkeit zu stärken. Seine „*Revolución en Marcha*“ (1934–1938) zielte darauf ab, Kolumbien durch staatliche Interventionen zu modernisieren und orientierte sich dabei am *New Deal* Roosevelts (Bushnell 1998: 185). López Pumarejo rückte soziale und arbeitsrechtliche Fragen erstmals ins Zentrum der Politik, provozierte damit jedoch erheblichen Widerstand der traditionellen Eliten, in denen er selbst als Teil der Oberschicht verwurzelt blieb (Bushnell 1998: 186).

Diese Reformen spiegelten zugleich Aufbruch und Begrenzung wider. Besonders deutlich zeigte sich dies in der Reform des Eigentumsrechts: Während eine gerechtere Landverteilung angestrebt wurde, unterliefen Großgrundbesitzende die Praxis durch Anpassungsstrategien, etwa indem sie Arbeitskräfte durch Vieh ersetzten, um ihre Besitzansprüche formal zu sichern (Bushnell 1998: 187-189). Da der Widerstand konservativer Eliten zentrale Vorhaben schwächte, mündete die soziale Erneuerung letztlich in eine kontrollierte Anpassung – eine Modernisierung ohne tiefgreifende Transformation. Dieses Ausbleiben struktureller Veränderungen radikalisierte die politischen Konflikte und bereitete den Boden für die Gewaltperiode der *La Violencia* sowie die spätere institutionelle Erstarrung der Nationalen Front (*Frente Nacional*).

In den folgenden Jahrzehnten verstärkte sich die Abhängigkeitsdynamik Kolumbiens unter dem wachsenden Einfluss der Vereinigten Staaten. Ein zentrales Instrument war die *Alliance for Progress* von 1961, die wirtschaftlichen Fortschritt fördern und zugleich den Einfluss linker Bewegungen eindämmen sollte (LaRosa et al. 2017: 204; Bushnell 1998: 231). Als Reaktion auf die kubanische Revolution zielte sie darauf ab, ähnliche Entwicklungen präventiv zu verhindern, und etablierte ein Entwicklungsparadigma, das wirtschaftliche Modernisierung mit politischer Stabilität verknüpfte. Dieses Programm wirkte weniger als Instrument gesellschaftlicher Transformation, sondern als Mittel zur Stabilisierung bestehender Strukturen, indem es strukturelle Konflikte entpolitisiert und in ein sicherheitspolitisch gerahmtes

Modernisierungsprojekt überführte. Das Konzept eines „*imaginario de política exterior*“ fasst diese Ausrichtung zusammen: Die außenpolitische Entscheidungsfindung war geprägt durch die Nähe politischer Eliten zu US-amerikanischen Werten wie Modernität, liberaler Demokratie, freiem Handel, Antikommunismus und Entwicklung (Tickner & Catalina 2022: 11). So lässt sich beobachten, dass ein hegemoniales Weltbild nicht primär durch Zwang, sondern durch ideologische Gewöhnung und Zustimmung wirksam wurde.

In den 1980er Jahren etablierte sich in Kolumbien das neoliberale Paradigma, getrieben durch externen Druck zur Marktöffnung und Privatisierung (Escobar 2004: 42). Diese Reorientierung basierte auf einer Allianz zwischen globalen Vorgaben und nationalen Eliten, die ihre Macht durch Diskurse wie „Effizienz“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ ideologisch absicherten. Die Durchsetzung des Neoliberalismus erfolgte somit durch die Verschränkung materieller Abhängigkeit mit kultureller Legitimation, was die bestehenden Machtverhältnisse stabilisierte und tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen verhinderte. Die zunehmende Übernahme internationaler Vorgaben, insbesondere durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, vertiefte bestehende Abhängigkeiten weiter. Das Konzept des *loan pushing* beschreibt, wie Ländern mehr Kredite gewährt wurden, als sie realistischerweise zurückzahlen konnten, sodass sie langfristig an die Bedienung ihrer Schulden gebunden blieben (Rosero & Erten 2010: 233). Diese Praxis hielt Kolumbien in dauerhafter finanzieller Abhängigkeit und schränkte staatliche Entwicklungs- und Handlungsspielräume erheblich ein. Gleichzeitig reproduzierte die wirtschaftliche Liberalisierung bestehende soziale Hierarchien: Reformen stärkten jene Eliten, die von internationalen Kapitalströmen profitierten, während breite Bevölkerungsschichten von politischer Teilhabe ausgeschlossen blieben. Neoliberale Prinzipien wurden Teil des gesellschaftlichen Alltagsverstands und als rational und alternativlos anerkannt. Die externe Steuerung verhinderte eine tiefgreifende strukturelle Transformation, während hierarchische, elitistische Strukturen weiterhin die politische Ordnung bestimmten.

In den 1990er Jahren intensivierten internationale Institutionen ihre Einflussnahme weiter und setzten Strukturanpassungen durch, die nationale Entwicklungsstrategien

an die Anforderungen des internationalen Marktes banden (LaRosa et al. 2017: 208). Diese Dynamik verdeutlicht, dass internationale Programme nicht nur ökonomische Instrumente, sondern zentrale Elemente globaler Machtstrukturen sind, in denen die Öffnung der Peripherie zur Stabilisierung der Zentren dient. Kolumbiens Integration folgte der Logik neoliberaler Reformen, die nationale Entwicklungsziele den Anforderungen des Weltmarktes unterordneten und Abhängigkeiten weiter verfestigten. Alternative regionale Finanzarchitekturen, wie der *Fondo Latinoamericano de Reservas (FLAR)* oder der geplante *Banco del Sur*, blieben innerhalb der bestehenden globalen Ordnung eingeschränkt (Rosero & Erten 2010: 226-228).

Diese Entwicklungen lassen sich als Teil neoliberaler Strukturvorgaben verstehen, in denen Reformen häufig extern angestoßen und von nationalen Eliten übernommen wurden, ohne bestehende Machtverhältnisse grundlegend zu verändern. Wirtschaftliche Dominanz und Abhängigkeit verstärkten sich dabei wechselseitig, während politische Handlungsspielräume an Marktintegration und Stabilitätsvorgaben gebunden blieben. Für die vorliegende Untersuchung ist zentral, dass Reformprozesse sich innerhalb dieser Rahmenbedingungen bewegen und damit die Frage aufwerfen, inwiefern aktuelle politische Projekte bestehende Logiken fortführen oder Verschiebungen der Kräfteverhältnisse ermöglichen.

Selektive Integration und politische Stabilisierung

Trotz repressiver Strukturen entstanden in der kolumbianischen Geschichte wiederholt begrenzte Räume politischer Öffnung. Diese ermöglichten punktuelle Teilhabe, führten jedoch selten zu dauerhaften Veränderungen, da Reformen überwiegend innerhalb bestehender Machtverhältnisse verblieben. Wandel beschränkte sich damit häufig auf institutionelle Anpassungen, ohne tiefgreifende soziale Ungleichheiten zu verändern.

Dieses Muster lässt sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts beobachten. Die Reformen von 1910 zielten darauf ab, politische Spannungen durch Maßnahmen wie die Einführung der Direktwahl und eine paritätische Ämterverteilung zwischen den traditionellen Parteien zu entschärfen (Bushnell 1998: 161-163). Während dadurch

eine gewisse Stabilisierung erreicht wurde, blieben grundlegende soziale Ungleichheiten und klientelistische Strukturen weitgehend bestehen (LaRosa et al. 2017: 57-59). Dieses Zusammenspiel von Öffnung und Kontinuität bildet einen wiederkehrenden Rahmen, innerhalb dessen sich politische Reformprozesse vollzogen.

Institutionelle Absorption im Agrar- und Arbeitssektor

Ein prägnantes Beispiel ist die 1927 gegründete *Federación Nacional de Cafeteros (FEDECAFE)*. Obwohl sie formal allen Produzenten offenstand, dominierte faktisch die Klasse der Großgrundbesitzer, wodurch die politische Einflussnahme der Kleinbauern stark begrenzt blieb (Bushnell 1998: 173; LaRosa et al. 2017: 112). Die Organisation fungierte damit nicht nur als wirtschaftliches Koordinationsinstrument, sondern auch als Mechanismus, über den Interessen gebündelt und in politisch anschlussfähiger Form vertreten wurden, ohne bestehende Hierarchien grundsätzlich zu verändern.

Ein ähnliches Muster zeigt sich in der urbanen Arbeiterbewegung. Die 1936 unter Alfonso López Pumarejo gegründete *Confederación de Trabajadores Colombianos (CTC)* integrierte zunächst unterschiedliche politische Strömungen und profitierte von einer Phase staatlicher Öffnung (Bushnell 1998: 188). Diese Einbindung blieb jedoch instabil: In den 1940er Jahren führten antikommunistische Polarisierung und staatliche Eingriffe zu einer Reorganisation der gewerkschaftlichen Landschaft. Mit der Gründung der regierungsnahen *Unión de Trabajadores de Colombia (UTC)* entstand eine Struktur, die stärker kontrolliert war und den Handlungsspielraum unabhängiger Gewerkschaften einschränkte (Bushnell 1998: 211).

Die Beispiele verdeutlichen, dass Formen organisierter Teilhabe zwar ermöglicht wurden, jedoch innerhalb institutioneller Rahmen verblieben, die bestehende Machtverhältnisse begrenzten und alternative Entwicklungen nur eingeschränkt zuließen.

Von symbolischer Einbindung zu gewaltvoller Abschottung

Die Gründung der *Asociación Nacional de Usuarios Campesinos (ANUC)* in den 1960er Jahren unter Carlos Lleras Restrepo sollte der Regierung Rückhalt in der ländlichen Bevölkerung verschaffen, ohne jedoch die harten Strukturen des Landbesitzes anzutasten (Bushnell 1998: 233). Sobald die Bewegung materielle Forderungen nach Landverteilung stellte, schlug die symbolische Einbindung in offene Konfrontation um. Unter den nachfolgenden Regierungen, etwa unter Misael Pastrana Borrero und Alfonso López Michelsen, wurde die ANUC durch eine Kombination aus repressiven Maßnahmen und administrativer Aufsplitterung in ihrem politischen Einfluss deutlich eingeschränkt (Bushnell 1998: 234).

Die radikalste Form des Scheiterns legaler Teilhabe zeigte sich schließlich in den 1980er Jahren mit der Gründung der *Unión Patriótica*. Dieser Versuch, einen friedlichen Übergang von der Guerilla in die parlamentarische Politik zu ermöglichen, endete in der systematischen Ermordung tausender Mitglieder. Hier wurde deutlich, dass politische Öffnungen regelmäßig dort enden, wo sie die materielle Basis der Macht bedrohen.

In dieser langfristigen Perspektive wird ersichtlich, dass soziale Bewegungen in Kolumbien stets selektiv integriert wurden, um Krisen zu neutralisieren. Diese Form der „abhängigen Stabilität“ erlaubt Modernisierungen, solange sie gesellschaftliche Hierarchien nicht gefährden (Cardoso & Faletto 1976: 153-154). Punktuelle Partizipation fungiert somit als Governance-Strategie: Sie stabilisiert den bestehenden Block und sichert die traditionelle Ordnung ab, während die Grundstrukturen von politischer Gewalt und ökonomischer Ungleichheit im Kern unangetastet bleiben (Múnera in Zelik & Tauss 2013: 81).

La Violencia und Krise politischer Integration

Die strukturellen Abhängigkeiten und die ungleiche Machtverteilung bildeten den Nährboden für die Gewalteskalation, die Kolumbien ab der Mitte des 20. Jahrhunderts erschütterte. Diese institutionellen und sozialen Defizite mündeten in die Ära der *La Violencia (1948–1958)*, die als gewaltsamer Ausdruck tief

verwurzelter sozialer, ökonomischer und ideologischer Konflikte begriffen werden kann.

Diese Unfähigkeit zur politischen Integration wurde durch die ökonomischen Umbrüche der Zwischenkriegszeit zusätzlich verschärft. Der Kaffeeboom der 1920er Jahre vertiefte die Integration Kolumbiens in den Weltmarkt und ging mit zunehmenden sozialen Ungleichheiten einher, insbesondere in ländlichen Regionen. Landlose Arbeiter:innen forderten Zugang zu Land, während Großgrundbesitzer:innen ihren Besitz ausweiteten und Kleinbauer:innen verdrängt wurden. Als Pächter:innen begannen, eigenständig Kaffee anzubauen, stieß dies auf den Widerstand der Eliten (Bushnell 1998: 173).

Die anhaltend prekären Arbeitsbedingungen verweisen darauf, dass diese Disparitäten in länger bestehenden sozialen Strukturen verankert waren und zentrale Konfliktlinien formten (LaRosa et al. 2017: 90-91). Ökonomische Spannungen zwischen Landbesitz, Arbeit und sozialer Reproduktion trafen dabei auf eine politische Ordnung mit begrenzter Integrationsfähigkeit, was zu einem anhaltenden Legitimationsdefizit beitrug und gesellschaftliche Konflikte verstärkte. Mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 verschärfte sich diese Dynamik weiter: Der Rückgang der Exportnachfrage führte zu Landverlusten unter ärmeren Bevölkerungsgruppen und stabilisierte zugleich die stark konzentrierten Besitzverhältnisse der Latifundien (LaRosa et al. 2017: 91; Bushnell 1998: 186).

Da eine strukturelle Erneuerung ausblieb, vertieften sich die Widersprüche und führten 1946 zum Ende der sechzehnjährigen liberalen Ära. Begünstigt durch interne Spaltungen übernahmen die Konservativen unter Mariano Ospina Pérez die Macht, wobei Großgrundbesitz und klientelistische Netzwerke unangetastet blieben (LaRosa et al. 2017: 92). In diesem Klima wurde Jorge Eliécer Gaitán zum Hoffnungsträger. Mit seiner Kritik an der oligarchischen Elite und dem US-Imperialismus – etwa im Kontext der *United Fruit Company* – verkörperte er das Potenzial einer gegenhegemonialen Führung (LaRosa et al. 2017: 201). Doch die liberale Parteiführung ignorierte diesen Wandel: Statt Gaitán zu unterstützen, setzte sie auf Gabriel Turbay. Die daraus resultierende Spaltung führte zum Wahlsieg der Konservativen und offenbarte die Entfremdung des Parteiapparats von der Basis. Die Liberale Partei versagte als vermittelnde Instanz zwischen subalternen

Forderungen und staatlicher Ordnung, was die Krise der politischen Führung vollendete. Die Ermordung Gaitáns am 9. April 1948 wirkte schließlich als Katalysator. Das Attentat löste den *Bogotazo* aus – massive Unruhen, die weit über die Hauptstadt hinausgingen. Die Gewalt entsprang einer tiefen sozialen Entfremdung und breite Schichten fühlten sich von der Ordnung so weit ausgeschlossen, dass sie sich in blindem Zorn gegen sie wandten: „[...] *felt no stake in the existing social order but instead felt alienated from it and turned against it in a rage*“ (Bushnell 1998: 202). Das überforderte Ospina-Regime verlor zunehmend die Kontrolle, während sich städtische Frustration und ländliche Spannungen zur *La Violencia* verbanden. LaRosa et al. beschreiben diese Epoche wie folgt: „*La Violencia, or the violence, came to define the period from about 1946 to 1960 in Colombia. Some historians argue convincingly that the violence dates back to the 1930s, originating from the onset of agrarian conflicts and pressures on the countryside. Those pressures, instituted largely by policies that favored large scale producers in the agrarian sector, coincided with Liberal party political ascent and resulted in the consolidation of landholding patterns and dislocation of poor agricultural workers. Weak central political leadership could not prevent social and political conflicts in regions that lay largely outside of the literal domain of the ruling political class at Bogotá*“ (2017: 92). Inmitten dieser Eskalation verzichteten die Liberalen 1950 aus Protest auf einen Präsidentschaftskandidaten, wodurch die konservative Partei kampfflos die Macht übernahm. Die politische Ordnung wurde fortan endgültig von Repression, systematischem Ausschluss und institutioneller Gewalt geprägt (ebd.: 92-94).

Der Verlauf dieser Gewaltperiode offenbarte die fundamentale strukturelle Schwäche des kolumbianischen Staates. In einem territorial fragmentierten Land zeigte die *La Violencia* die begrenzte Fähigkeit der Zentralregierung, politische Kontrolle und nationale Integration durchzusetzen (LaRosa et al. 2017: 93). Da die bestehende Ordnung die sozialen und ökonomischen Lebensrealitäten der ländlichen Bevölkerung nur unzureichend berücksichtigte, blieben Möglichkeiten institutioneller Teilhabe begrenzt. Vor diesem Hintergrund überlagerten sich – begünstigt durch Armut und schwache staatliche Präsenz – politisch motivierte Gewalt und ökonomische Landkonflikte. Großgrundbesitzer:innen und Landlose nutzten die Unsicherheit teils für gewaltsame Aneignungsprozesse (Bushnell 1998: 205-206). Mit

schätzungsweise 100.000 bis 200.000 Todesopfern machten diese Auseinandersetzungen die tiefen gesellschaftlichen Brüche zwischen urbanen und ländlichen Räumen sowie zwischen Arm und Reich sichtbar: „*The violence demonstrated a severe disconnect [...] highlighting the dangers of demonization of political adversaries*“ (LaRosa et al. 2017: 94). Unter diesen Bedingungen gewann Gewalt für marginalisierte Gruppen eine zentrale Rolle als Form politischer Artikulation.

Diese Ära lässt sich als ein tiefgreifender Zusammenbruch politischer Führung begreifen: Die herrschende Ordnung verlor die Fähigkeit, über soziale Integration und Konsens echte gesellschaftliche Anerkennung zu finden, und musste ihre Stabilität stattdessen zunehmend durch bloßen Zwang sichern. Dieser historische Tiefpunkt verdeutlicht jene tief verwurzelte Spannung zwischen Machtausübung und sozialer Exklusion, die Kolumbien bis in die Gegenwart prägt. Damit bildet die *La Violencia* das strukturelle Erbe, an dem sich heutige Transformationsversuche messen lassen müssen. Die historische Analyse deutet darauf hin, dass ein politischer Wechsel, wie er unter Gustavo Petro angestrebt wird, in seinem Ausmaß davon abhängt, inwiefern bestehende Trennungslinien zwischen Peripherie und Zentrum sowie ungleiche Landbesitzverhältnisse verändert werden.

Der Staat im Spannungsfeld konkurrierender Gewaltakteure

Die Gewalt und politische Zersplitterung der 1940er Jahre mündeten zunächst in eine kurze Militärdiktatur unter General Gustavo Rojas Pinilla (1953–1957), wobei sich Kolumbien durch das Ausbleiben langfristiger Militärherrschaften von vielen Nachbarstaaten unterschied (Bushnell 1998: 215-217).

In dieser Phase zeigt sich die Rolle des Staates als ambivalentes Ordnungsinstrument: Einerseits fungierte er als Instanz zur kurzfristigen Stabilisierung und Eindämmung offener Gewalt, andererseits blieb seine Fähigkeit zur gesellschaftlichen Integration begrenzt. Auch nach der Rückkehr zu formaldemokratischen Strukturen blieb das politische System blockiert und folgte weiterhin einer oligarchischen Logik, in der die beiden traditionellen Parteien gesellschaftliche Interessen nur unzureichend integrierten (Fatalski 2023: 309-310).

Diese Begrenzung hatte auch eine räumliche Dimension: Die topografische Fragmentierung erschwerte eine effektive staatliche Kontrolle, sodass große Regionen nur eingeschränkt regulierbar blieben. Institutionelle Schwäche und territoriale Zersplitterung verstärkten sich dadurch gegenseitig und schufen dauerhafte Handlungsspielräume jenseits staatlicher Autorität (ebd.: 310). Die Krise des Staates zeigte sich somit in einer fehlenden Fähigkeit, gesellschaftliche Zustimmung zu organisieren, wodurch Ordnung zunehmend über Kontrolle statt über Integration gesichert wurde.

Mit der Gründung des Frente Nacional im Jahr 1958 reagierten Liberale und Konservative auf diese Situation mit einem Machtteilungsabkommen, das Stabilität durch elitäre Koordination sichern sollte (LaRosa et al. 2017: 70). Die paritätische Besetzung zentraler Ämter stabilisierte zwar das politische System, verfestigte jedoch zugleich die zuvor wirksamen Exklusionsmechanismen. Politische Partizipation blieb auf einen engen Kreis beschränkt, während ökonomische Ressourcen innerhalb geschlossener Elitenstrukturen konzentriert wurden (Faletto & Cardoso 1976: 118-120).

In den 1960er Jahren verschärfte sich die soziale Ungleichheit weiter. Das privilegierte agroindustrielle Modell vernachlässigte ländliche Kleinbauer:innen, führte zu Fragmentierung politischer Akteure und massiver Landflucht in städtische Zentren (LaRosa et al. 2017: 117-118). Diese Migration löste die Marginalisierung nicht, sondern verlagerte sie: In den entstehenden informellen Siedlungen fehlten stabile Arbeitsmöglichkeiten, soziale Dienste und politische Repräsentation, sodass die Betroffenen weiterhin strukturell ausgeschlossen blieben (Bushnell 1998: 232). Präsident Carlos Lleras Restrepo (1966–1970) versuchte durch Agrarreformen Landkonflikten entgegenzuwirken, scheiterte jedoch am Widerstand der Großgrundbesitzer:innen.

Vor diesem Hintergrund entstanden in den 1960er Jahren mehrere Guerillabewegungen als Reaktion auf ungelöste soziale und ökonomische Konflikte. Die *FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia)* wurde 1964 gegründet, um Land umzuschichten und ländliche Ungleichheit zu bekämpfen, während die *ELN (Ejército de Liberación Nacional)* von der kubanischen Revolution und Befreiungstheologie inspiriert war (LaRosa et al. 2017: 96; Bushnell 1998: 244, 256).

Beide Gruppen nutzten die territorialen und institutionellen Lücken des Staates als Handlungsräume, entwickelten militärische Strukturen und etablierten parallel eigene soziale und politische Ordnungssysteme. Zugleich war diese Phase von offener Gewalt geprägt, in der bewaffnete Akteure sowohl gegeneinander als auch gegenüber staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft vorgingen.

Ab den 1980er Jahren traten paramilitärische Gruppen wie die *The Autodefensas Unidas de Colombia (AUC)* auf, offiziell zum Schutz von Großgrundbesitzer:innen vor der Guerilla, faktisch jedoch teilweise in Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren (LaRosa et al. 2017: 99-100). Zeitgleich gewannen Drogenkartelle an Einfluss, untergruben durch ökonomische Ressourcen und Korruption staatliche Autorität und trugen zur Entstehung eines Geflechts aus legalen und illegalen Akteuren bei (ebd.: 208-209). In diesem Kontext wurden die Grenzen zwischen Militär, Polizei, paramilitärischen Verbänden, Guerilla und Drogenkartellen zunehmend durchlässig, während staatliche Kontrolle in Teilen des Territoriums eingeschränkt blieb.

Ein zentraler Einschnitt war der gescheiterte Friedensprozess der 1980er Jahre. 1984 vereinbarte die Regierung unter Belisario Betancur mit der FARC die Gründung der Unión Patriótica, um ehemaligen Kämpfern den Übergang in die legale Politik zu ermöglichen (ebd.: 239-240). Trotz erster politischer Erfolge folgte eine Welle systematischer Gewalt, der rund 3.000 Mitglieder zum Opfer fielen. Der Versuch, bewaffnete Opposition über demokratische Teilhabe einzubinden, blieb damit in einem Umfeld begrenzter Sicherheit und fortbestehender Gewaltkonflikte.

Auch der Fall der Bewegung M-19 verweist auf diese Dynamiken: Die gewaltsame Niederschlagung der Besetzung des Obersten Gerichtshofs 1985 mit über hundert Todesopfern verdeutlichte die Spannungen zwischen staatlicher Reaktion und oppositioneller Gewalt (ebd.). Zwar kam es 1990 unter Präsident Virgilio Barco Vargas zur Teilentwaffnung des M-19 und zur Integration ehemaliger Mitglieder in die Politik, doch wurde auch dieser Prozess von gezielten Gewalthandlungen begleitet (Bushnell 1998: 257-259). Insgesamt verschärfte sich der Konflikt seit den 1980er Jahren: Guerillagruppen bauten ihre militärischen Kapazitäten aus, während paramilitärische Verbände und Drogenkartelle als zusätzliche Gewaltakteure auftraten. Der Konflikt entwickelte sich von einer primär sozialrevolutionären

Auseinandersetzung zu einer komplexeren Gewaltordnung mit vielfältigen Akteuren und Interessen. Die Zerschlagung der *Unión Patriótica*, das begrenzte staatliche Schutzvermögen sowie die Verflechtungen mit dem Drogenhandel verweisen auf strukturelle Spannungen innerhalb der politischen Ordnung.

In dieser Phase verdichteten sich ökonomische Abhängigkeit, soziale Ungleichheit und politische Exklusion zu einer Konstellation, in der staatliche Institutionen nur eingeschränkt integrativ wirkten. Reformen gingen mit Ansätzen politischer Öffnung einher, blieben jedoch in ihrer Reichweite begrenzt und bewegten sich innerhalb bestehender struktureller Rahmenbedingungen. Die Eskalation der Gewalt kann damit als Zuspitzung längerfristiger Entwicklungen verstanden werden, in denen sich bestehende Konfliktlinien verdichteten. Vor diesem Hintergrund lässt sich die gegenwärtige Situation als in historisch gewachsene Strukturen eingebettet analysieren, die den Handlungsspielraum politischer Veränderungen weiterhin prägen.

Verfassung von 1991 zwischen Reform und Kontinuität

Die sicherheitspolitische Erstarrung der vorangegangenen Jahrzehnte mündete 1991 in einen radikalen institutionellen Neuanfang. Mit der neuen Verfassung wollte Kolumbien die bipolare Logik des *Frente Nacional* endgültig überwinden und umfassende Rechte für marginalisierte Gruppen garantieren. Zu den zentralen Säulen zählten die Anerkennung ethnischer und kultureller Vielfalt, die Transformation zum säkularen Staat sowie die Stärkung sozialer Grundrechte. Gleichzeitig sollte eine ausgewogenere Gewaltenteilung erreicht werden, indem präsidentielle Dekrete begrenzt und die Kontrollfunktion des Kongresses aufgewertet wurden (LaRosa et al. 2017: 63-64; 74). In der Praxis offenbarte sich jedoch schnell eine tiefe Diskrepanz zwischen diesem rechtlichen Fortschritt und der gesellschaftlichen Umsetzung. Zwar wurden kollektive Rechte formal verankert, doch fehlten oft die notwendigen institutionellen Voraussetzungen für deren tatsächliche Durchsetzung.

Besonders deutlich wird dieses Spannungsverhältnis in der Pazifikregion. Wie Escobar zeigt, wurden die dort rechtlich anerkannten kollektiven Landrechte

schwarzer Gemeinschaften durch die Präsenz von Guerilla- und paramilitärischen Gruppen faktisch eingeschränkt. Da staatliche Schutzmechanismen nur begrenzt wirksam waren, blieb die Umsetzung dieser Rechte vielfach lückenhaft (Escobar 2004: 215). Die angestrebte Demokratisierung stieß damit auf strukturelle Begrenzungen: Die neuen Rechte bestanden formal, konnten jedoch die bestehenden Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse in der Peripherie nur eingeschränkt verändern.

Die Sicherheits- und Drogenpolitik Kolumbiens ab Ende der 1990er Jahre verdeutlicht exemplarisch, wie tief externe Akteure in nationale Prozesse eingebunden wurden und welche strukturellen Folgen dies für die staatliche Autonomie hatte. Mit dem *Plan Colombia* ab 1999 verstärkte sich wieder der Einfluss der Vereinigten Staaten erheblich, was zu einer umfassenden Militarisierung der Innenpolitik führte (LaRosa et al. 2017: 120, 209). Während das Programm offiziell die Förderung von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zum Ziel hatte, dienten die massiven US-Finanzhilfen und Ausbildungsprogramme faktisch der Aufrüstung staatlicher Sicherheitskräfte, während demokratische Kontrollmechanismen geschwächt blieben (LaRosa et al. 2017: 241). Wie James Petras festhält, fungierte der Plan dabei sowohl als neue Initiative als auch als Fortsetzung langfristiger US-Strategien: Er mobilisierte neue Begründungen – etwa die Bekämpfung von Drogenhandel und Terrorismus –, um die etablierte Logik der externen Einflussnahme und Kontrolle strukturell im kolumbianischen Staat zu verankern (2001: 30). In diesem sicherheitspolitisch dominierten Rahmen gewannen paramilitärische Gruppen erneut an Bedeutung, die sich, häufig unter stillschweigender Duldung oder indirekter Unterstützung staatlicher Apparate, gegen soziale Bewegungen, Gewerkschafter:innen und ländliche Gemeinschaften richteten (LaRosa et al. 2017: 98-99). Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung wurden Repressionsmaßnahmen zu einem zentralen Mittel, um zivile Akteure einzuschüchtern, wodurch bestehende Abhängigkeiten und Machtasymmetrien weiter zementiert wurden (LaRosa et al. 2017: 243-244).

Diese Dynamik verweist auf eine Krise politischer Führung, in der Zwang gegenüber konsensualen Integrationsmechanismen an Bedeutung gewann. Kolumbien erscheint dabei als formal funktionsfähiger, jedoch in seiner Integrationsfähigkeit

begrenzter Staat, dessen Fähigkeit zur Sicherstellung von Schutz, Legitimation und politischer Teilhabe eingeschränkt blieb. Stabilität wurde verstärkt über administrative und sicherheitspolitische Maßnahmen hergestellt, ohne dass grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einhergingen.

Für die gegenwärtige Situation bedeutet dies, dass politische Transformationsversuche weiterhin vor der Herausforderung stehen, tief verankerte soziale Ungleichheiten, begrenzte staatliche Durchsetzungsfähigkeit und die anhaltende Verflechtung von Sicherheits- und Entwicklungsfragen zu adressieren. Dies zeigt sich besonders im Friedensprozess, dessen Umsetzung nicht nur von politischen Vereinbarungen abhängt, sondern von der Fähigkeit des Staates, Sicherheit zu gewährleisten, territoriale Kontrolle auszubauen und soziale Integration tatsächlich umzusetzen. Die Verbindung von externer Einbindung und internen Machtasymmetrien prägt dabei die Handlungsspielräume aktueller Politik und bestimmt, in welchem Umfang Veränderungen über institutionelle Anpassungen hinausreichen können.

Fazit: Zwischen externer Integration und interner Exklusion

Kolumbien im 20. Jahrhundert lässt sich weniger als „gescheiterter“ denn als blockierter Staat verstehen. Obwohl institutionell funktionierende Strukturen existierten, erfüllten sie zentrale Aufgaben wie Legitimität, Schutz und gesellschaftliche Teilhabe nur unzureichend. An die Stelle einer organischen gesellschaftlichen Erneuerung trat ein dauerhaftes Muster selektiver Anpassung: Die Reforminitiativen erzeugten zwar formale Neuanfänge, blieben jedoch ohne tiefgreifende strukturelle Folgen.

Diese strukturelle Blockade wurzelt in langfristigen historischen Entwicklungen. Seit dem 19. Jahrhundert sicherten sich oligarchische Eliten die Kontrolle über Land und Ressourcen, wodurch eine soziale Ordnung festgeschrieben wurde, die sich im 20. Jahrhundert verstärkte. Ökonomisch manifestierte sich dies in einer **abhängigen Integration** in den Weltmarkt, getragen von der engen Verflechtung zwischen nationalen Eliten und externem Kapital. Ab den 1980er Jahren vertieften neoliberale Reformen diese Dynamik: Marktöffnung und Privatisierung wurden als

Modernisierungsstrategien implementiert, führten jedoch primär zur weiteren Konzentration wirtschaftlicher Macht und zur Verschärfung sozialer Disparitäten.

Parallel dazu wurde staatliche Modernisierung zunehmend sicherheitspolitisch gerahmt. Programme wie der Plan Colombia verbanden ökonomische und militärische Strategien und verschoben den Fokus von gesellschaftlicher Transformation hin zu Stabilität und Kontrolle. In diesem Prozess griffen außenpolitische Orientierung und interne Machtkoordination ineinander, wodurch Modernisierung vor allem als Anpassung an externe Anforderungen realisiert wurde. Es entstand eine Form „abhängiger Stabilität“: Wirtschaftliche Dynamik war möglich, während politische Fragmentierung, soziale Exklusion und regionale Ungleichgewichte als Konstanten fortbestanden.

Die institutionelle Funktionsfähigkeit des Staates stand dabei in einem Spannungsverhältnis zu seiner gesellschaftlichen Verankerung. Anhaltende soziale Exklusion und begrenzte Integrationsmechanismen wirkten sich auf die Durchsetzung staatlicher Autorität aus. Reformen wie die Verfassung von 1991 eröffneten neue institutionelle Räume, ihre praktische Wirkung blieb jedoch eingeschränkt, da grundlegende materielle Ungleichheiten fortbestanden. In neogramscianischer Perspektive lässt sich dies als anhaltende Herausforderung politischer Führung beschreiben, in der Stabilität durch eine Kombination aus administrativen Steuerungsmechanismen und selektiver Integration hergestellt wurde.

Die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts lassen sich somit als Fortsetzung eines Musters verstehen, das Gramsci als **passive Revolution** beschrieb. Reformen von oben dienten dazu, Krisen zu bearbeiten und das System zu modernisieren, ohne eine grundlegende Verschiebung der Machtverhältnisse zu bewirken. Oppositionelle Forderungen wurden dabei häufig im Sinne eines **trasformismo** aufgesogen und neutralisiert, indem sie in die bestehende institutionelle Ordnung integriert wurden, ohne deren hierarchische Grundlagen zu gefährden.

Im Hinblick auf die Forschungsfrage deutet die historische Entwicklung darauf hin, dass Reformprozesse in Kolumbien wiederholt innerhalb bestehender struktureller Rahmenbedingungen verblieben. Politische Öffnungen entfalteten Wirkung vor allem

dort, wo sie in bestehende Ordnungen integriert werden konnten. Vor diesem Hintergrund stellt sich für aktuelle Transformationsversuche die Frage, inwiefern die Verflechtung von ökonomischer Abhängigkeit, sozialer Ungleichheit und politischer Machtkonzentration über institutionelle Anpassungen hinaus verändert werden kann

Kernaussagen der historischen Analyse:

- **Institutioneller Wandel ohne Transformation:** Politische Reformen fungierten als Anpassungsmechanismen, die das System stabilisierten, ohne die soziale Basis zu verbreitern.
- **Verschränkung von Dependenz und Herrschaft:** Externe ökonomische Abhängigkeit und interne Machtkonzentration stützten sich gegenseitig und begrenzten nationale Handlungsspielräume.
- **Modernisierung als externe Anpassung:** Staatliche Entwicklungsprojekte waren primär auf globale Marktanforderungen und sicherheitspolitische Stabilität ausgerichtet, nicht auf interne gesellschaftliche Integration.
- **Passive Revolution als Regierungsmodus:** Mechanismen des trasformismo neutralisierten emanzipatorische Impulse und sicherten die Vorherrschaft des etablierten historischen Blocks über das gesamte Jahrhundert hinweg.

21. Jahrhundert

Der Wahlsieg Gustavo Petros im Jahr 2022 wird vielfach als Ausdruck eines politischen Richtungswechsels in Kolumbien verstanden. Vor diesem Hintergrund unterteilt sich die Analyse in zwei Abschnitte: Einerseits die Entwicklungen, die bis 2022 zur Vertiefung gesellschaftlicher Spannungen beitrugen, andererseits die politischen Reformvorhaben der neuen Regierung.

In den Jahren zwischen 2000 und 2022 nahmen bestehende soziale, wirtschaftliche und politische Konflikte weiter zu. Die staatliche Ordnung stützte sich dabei zunehmend auf sicherheitspolitische Maßnahmen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Plan Colombia. Gleichzeitig blieben zentrale Probleme wie soziale Ungleichheit, ökonomische Abhängigkeiten und gesellschaftliche Ausgrenzung bestehen. Auch die Friedensprozesse führten nur teilweise zu grundlegenden Veränderungen, wodurch Konflikte und Legitimationsprobleme weiterhin präsent blieben.

Mit dem Amtsantritt Petros rückte schließlich die Frage nach möglichen strukturellen Veränderungen stärker in den Vordergrund. Die geplanten Reformen bewegen sich dabei innerhalb bestehender nationaler und internationaler Machtverhältnisse. Untersucht wird daher, in welchem Verhältnis die aktuellen politischen Veränderungen zu den zuvor entstandenen Krisendynamiken stehen und welche Reichweite die gegenwärtigen Reformansätze unter diesen Bedingungen entfalten können.

Vom Sicherheitsstaat zur neoliberalen Ordnung (1998–2010)

Friedensrhetorik und autoritäre Hegemonie in Kolumbien

Wie im Kapitel zum 20. Jahrhundert herausgearbeitet wurde, wandelte sich in den späten 1990er Jahren die kolumbianische Staatspolitik grundlegend. Unter der Präsidentschaft Andrés Pastranas (1998–2002) trat dieser Widerspruch besonders klar hervor: Während offiziell ein Dialogprozess mit der FARC angestrebt wurde, nutzte die Regierung die Friedensrhetorik zugleich, um den Ausbau militärischer

Kapazitäten und die internationale Unterstützung, insbesondere der USA, zu sichern. Der daraus hervorgegangene Plan Colombia war weit mehr als ein Entwicklungsprogramm. Er markierte den Übergang zu einer sicherheitszentrierten, international abgestützten Staatsstrategie, in der militärische und entwicklungspolitische Maßnahmen gezielt miteinander verknüpft wurden und so eine dauerhafte Form sicherheitsorientierter Krisensteuerung institutionalisierten. Diese Entwicklung zeigt, dass Militarisierung nicht nur materiell, sondern auch institutionell vertieft wurde: Gewalt wurde rechtlich abgesichert, bevor sie politisch infrage gestellt werden konnte. Gleichzeitig gerieten soziale Bewegungen, Gewerkschaften und oppositionelle Gruppen zunehmend unter Verdacht und wurden juristisch wie politisch eingeschränkt (LaRosa et al. 2017: 243-244). Friedensrhetorik diente dabei als Legitimationsressource für eine sicherheitsstaatliche Ordnung, die Stabilität primär über Kontrolle statt über gesellschaftliche Teilhabe herstellte. Während des Kalten Krieges der Antikommunismus als Rechtfertigung diente, wurde diese Funktion später von der Drogenproblematik übernommen: „*Under Kennedy counter-insurgency was based on the threat of international communism, today the justification is based on the drug threat*“ (Petras 2001: 30). Ein besonders aufschlussreiches Beispiel für die institutionelle Verflechtung von Militär, Recht und Gewalt bietet das Massaker von Santo Domingo im Jahr 1998 (ICRC Casebook 1998). Bei einem Luftangriff der kolumbianischen Luftwaffe auf ein Dorf im Departamento Arauca kamen 17 Zivilist:innen ums Leben, darunter mehrere Kinder. Internationale Beobachter:innen, darunter die UNO und Menschenrechtsorganisationen, verurteilten den Angriff als Kriegsverbrechen. Infolge juristischer und politischer Kritik begannen die Streitkräfte, ihr Handeln rechtlich neu zu rahmen. León Marín zeigt, dass mit dem *derecho operacional* ein internes Rechtssystem entstand, das militärische Einsätze absichern sollte (2024: 68-70). Die Einführung operativer Rechtsberater:innen schuf dabei eine parallele juristische Struktur, die die Verantwortung nach innen verlagerte und zivile Kontrolle schwächte. Für die Analyse ist zentral, dass Kritik nicht zu einer Begrenzung staatlicher Gewalt führte, sondern in eine institutionelle Anpassung übersetzt wurde, die bestehende Strukturen stabilisierte. Zugleich zeigen Analysen, dass eine solche juristische Professionalisierung nur dann demokratisch legitim ist, wenn sie mit klarer ziviler Aufsicht verbunden wird (ebd.: 77). Ohne diese bleibt sie Teil jener Logik, in

der Reformen bestehende Machtverhältnisse absichern, anstatt sie grundlegend zu verändern.

Parallel dazu agierten die paramilitärischen AUC in dieser Phase als faktische Ergänzung staatlicher Gewalt und oft unter stillschweigender Duldung der Sicherheitsapparate. Zwischen 1981 und 2012 fielen rund 150 000 Menschen dem Konflikt zum Opfer, über 80 % davon Zivilist:innen, das ein deutliches Zeichen für den Verlust staatlicher Legitimität war (LaRosa et al. 2017: 231). Als die Armee im Februar 2002 eine demilitarisierte Zone der FARC gewaltsam zurückeroberte, brach der Friedensprozess endgültig zusammen (ebd.: 242-243). An die Stelle politischer Neuausrichtung trat eine weitere Militarisierung sowie die Herausbildung eines hegemonialen Blocks, der Streitkräfte, wirtschaftliche Eliten und externe – insbesondere US-amerikanische – Unterstützung vereinte (Richani 2020: 335-337). Untersuchungen weisen darauf hin, dass der Plan Colombia in der Praxis zu einem neokolonial geprägten Programm wurde, das eine Atmosphäre der Kriegslogik gegenüber grundlegenden Freiheitsrechten und sozialen Rechten erzeugte, um die Präsidialmacht zu stärken (Gómez Pinto 2024: 2).

Friedensrhetorik fungierte in diesem Zusammenhang zunehmend als Legitimationsressource für eine sicherheitsstaatliche Ordnung, in der Stabilität primär über Kontrolle und weniger über gesellschaftliche Teilhabe hergestellt wurde. Während im Kalten Krieg der Antikommunismus diese Funktion übernahm, wurde sie später durch die Drogenproblematik ersetzt: „Under Kennedy counter-insurgency was based on the threat of international communism, today the justification is based on the drug threat“ (Petras 2001: 30).

Diese Verschiebung verweist darauf, dass sicherheitspolitische Strategien nicht nur auf äußere Bedrohungen reagieren, sondern zugleich bestehende Formen politischer Steuerung fortschreiben. Kritik und internationale Aufmerksamkeit führten dabei nicht zwingend zu einer Einschränkung staatlicher Gewalt, sondern häufig zu institutionellen Anpassungen, die deren Anwendung neu rahmten und in bestehende Strukturen integrierten. Damit wird ein Muster sichtbar, in dem Reformen und rechtliche Anpassungen vor allem innerhalb bestehender Ordnungen wirksam werden und deren Stabilität unter veränderten Bedingungen sichern.

Neoliberale Sicherheitshegemonie und autoritäre Stabilisierung unter Uribe (2002–2010)

Nach dem Scheitern des Friedensprozesses setzte Álvaro Uribe Vélez (2002–2010) die sicherheitspolitische Linie konsequent fort. Unter dem Slogan *seguridad democrática* verfolgte er eine Politik militärischer Kontrolle und wirtschaftlicher Öffnung, die den neoliberalen Umbau des Staates institutionell verfestigte (LaRosa 2017: 120). Wie Richani hervorhebt, war diese Ordnung durch eine fragmentierte Hegemonie geprägt, getragen von Militär, Exekutive und internationalen Akteuren (2020: 335-337). Das Resultat war ein hybrides Regime, das auf militärischer Stärke basierte, zugleich jedoch von externer Abhängigkeit und innerer Fragmentierung gekennzeichnet blieb. Uribes Politik schuf damit die Grundlage für eine neoliberale Sicherheitsordnung, deren Stabilität weniger auf Zustimmung als auf repressiver Governance und internationaler Legitimation beruhte. Offiziell wurden die gemeinsame Bekämpfung des Drogenhandels und die Förderung demokratischer Strukturen betont, faktisch dienten US-Hilfen jedoch überwiegend militärischen Zwecken. Analysen weisen darauf hin, dass nur ein kleiner Teil der Unterstützung tatsächlich der Förderung von Demokratie und Menschenrechten zugutekam (Fatalaki 2023: 313-314). Im Rahmen des US-dominierten „war on drugs“ entstand eine enge und strukturell verfestigte Verbindung zwischen der Bekämpfung illegaler Drogen und inneren Sicherheitsdiskursen, wodurch sicherheitspolitische Maßnahmen zunehmend als Lösung gesellschaftlicher Konflikte legitimiert wurden (Devia Garzón et al. 2024: 289). James Petras betont in diesem Zusammenhang, dass Plan Colombia wesentlich zur Absicherung neoliberaler Politiken und externer Einflussnahme beitrug (2001: 37). Diese Logik neutralisierte strukturelle Konflikte durch sicherheitspolitische Integration und administrative Steuerung. Darüber hinaus war die Einbindung Kolumbiens in die US-amerikanisch dominierte Sicherheitsarchitektur nicht nur Ergebnis äußerer Einflussnahme, sondern beruhte auch auf aktiver staatlicher Anpassung. Der kolumbianische Staat übernahm de facto freiwillig die Rolle eines US-Proxys, wobei die staatliche Handlungsmacht nicht notwendigerweise zu größerer Autonomie führte, sondern zur Umsetzung hegemonialer Interessen (Estevam & Chaves Cepik 2021: 5).

Unter dem Anspruch von Modernisierung und Stabilität wurden demokratische Verfahren dabei zunehmend von sicherheitspolitischer Steuerung überlagert, während bestehende Machtasymmetrien bestehen blieben und subalterne Gruppen weiterhin marginalisiert wurden (eigene Übersetzung nach Gómez Pinto 2024: 3). Wie zudem LaRosa festhält, erwies sich die kolumbianische Ökonomie trotz ungleicher Verteilung als relativ stabil, während die zentrale politische Herausforderung weiterhin in der Überwindung sozialer Exklusion und der Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe lag (2017: 120). Insgesamt zeigt sich daran, dass Reform- und Sicherheitsprogramme nicht notwendigerweise politische Autonomie stärken, sondern bestehende Machtasymmetrien stabilisieren können, indem militärische Kontrolle, administrative Steuerung und internationale Legitimation ineinandergreifen. Diese Form der Stabilisierung ging dabei zunehmend in Strategien über, die Konflikte nicht mehr primär militärisch, sondern über selektive Integration und symbolische Versöhnung bearbeiteten.

Nach 2005 setzte die kolumbianische Regierung auf einen Prozess der „Demobilisierung“ paramilitärischer Gruppen, die zuvor eine zentrale Rolle im Konflikt gespielt hatten. Trotz ihres offiziellen Rückzugs blieben viele ihrer Strukturen bestehen und wandelten sich in neue bewaffnete Formationen um, wodurch lokale Macht- und Gewaltverhältnisse fortgeführt wurden (LaRosa 2017: 102). Die Politik der Versöhnung war dabei eng mit dem Ziel politischer Stabilisierung verbunden: Unter dem Diskurs nationaler Einheit wurden ehemalige Akteure integriert, ohne die sozialen Ursachen des Konflikts grundlegend zu verändern.

Im selben Jahr verabschiedete die Regierung das Ley 975, das paramilitärischen Kämpfern im Austausch für Strafnachlässe die freiwillige Demobilisierung ermöglichte (ebd.). Zugleich entstanden Institutionen wie eine Nationale Kommission für Reparationen und Versöhnung sowie das Centro Nacional de Memoria Histórica (CNMH). Diese waren offiziell der Aufarbeitung gewidmet, übernahmen jedoch zugleich eine ordnende Funktion im Umgang mit Erinnerung und trugen zur Stabilisierung staatlicher Legitimität bei (ebd.).

Insgesamt lässt sich beobachten, dass der Friedensprozess in institutionelle Bahnen gelenkt wurde, die bestehende Machtverhältnisse nur begrenzt veränderten. Konflikte wurden teilweise in Formen politischer Integration überführt, während

grundlegende soziale und ökonomische Ungleichheiten fortbestanden. Erinnerungspolitisch zeigte sich dies in einer Rahmung, die auf Ausgleich und Befriedung zielte, dabei jedoch bestehende Differenzen nur eingeschränkt sichtbar machte. Damit wird eine dauerhafte Verflechtung von externer Abhängigkeit, oligarchischer Kontrolle und sozialer Exklusion erkennbar, die institutionell reproduziert wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich für die gegenwärtige Situation die Frage, inwiefern politische Veränderungen diese Zusammenhänge tatsächlich verschieben können oder innerhalb bestehender Strukturen verbleiben.

Das Beispiel: Ecopetrol und Freihandelsabkommen

Vor diesem Hintergrund lassen sich die beschriebenen strukturellen Zusammenhänge anhand konkreter politisch-ökonomischer Beispiele weiter präzisieren. Im Fokus stehen dabei zentrale Politikfelder, in denen sich die Verbindung von staatlicher Steuerung, Marktintegration und externer Einbindung besonders deutlich zeigt.

Der Umbau staatlicher Steuerung verdeutlicht, wie tief marktorientierte Ordnungsprinzipien in Kolumbiens institutionelle Strukturen verankert sind. Besonders sichtbar wird dies im Energiesektor und in Freihandelsabkommen, die nationale Politik eng mit internationalen Märkten und geopolitischen Interessen verknüpfen. Diese enge Einbindung ist jedoch kein neues Phänomen, sondern knüpft an frühere Versuche an, wirtschaftliche Kontrolle stärker national zu organisieren.

Die Gründung von Ecopetrol im Jahr 1951 markierte zunächst einen Schritt hin zu größerer wirtschaftlicher Eigenständigkeit, nachdem der Staat die Förderung nach Auslaufen der Konzession des US-Unternehmens Tropical Oil übernahm (LaRosa et al. 2017: 115). Dieses Modell verband staatliche Kontrolle jedoch von Beginn an mit einer offenen Einbindung in internationale Märkte und schuf somit eher eine staatlich moderierte Integration als Autonomie im strikten Sinne (ebd.). Der entscheidende Wandel erfolgte schließlich im Jahr 2003 mit der Teilprivatisierung des Unternehmens (ebd.). Staatliche Kontrolle wurde dabei nicht aufgegeben, sondern marktorientiert reorganisiert, indem der Staat strategische Sektoren für privates

Kapital öffnete und selbst zur Trägerin dieser Transformation wurde. Damit bleibt das Eigentum zwar formal staatlich, unterwirft sich jedoch faktisch der Logik globaler Kapitalverwertung.

Diese Logik setzt sich im Freihandelsabkommen (FTA) mit den Vereinigten Staaten fort. Die Liberalisierung des Energiesektors war dabei eine zentrale Voraussetzung, um Investitionssicherheit und Marktzugang für internationale Akteure zu gewährleisten. Mit der Ratifizierung im Jahr 2011 wurde diese Öffnung institutionell abgesichert (ebd.: 101). Ecopetrol und vergleichbare Sektoren wurden damit in ein internationales Regelwerk eingebettet, das staatliche Eingriffsmöglichkeiten begrenzt und Kapitalmobilität priorisiert. Das Abkommen wirkt somit als Mechanismus, der wirtschaftspolitische Leitlinien langfristig festschreibt und nationale Handlungsspielräume einengt. Durch die völkerrechtliche Bindung wird die wirtschaftliche Ausrichtung teilweise dem direkten Zugriff politischer Entscheidungen entzogen. Daraus ergibt sich eine doppelte Wirkung: Einerseits stabilisieren diese Regelungen bestehende Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse, andererseits erhöhen sie die Kosten grundlegender Kursänderungen erheblich. Die Bedingungen politischer Gestaltung verschieben sich dadurch grundlegend: Reformen bewegen sich innerhalb festgelegter Rahmen, deren Veränderung nur unter hohen rechtlichen und ökonomischen Risiken möglich ist.

In der Verbindung von Teilprivatisierungen und Freihandelsabkommen wird sichtbar, dass nationale Politik Reformen aktiv so gestaltet, dass externe Kapitalinteressen integriert und abgesichert werden, während sie zugleich durch internationale Vorgaben und Abhängigkeiten strukturell geprägt ist. Es handelt sich somit um ein wechselseitiges Verhältnis, in dem staatliche Entscheidungen und externe Einflussfaktoren ineinandergreifen. Staatliche Steuerung verschiebt sich dabei von direkter Kontrolle hin zur Sicherung stabiler Investitionsbedingungen. Der Staat fungiert damit weniger als Gegengewicht zum Markt, sondern als dessen institutioneller Garant. Vor diesem Hintergrund entfalten Maßnahmen wie staatliche Beteiligungen nur begrenzte transformative Wirkung, solange Eigentumsverhältnisse und Investitionsregeln unangetastet bleiben (Estrada Álvarez 2013: 156).

Diese Verflechtungen verdeutlichen die strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen die Regierung Petro agiert. Veränderungen auf institutioneller Ebene führen

dabei nicht zwangsläufig zu einer Verschiebung der bestehenden Kräfteverhältnisse, da staatliche Steuerung sich zunehmend von direkter Kontrolle hin zur Sicherung stabiler Investitionsbedingungen verschiebt. Der Staat fungiert damit weniger als Gegengewicht zum Markt, sondern als dessen institutioneller Garant. Vor diesem Hintergrund entfalten Maßnahmen wie staatliche Beteiligungen nur begrenzte transformative Wirkung. Wie Estrada Álvarez betont, kann „Verstaatlichung ohne gesellschaftliche Kontrolle [...] zu anderen Formen sozialer Enteignung führen“ (2013: 156). Entscheidend ist daher nicht allein die Eigentumsform, sondern die Frage, inwiefern Eigentumsverhältnisse und Investitionsregeln tatsächlich verändert werden.

Vom Friedensprozess zur kontrollierten Reform (2010-2018)

Institutionalisierte Konfliktbearbeitung und begrenzte Transformation

Die Präsidentschaft von Juan Manuel Santos (2010–2018) verlagerte den staatlichen Fokus von der militärischen Konfrontation hin zu einer Strategie der politischen Stabilisierung, wobei die strukturelle Grundlogik der Vorjahre gewahrt blieb. Während Stabilität unter der Regierung von Álvaro Uribe vor allem mit einer Ausweitung militärischer Maßnahmen einherging, war die Politik unter Santos stärker durch institutionelle Einbindung und internationale Legitimation geprägt.

Ein zentrales Instrument dieser Neuausrichtung war das *Ley de Víctimas* von 2011, das exemplarisch für die Verschiebung hin zu einer administrativen Konfliktbearbeitung steht. Die Anerkennung der Opfer und die vorgesehenen Entschädigungsmechanismen erweiterten zwar die staatliche Verantwortung und ermöglichten symbolische Inklusion, ließen jedoch zentrale Macht- und Eigentumsverhältnisse unangetastet. Dies betrifft insbesondere die historisch gewachsene Konzentration von Landbesitz, die Rolle wirtschaftlicher Eliten in der Kontrolle territorialer Ressourcen sowie die begrenzte Durchsetzung von Rückgabeansprüchen im Kontext fortbestehender Gewalt- und Einflussstrukturen (LaRosa 2017: 245). Die Einbindung zuvor ausgeschlossener Gruppen stabilisierte

damit den institutionellen Rahmen, ohne dessen strukturelle Grenzen zu verschieben.

Diese Logik setzte sich im Friedensprozess mit der FARC fort. Mit dem Abkommen von 2016 wurde der Konflikt teilweise in institutionelle Bahnen überführt, etwa durch garantierte parlamentarische Repräsentation (LaRosa 2024: 245). Zwar reduzierte die Integration ehemaliger Konfliktakteure die unmittelbare Gewalt und stärkte kurzfristig die Stabilität, eine grundlegende Neuverteilung von Macht blieb jedoch aus (Perilla et al. 2024: 12). Reformen zielten damit primär auf die Bearbeitung akuter Konfliktfolgen und die Einbindung marginalisierter Akteure, während die strukturellen Ursachen von Gewalt weitgehend unberührt blieben.

Besonders deutlich wird dies an der Landfrage. Obwohl sie im Friedensabkommen als zentraler Bestandteil verankert war, blieb ihre materielle Umsetzung begrenzt. Die historische Konzentration von Landbesitz wurde nicht substanziell aufgebrochen, obwohl gerade diese Dimension als entscheidend für eine tiefgreifende soziale Transformation gilt. Wie Jairo Estrada Álvarez hervorhebt, fungiert die Agrarreform damit als Beispiel einer begrenzten Einbindung: Landverteilung wurde primär symbolisch adressiert, ohne die materiellen Ressourcen grundlegend umzuverteilen (2013: 156). Parallel dazu blieb die gesellschaftliche Wahrnehmung des Konflikts stark umkämpft. Die Frage, ob ehemalige FARC-Mitglieder als legitime politische Akteure oder als Kriminelle gelten, ist weiterhin Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Wie Ríos zeigt, begegneten insbesondere Teile des Militärs dem Friedensprozess mit Skepsis, da die Verhandlungen im Widerspruch zur Logik eines militärischen Sieges standen (2024: 112). Diese Spannung verweist auf eine Kluft zwischen institutioneller Reformpolitik und gesellschaftlicher bzw. sicherheitspolitischer Praxis.

Die Polarisierung zeigt sich auch in unterschiedlichen Deutungen der Konfliktursachen. Während ein Teil der Bevölkerung soziale Ungleichheit und Landkonzentration als zentrale Faktoren hervorhebt, betonen andere die Rolle der FARC im Kontext von Gewaltökonomien (LaRosa 2024: 244). Dominant blieben dabei sicherheitspolitische Narrative, die oppositionelle Akteure delegitimierten. Der Einfluss politischer und wirtschaftlicher Eliten trug dazu bei, den Konflikt als Terrorismus zu rahmen und die Guerilla als „Feinde der Nation“ zu markieren – ein

Deutungsmuster, das unter Álvaro Uribe verfestigt wurde (LaRosa 2024: 101). Diese diskursive Verschiebung stärkte staatliche Autorität und verengte zugleich den politischen Deutungsspielraum. Der Widerstand gegen den Friedensprozess verlagerte sich dabei zunehmend auf die kulturelle Ebene. Das Abkommen wurde von konservativen Akteuren als Bedrohung traditioneller Werte interpretiert und mit Debatten um „Gender-Ideologie“ verknüpft (Ríos 2024: 113). Indem an verbreitete Vorstellungen von Familie und Moral angeknüpft wurde, konnten bestehende gesellschaftliche Hierarchien im Kontext des Friedensprozesses reproduziert werden.

Vor diesem Hintergrund lässt sich der Friedensprozess als eine Form institutionalisierter Konfliktbearbeitung verstehen, die Gewalt reduziert und Integration ermöglicht, ohne die materiellen Grundlagen sozialer Ungleichheit grundlegend zu verändern. Die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (*Justicia Especial para la Paz - JEP*) als zentrales Element der Übergangsjustiz verdeutlicht diese Ambivalenz: Sie soll Verbrechen aufarbeiten und Opferrechte stärken, stieß jedoch insbesondere bei den Streitkräften auf Skepsis (Ríos 2024: 118). Empirische Studien zeigen zudem, dass die gesellschaftliche Akzeptanz solcher Institutionen stark von politischen Deutungen abhängt. Garbiras-Díaz et al. weisen darauf hin, dass Elitendiskurse maßgeblich beeinflussen, wie politische Maßnahmen bewertet werden (2023: 886-887), während lokale Akzeptanz laut Diamond eng an alltagspraktische Erfahrungen gebunden ist (2023: 1329). In diesem Sinne beschreibt Georgi den kolumbianischen Friedensprozess als „peace that antagonizes“, also als einen Prozess, der bestehende Machtverhältnisse herausfordert, ohne sie aufzulösen (2023: 175-177).

Insgesamt lässt sich die Politik dieser Phase als kontrollierte Öffnung von oben beschreiben: Gesellschaftliche Forderungen wurden in institutionelle Verfahren überführt, wodurch Konflikte bearbeitet, aber nicht strukturell transformiert wurden. Stabilität erscheint damit weniger als Ergebnis grundlegenden Wandels denn als Ausdruck der Anpassungsfähigkeit bestehender Strukturen. Unter der Präsidentschaft von Iván Duque (2018–2022) wurde dieser Spielraum weiter eingeeengt, indem externe Krisen zur Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse genutzt wurden (Sánchez & Cardozo 2024: 122). Insbesondere die Krise in

Venezuela diente als politischer Referenzrahmen, um konservative Stabilitätsnarrative zu stärken und linke Alternativen zu delegitimieren. Gleichzeitig wurde die Nähe zu den Vereinigten Staaten erneut als Garant nationaler Sicherheit betont, während regionale Kooperation an Bedeutung verlor. Dadurch verband sich die Externalisierung von Krisen mit einer innenpolitischen Konsolidierung bestehender Ordnungsstrukturen.

Diese Konstellation unter der Präsidentschaft von Iván Duque bildet die Ausgangsbedingung für die Wahlkampagne von Gustavo Petro. Dessen Reformansätze setzen zwar stärker an materiellen Fragen wie Landverteilung an, bewegen sich jedoch weiterhin innerhalb eines durch externe Bindungen und historisch gewachsene Machtverhältnisse geprägten Rahmens. Daraus ergibt sich ein anhaltendes Spannungsverhältnis zwischen Reformanspruch und strukturellen Grenzen.

Organische Krise und gegenhegemoniale Mobilisierung (2019–2022)

Die landesweiten Proteste, bekannt als Paro Nacional, markierten zwischen 2019 und 2021 den sichtbarsten Ausdruck einer Zuspitzung der bestehenden politischen und sozialen Spannungen im 21. Jahrhundert. Vor dem Hintergrund begrenzter Reformwirkungen der Friedensverhandlungen, fortbestehender sozialer Ungleichheit und anhaltender struktureller Exklusion entstanden sie in einer Phase wachsender ökonomischer Unsicherheit. Verstärkt durch die Folgen der COVID-19-Pandemie verlor das vorherrschende Entwicklungsmodell zusätzlich an Legitimität. Guerrero Hurtado beschreibt den Paro Nacional als historischen Moment, in dem langfristige strukturelle Widersprüche mit spontanen Mobilisierungen zusammenkamen und neue politische Akteure aus den inneren Spannungen kapitalistischer Akkumulation hervorgingen (2022: 85). Die Protestbewegungen bündelten unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Unzufriedenheit und machten sichtbar, dass traditionelle institutionelle Kanäle nicht mehr ausreichten, um Konflikte zu bearbeiten.

Besonders prägnant war die Mobilisierung junger, prekär beschäftigter und indigener Gruppen. In den sogenannten *puertos de resistencia* entwickelten diese Akteur:innen neue Formen kollektiver Selbstorganisation, in denen Entscheidungen

basisdemokratisch getroffen wurden. Dabei zeigt sich, dass indigene Politik zunehmend als Katalysator emanzipatorischer Mobilisierung wirkt, da sie kulturelle Selbstbehauptung untrennbar mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verknüpft (Espinosa Arango 2023: 26). Diese Verbindung wirkt einer Reduktion von Widerstand auf symbolische Anerkennung entgegen, indem sie kulturelle Identität unmittelbar mit materiellen Auseinandersetzungen verknüpft. Identität fungiert damit nicht als Endpunkt politischer Forderungen, sondern als Ausgangspunkt konkreter Kämpfe um Ressourcen, Territorium und gesellschaftliche Machtverhältnisse.

Vor diesem Hintergrund hebt Cortés hervor, dass Territorium nicht als bloßer geographischer Raum verstanden wird, sondern als relationale Einheit von Leben, Erinnerung und Autonomie, die durch Praktiken wie *caminar el territorio* politisch und pädagogisch aktualisiert wird (2024: 1051). Gerade diese Praxis verbindet symbolische Bedeutungen mit materiellen Ansprüchen, indem sie Raum als kollektives Handlungsfeld konstituiert. In der Verschränkung von Raum, Geschichte und kollektiver Praxis entstehen so Organisationsformen, die über punktuellen Protest hinausgehen und auf die langfristige Herausbildung alternativer gesellschaftlicher Ordnungen zielen. Ein zentraler Bezugspunkt indigener Widerstandsformen ist hierbei die Rückgewinnung angestammter Territorien, die als materielles und symbolisches Zentrum der Selbstbehauptung fungieren (Castro Varela & Tamayo Rojas 2020: 230). In der Arbeit von Ulloa (2023) wird dargelegt, dass dieser Widerstand auf eine Neudefinition von Raum und der Beziehung zwischen Mensch und Natur abzielt, wobei beide als untrennbar verbundene Lebewesen begriffen werden. Der Anspruch auf territoriale Autonomie ist somit untrennbar mit dem Versuch verknüpft, sich von fremdbestimmten Denkkordnungen zu lösen. Ein Ansatz, der keinen Rückzug aus bestehenden Ordnungen bedeutet, sondern eine gezielte Intervention in Machtverhältnisse darstellt.

Im Kontext der Protestbewegungen lässt sich eine veränderte Bedeutung kultureller Praktiken erkennen. Indigene Lebensweisen werden dabei nicht nur als Ausdruck von Tradition wahrgenommen, sondern auch in politische Zusammenhänge eingebunden. Kulturelle Praktiken stehen in diesem Zusammenhang für kollektive Erfahrungen und Wissensbestände, die in aktuelle Auseinandersetzungen einfließen.

Dabei werden unterschiedliche und historisch geprägte Vorstellungen innerhalb der Gemeinschaften aufgegriffen und in übergreifende politische Orientierungen überführt. Auf diese Weise können Erfahrungen von Marginalisierung in stärker strukturierte Formen kollektiven Handelns übersetzt werden, wobei territoriale Bezüge eine zentrale Rolle einnehmen, da sie sowohl die materielle Grundlage sozialer Organisation als auch einen wichtigen Bezugspunkt kollektiver Selbstverständigung darstellen. Vor diesem Hintergrund lassen sich diese Prozesse aus gramscianischer Perspektive als Formen organischer Intellektualität interpretieren: Die Bewegung entwickelt eigene Führungskräfte, Diskurse und Organisationslogiken, die den hegemonialen Block herausfordern, ohne sich ausschließlich auf bestehende Institutionen zu stützen. Zugleich wird sichtbar, dass dieser hegemoniale Block von Staat, Militär und wirtschaftlichen Eliten an gesellschaftlicher Zustimmung verliert.

Parallel zu diesen Entwicklungen reagierte der kolumbianische Staat vielfach mit repressiven Maßnahmen gegenüber den Protesten. Berichte von Human Rights Watch verweisen auf schwere Menschenrechtsverletzungen während der Demonstrationen, darunter Tötungen, sexuelle Gewalt sowie willkürliche Verhaftungen (2021). Auch die NGO Temblores dokumentierte tausende Fälle von Polizeigewalt, zahlreiche Todesfälle und mehr als 1.600 willkürliche Festnahmen (Temblores 2021). Die staatliche Reaktion macht deutlich, dass gesellschaftliche Konflikte häufig nicht über politische oder institutionelle Einbindung bearbeitet wurden, sondern vor allem durch sicherheitspolitische Kontrolle. Gleichzeitig verschieben sich die Rollen zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Nach Chatterjee übernehmen NGOs und soziale Bewegungen zunehmend Aufgaben, die traditionell staatlichen Institutionen zugeschrieben wurden, während soziale Forderungen staatlicherseits häufig unter ökonomischen Gesichtspunkten bewertet werden (2012: 135). Dadurch entstehen neue Formen gesellschaftlicher Steuerung, zugleich aber auch alternative Möglichkeiten kollektiver Organisation. Besonders dort, wo soziale Räume nicht vollständig marktförmig organisiert sind, eröffnen sich Handlungsspielräume für Praktiken außerhalb rein ökonomischer Logiken.

Die anhaltenden Auseinandersetzungen um Territorium, Landbesitz und Ressourcen verdeutlichen, dass gesellschaftliche Führung in Kolumbien nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch räumlich produziert wird. Beispiele wie der Widerstand gegen das Churimo-Wasserkraftprojekt illustrieren diese Dynamik, indem lokale Umweltkonflikte zu breiteren sozialen Bewegungen werden können (Trujillo & Losada 2024: 9). Ökologische Bewegungen stellen damit als Träger gegenhegemonialer Projekte dar, indem sie alternative Vorstellungen von Gerechtigkeit entwickeln, die Territorium, Leben und soziale Rechte miteinander verbinden.

Bieler und Morton betonen in diesem Zusammenhang die räumliche Dimension gesellschaftlicher Umbrüche: Machtverhältnisse und soziale Kämpfe werden nicht nur zeitlich, sondern auch territorial vermittelt, wodurch Raum zum zentralen Medium von Herrschaft und Widerstand wird (2018: 21-22). Die Verschränkung dieser Ebenen macht deutlich, dass gesellschaftliche Transformation dort ansetzt, wo soziale Kämpfe, territoriale Autonomie und alternative Wissensordnungen ineinandergreifen. Diese Entwicklungen legten zugleich die Grundlage für den Wahlsieg von Gustavo Petro. Die Mobilisierungen verbanden die Krise des neoliberalen Blocks mit Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und eröffneten damit neue politische Handlungsspielräume. Cerdán-Martínez und Seni-Medina beschreiben die Wahl Petros als *„one of the most atypical in Colombian history“* (2024: 2).

Für die Analyse ergibt sich daraus, dass emanzipatorische Bewegungen insbesondere dann wirksam werden, wenn sie räumlich verankert sind und kollektive Kontrolle über Ressourcen und Territorien beanspruchen. Gleichzeitig zeigt der kolumbianische Fall, dass diese Prozesse in ein Spannungsverhältnis eingebettet bleiben: Während neue Formen von Organisation und Gegenhegemonie entstehen, reagieren bestehende Strukturen mit Anpassung, Begrenzung oder Repression. Transformation erscheint damit nicht als linearer Prozess, sondern als umkämpfte Neuordnung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Zwischenfazit

Die Jahre 2000–2021 markieren in Kolumbien einen Übergang von neoliberaler Stabilisierung zu einer Phase offener gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Im Rückblick auf die Forschungsfrage, welche Mechanismen die kolumbianische Ordnung stabilisieren und wo die Potenziale für Transformation liegen, verdeutlicht dieser Zeitraum eine Verschiebung innerhalb der Herrschaftstechniken.

Unter Álvaro Uribe (2002–2010) beruhte Herrschaft vor allem auf einer harten Sicherheitslogik. Militär, Wirtschaftseliten und internationale Unterstützung bildeten einen festen Block, der im Sinne Gramscis primär auf Zwang setzte. Die systematische Kriminalisierung oppositioneller Bewegungen schuf eine Ordnung, in der Konfliktbearbeitung lediglich als militärische Kontrolle stattfand, während die strukturellen Abhängigkeiten und die Landkonzentration unangetastet blieben.

Mit Juan Manuel Santos (2010–2018) verschob sich die Strategie hin zu einer kontrollierten Integration. Die Friedensverhandlungen mit der FARC sowie die Schaffung der JEP und der Wahrheitskommission dienten der symbolischen Einbindung der Opposition. Theoretisch lässt sich dies als **passive Revolution** begreifen: Reformen absorbierten den Konflikt administrativ, ohne die ökonomische Basis oder die Eigentumsverhältnisse zu verändern. Dieser Prozess des **trasformismo** ermöglichte es dem Staat, Konsens über einen neuen Friedensdiskurs zu erzeugen, während die materielle Ungleichheit – im Sinne der **Dependenztheorie** – durch die fortgesetzte Integration in den Weltmarkt weiter vertieft wurde.

Die Legitimität dieser Ordnung blieb jedoch prekär, da sie massiv von der Steuerung des „Alltagsverstands“ abhing. Politische Signale mussten mit moralischen Deutungsmustern der Bevölkerung kompatibel sein. Frieden erscheint hier als Instrument, um Legitimität ohne materielle Umverteilung zu vermitteln. Die Jahre ab 2019 verdeutlichten schließlich die Erosion dieser Strategie: Der *Paro Nacional* (2019–2021) spiegelte eine **organische Krise** der kolumbianischen Hegemonie wider. Die Proteste vereinten strukturelle Unzufriedenheit über prekäre Lebensbedingungen mit territorialer Selbstorganisation. Indigene Gruppen verbanden dabei Forderungen nach territorialer Autonomie mit einer

Auseinandersetzung über bestehende Wissensordnungen. Die Reaktionen staatlicher Akteur:innen umfassten sowohl sicherheitspolitische Maßnahmen als auch Formen der Delegitimierung, wodurch Spannungen innerhalb bestehender politischer und ökonomischer Arrangements sichtbar wurden.

Synthese für die weitere Analyse:

- **Hegemoniale Flexibilität:** Die Herrschaft wird durch ein wechselndes Zusammenspiel von institutioneller Absorption und repressiver Gewalt reproduziert.
- **Territoriale Basis:** Dauerhafte emanzipatorische Ansätze benötigen die kollektive Kontrolle über Ressourcen und Räume, um der staatlichen Logik der „Folklore“ zu entkommen.
- **Gegenhegemonie:** Wirkliche Transformation entsteht dort, wo soziale, territoriale und epistemische Kämpfe kombiniert werden.
- **Forschungsrelevanz:** Die bisherigen Ergebnisse bilden den analytischen Rahmen für die Einordnung der Regierung von Gustavo Petro. Daraus ergibt sich die Frage, ob sein Projekt über die Logik der passiven Revolution hinausweist oder in den bestehenden strukturellen Rahmenbedingungen verhaftet bleibt.

Damit wird der analytische Rahmen skizziert: Transformation steht im Zusammenhang mit institutionellen Faktoren sowie mit historisch gewachsenen Strukturen von Marktintegration und sozialer Exklusion.

Der Pacto Histórico und der Plan Nacional de Desarrollo (2022–2026)

Mit dem Amtsantritt von Gustavo Petro im August 2022 begann in Kolumbien eine Phase, die als historischer Wendepunkt verstanden werden kann. Zum ersten Mal übernahm ein linkes Bündnis, der *Pacto Histórico*, die politische Führung des Landes. Gestützt auf die Mobilisierungen des *Paro Nacional* verband das Bündnis Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verantwortung und demokratischer Teilhabe. Petros Wahlprogramm propagierte eine *transformación por la vida*, die Umgestaltung des Staates im Zeichen von Frieden, Nachhaltigkeit und Gleichheit (Petro 2022).

Zentrale Ziele waren die Abkehr vom extraktivistischen Entwicklungsmodell, der Aufbau einer produktiveren und diversifizierten Ökonomie sowie Reformen in Land-, Steuer- und Demokratiestrukturen. Ökologische Nachhaltigkeit bildete dabei den normativen Bezugspunkt, indem soziale Gerechtigkeit mit einer Neuausrichtung der Entwicklungsstrategie verknüpft wurde. Vor diesem Hintergrund bewertet Freeman den Wahlsieg von Gustavo Petro als Versuch, politische Führung neu zu ordnen und Entwicklungsprioritäten von extraktivistischen und sicherheitspolitischen Logiken hin zu sozialer Inklusion, ökologischer Verantwortung und regionaler Kooperation zu verschieben (2023: 69-70). Getragen wurde dieser Wandel insbesondere von zuvor marginalisierten Gruppen, deren Forderungen stärker in den politischen Prozess eingebracht wurden. Partizipative Formate dienen der institutionellen Verankerung dieser Öffnung, verlagern gesellschaftliche Auseinandersetzungen jedoch zugleich in staatliche Strukturen (DNP 2023). Dadurch entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen erweiterter Repräsentation und der Frage, ob sich bestehende Kräfteverhältnisse tatsächlich verändern.

Der *Plan Nacional de Desarrollo 2022–2026* („*Colombia, Potencia Mundial de la Vida*“, dt.: „*Kolumbien, Weltmacht des Lebens*“) diese Vision in institutionelle und ökonomische Strategien. Das Leitmotiv *vida* wird als politische, soziale und ökologische Kategorie in den staatlichen Planungsdiskurs integriert und dient als Rahmen für soziale, wirtschaftliche und territoriale Reformen und reagiert direkt auf die organische Krise, die sich seit den Protesten von 2019–2021 zugespitzt hatte.

Der Plan basiert auf fünf zentralen *Ejes de Transformación Nacional* (dt.: „Transformationsachsen der nationalen Entwicklung“)

1. Ordnung des Territoriums zur Sicherung von Wasser und ökologischer Gerechtigkeit,
2. menschliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit,
3. das Menschenrecht auf Nahrung,
4. produktive Transformation, Internationalisierung und Klimapolitik,
5. regionale Konvergenz (DNP 2022–2026).

Diese Achsen greifen historisch zentrale Konfliktfelder, wie Land, Ungleichheit und Produktion, auf und verknüpfen ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Teilhabe. Der Staat soll dabei nicht länger primär als Garant von Marktbedingungen agieren, sondern als aktive Trägerin sozialer und ökologischer Umgestaltung. Darin lässt sich ein Versuch erkennen, politische Legitimität über Zustimmung und gesellschaftliche Einbindung neu herzustellen. Das Leitmotiv *vida* dient dabei als Bezugspunkt, der ökologische und soziale Fragen miteinander verknüpft und eine veränderte Ausrichtung politischer Führung anzeigt.

Gleichzeitig zeigt sich eine doppelte Dynamik: Während ein neues gesellschaftliches Projekt formuliert wird, erfolgt seine Umsetzung weiterhin innerhalb bestehender institutioneller und ökonomischer Strukturen. Die Betonung von Produktivität, Internationalisierung und Marktintegration weist darauf hin, dass eine veränderte Rhetorik nicht zwangsläufig mit einer grundlegenden ökonomischen Neuorientierung einhergeht. Progressive Forderungen werden in staatliche Programme aufgenommen, ohne zentrale Strukturen von Eigentum, Landverteilung und Kapitalflüssen wesentlich zu verändern.

Auch die Erfahrung der territorialen Programme des Friedensprozesses verdeutlicht diese Begrenzungen: Die *Programas de Desarrollo con Enfoque Territorial* (PDET) und das *Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos de Uso Ilícito* (PNIS) sollten partizipative Friedenskonsolidierung ermöglichen, erreichten jedoch keine substanzielle Veränderung des bestehenden Entwicklungsmodells (Vélez-Torres et al. 2022: 591). Ihre Umsetzung erfolgt im Rahmen von Allianzen mit regionalen

Eliten, wirtschaftlichen Akteuren und internationalen Institutionen. Reformen werden dabei eingeleitet, während bestehende Strukturen der Verteilung von Eigentum, Land und Kapital weitgehend bestehen bleiben.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen institutioneller Öffnung und struktureller Kontinuität zeigt sich nicht nur im Friedensprozess, sondern auch in anderen Politikfeldern. Ähnliche Dynamiken lassen sich in der Klimapolitik beobachten. Die zunehmende Institutionalisierung von Klimapolitik in Kolumbien kann mit technokratischen Begrenzungen einhergehen (Perdomo Marín 2025: 96). Verwaltung und Wissenschaft bearbeiten den Klimawandel häufig innerhalb etablierter Routinen, wodurch partizipative Ansätze nur eingeschränkt berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund versucht die Regierung von Gustavo Petro, ökologische Transformation mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Diese Ansätze stehen jedoch ebenfalls im Kontext bestehender institutioneller Strukturen (ebd.). Zugleich wird auf die enge Verknüpfung von ökologischer und sicherheitspolitischer Krise in Kolumbien hingewiesen: „The climate crisis in Colombia is linked at the foundational level to the security crisis in the country“ (Yoss & Reust 2024: 100).

Daran wird deutlich, dass Umweltpolitik eng mit Sicherheits- und Machtfragen verknüpft bleibt, da illegale Ökonomien, bewaffnete Kontrolle und Umweltzerstörung ineinandergreifen. Die angestrebte Neuausrichtung bewegt sich somit innerhalb globaler Abhängigkeiten, interner Machtkonstellationen und institutioneller Trägheit. In diesem Rahmen zeigt sich ihr Veränderungspotenzial vor allem darin, wie mit diesen strukturellen Bedingungen umgegangen wird.

Strukturelle Grenzen und soziale Realität

Die fortdauernde Orientierung an neoliberalen Entwicklungsmodellen spiegelt sich deutlich in den sozialen Strukturen Kolumbiens wider. Trotz wirtschaftlicher Wachstumsphasen bestehen hohe Armutsquoten, ausgeprägte soziale Ungleichheiten und ein großer informeller Arbeitssektor weiterhin fort. Ökonomische Entwicklung führt somit nur eingeschränkt zu breiter gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichzeitig verschärft die Konzentration auf extraktive Wirtschaftsbereiche regionale

Ungleichgewichte, insbesondere zwischen wirtschaftlich privilegierten urbanen Zentren und strukturell benachteiligten Regionen.

Empirische Daten des Departamento Administrativo Nacional de Estadística (DANE) bilden eine zentrale Grundlage staatlicher Problemwahrnehmung. Sie erfassen soziale Ungleichheit vor allem über monetäre Indikatoren und machen bestimmte Aspekte sichtbar, während strukturelle Faktoren wie Eigentumsverhältnisse oder territoriale Ungleichheiten nur begrenzt berücksichtigt werden. Damit liefern sie zugleich eine empirische Grundlage für die in dieser Arbeit untersuchte Persistenz sozialer Disparitäten.

Aktuelle Erhebungen zur monetären Armut zeigen, dass im Jahr 2024 36,6 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben und 12,1 % von extremer Armut betroffen sind. Zwar markieren diese Werte eine Verbesserung gegenüber den Krisenjahren 2020–2021, doch hängt diese Entwicklung maßgeblich mit temporären Sozialtransfers zusammen und verweist nicht zwingend auf eine grundlegende Veränderung der Einkommens- oder Vermögensverteilung. Auch der Gini-Koeffizient von 0,553 (2023) deutet auf eine weiterhin ausgeprägte Ungleichheitsstruktur hin.

Die landesweiten Proteste der Jahre 2019 bis 2021 sind vor diesem Hintergrund Ausdruck einer grundlegenden Spannung zwischen ökonomischer Entwicklung und sozialer Integration. Sie verweisen auf eine Situation, in der die bestehende Ordnung zwar fortbesteht, ihre gesellschaftliche Zustimmung jedoch erkennbar an Bindungskraft verliert. Die Kluft zwischen ökonomischem Fortschritt und sozialer Realität wird so zu einem zentralen Moment politischer Instabilität. Diese Dynamiken spiegeln sich im Arbeitsmarkt wider, der als zentrale Vermittlungsinstanz zwischen ökonomischer Struktur und sozialer Teilhabe fungiert. Trotz einer Erwerbsquote von 64,1 % und einer Arbeitslosenquote von 9,3 % (GEIH 2025) bleibt die Informalitätsrate von rund 55 % entscheidend. Informelle Beschäftigung verweist nicht nur auf prekäre Arbeitsverhältnisse, sondern auf eine strukturelle Begrenzung sozialer Integration: Sie entzieht große Teile der Bevölkerung stabilen Sicherungssystemen, schwächt die fiskalische Kapazität des Staates und erschwert die Herausbildung breiter sozialer Zustimmung.

Diese sozialen Ungleichheiten stehen in engem Zusammenhang mit den zuvor beschriebenen räumlichen und institutionellen Fragmentierungen. Die ungleiche staatliche Präsenz und die begrenzte Durchsetzung politischer Reformen in peripheren Regionen weisen darauf hin, dass staatliche Steuerungsfähigkeit strukturell eingeschränkt ist. Vor diesem Hintergrund erscheinen auch sozialpolitische Maßnahmen der Regierung von Gustavo Petro ambivalent: Sie zielen auf die Ausweitung sozialer Rechte, bleiben jedoch häufig auf kurzfristige Entlastungen beschränkt. Die beobachtbaren Reformdynamiken lassen sich daher als Prozesse verstehen, in denen soziale Spannungen teilweise abgefedert werden, während zentrale Strukturmerkmale, wie etwa hohe Ungleichheit, informelle Beschäftigung und die Abhängigkeit von extraktiven Sektoren, bestehen bleiben. Die Daten weisen entsprechend eher auf Kontinuitäten innerhalb bestehender Rahmenbedingungen hin als auf eine grundlegende Transformation.

Damit verdichtet sich die zentrale Problematik des Transformationsprojekts: Die Ausweitung sozialer Teilhabe bleibt an materielle Bedingungen gebunden, die weiterhin von Ungleichheit geprägt sind. Im Hinblick auf die Forschungsfrage zeigt sich ein Spannungsfeld, in dem Versuche, Zustimmung über soziale Rechte zu organisieren, auf strukturelle Begrenzungen treffen. Die Frage nach weitergehender Veränderung stellt sich somit konkret in den Bedingungen von Arbeit, Armut und staatlicher Handlungsfähigkeit.

Arbeitsmarktreform Ley 2466 de 2025

Vor dem Hintergrund der beschriebenen sozialen Spannungen erweist sich die Arbeitsmarktpolitik als zentraler Prüfstein für den Transformationsanspruch der Regierung Petro. Mit der im Juni 2025 verabschiedeten Ley 2466 de 2025 legte die Regierung eines ihrer wichtigsten Reformprojekte vor. Ziel ist die Schaffung von *trabajo digno y decente*, also menschenwürdiger, fair entlohnter und rechtlich abgesicherter Arbeit (Ley 2466 de 2025, Art. 1). Konkret zeigt sich dies in einer Reihe von Maßnahmen, die auf eine stärkere Regulierung und Absicherung von Beschäftigungsverhältnissen zielen.

Zu den Kernpunkten zählen die Stärkung unbefristeter Beschäftigung und die Einschränkung befristeter Verträge, die Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden bei gleichbleibendem Lohn, die schrittweise Anhebung des Sonntagszuschlags auf 100 % sowie erweiterte Schutzmechanismen gegen Diskriminierung, Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz, insbesondere im Hinblick auf Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit und sexuelle Orientierung. Ergänzend zielen Programme wie *CREA EMPLEO* und steuerliche Anreize für Mikrounternehmen auf die Ausweitung formeller Beschäftigung. Gleichzeitig werden neue Arbeitsformen, etwa hybride Modelle, erstmals systematisch reguliert, wodurch bislang prekäre oder rechtlich unklare Beschäftigungssegmente in den Geltungsbereich arbeitsrechtlicher Sicherung einbezogen werden. Weitere Maßnahmen betreffen die Formalisierung ländlicher und häuslicher Arbeit, die Integration von Konfliktopfern sowie den Schutz von Beschäftigten im Kontext der Energiewende.

In ihrer Gesamtheit verfolgt die Ley 2466 de 2025 das Ziel, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu reduzieren und soziale Rechte institutionell zu stärken, indem sie auf faire Entlohnung, umfassendes Wohlbefinden, sozialen Dialog und die Förderung formeller Beschäftigung abzielt (Ley 2466 de 2025, Art. 1). Damit stellt die Reform einen gezielten Versuch dar, die arbeitsmarktpolitischen Grundlagen des neoliberalen Modells zu verschieben, indem der Staat wieder stärker regulierend in die Organisation von Arbeit eingreift und soziale Absicherung als zentrales Legitimationsmoment politischer Ordnung etabliert. Gleichzeitig bleibt dieser Transformationsanspruch ambivalent. Die Umsetzung der Reform ist auf die Kooperation mit wirtschaftlichen Eliten, Unternehmensverbänden und staatlichen Apparaten angewiesen, deren Interessen strukturell mit bestehenden Akkumulationslogiken verknüpft sind. In diesem Spannungsfeld besteht die Gefahr, dass Reformen abgeschwächt, selektiv umgesetzt oder in bestehende Strukturen integriert werden. Im Anschluss an neogramscianische Ansätze, wie sie etwa von Hesketh und Morton entwickelt werden, lässt sich diese Dynamik als eine Form selektiver Einbindung interpretieren, bei der oppositionelle Forderungen aufgenommen werden, ohne die grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern (2014: 162).

Die arbeitsrechtliche Reform Ley 2466 de 2025 gehört zu den sichtbarsten politischen Vorhaben der Regierung Petro. Während frühere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen überwiegend auf Flexibilisierung und wirtschaftliche Anpassung ausgerichtet waren, legt die Reform größeren Wert auf den Schutz von Beschäftigten und soziale Absicherung. Damit verändert sich zumindest teilweise die politische Prioritätensetzung innerhalb der Arbeitsmarktpolitik. Auch wenn dadurch bestehende soziale Unterschiede nicht unmittelbar verschwinden, wird die bisherige Ausrichtung der Arbeitsordnung stärker zur Diskussion gestellt. Für die vorliegende Untersuchung ist dies relevant, weil sich an der Reform erkennen lässt, wie weit die politischen Veränderungen der aktuellen Regierung tatsächlich reichen. Entscheidend ist dabei die Frage, ob sich dadurch gesellschaftliche Machtverhältnisse verändern oder ob die Reformen innerhalb der bestehenden Ordnung bleiben.

Regierungsbilanz und strukturelle Grenzen unter Gustavo Petro (2022–2025)

Zur Mitte ihrer Amtszeit ergibt sich für die Regierung von Gustavo Petro eine differenzierte Bilanz. Nach offiziellen Angaben wurden bis 2025 zentrale Elemente des *Plan Nacional de Desarrollo 2022–2026* angestoßen, insbesondere in den Bereichen Sozialprogramme, Energiewende und Friedensförderung (Departamento Nacional de Planeación, Informe al Congreso 2025). Dem Bericht zufolge sind über sechzig Prozent der vorgesehenen Maßnahmen initiiert oder befinden sich in Umsetzung, mit einem Schwerpunkt auf Armutsreduktion, Bildung und ländlicher Entwicklung. Diese Angaben beziehen sich vor allem auf den Stand der Implementierung politischer Maßnahmen, deren konkrete Effekte von institutionellen Kapazitäten, territorialen Dynamiken und bestehenden Kräfteverhältnissen abhängen.

Analysen von Transparencia por Colombia (2025) zeigen, dass die Reichweite vieler Programme durch administrative Zersplitterung, legislative Blockaden und die Einflussnahme regional verankerter Interessensgruppen begrenzt bleibt. Besonders sichtbar wird dies bei der *Reforma Agraria Integral*, deren Fortschritt laut unabhängigen Bewertungen lediglich etwa ein Drittel des geplanten Umfangs

erreicht hat. Die Differenz zwischen programmatischem Anspruch und faktischer Umsetzung verweist auf eine längerfristige Struktur: Politische Reformprojekte werden formuliert, durchlaufen jedoch in ihrer Realisierung Selektionsprozesse, in denen bestehende Machtkonstellationen ihre Wirkung entfalten und Inhalte teilweise umformen. Dabei entstehen Kompromissformen, die gesellschaftliche Forderungen aufgreifen, sie jedoch an bestehende Interessen anpassen und so ihre transformative Reichweite begrenzen. Die Agrarfrage wird damit erneut zum zentralen Prüfstein, an dem sich entscheidet, ob politische Interventionen zu einer tatsächlichen Neuordnung führen oder innerhalb etablierter Ordnungen absorbiert werden.

Parallel dazu verfolgt die Regierung eine stark symbolisch geprägte politische Praxis. In einer öffentlichen Reden betont Petro wiederholt das Leitbild einer „sociedad de la vida“ sowie die Abkehr von extraktivistisch geprägten Entwicklungsmodellen (Presidencia de la República, Discurso 24 de diciembre de 2021). Diese Orientierung zielt darauf, Deutungsmuster zu verschieben und alternative Vorstellungen von Entwicklung zu etablieren. Zugleich zeigt sich eine strukturelle Spannung: Wo materielle Veränderungen begrenzt bleiben, gewinnt die diskursive Rahmung an Bedeutung. Politische Stabilisierung erfolgt dann verstärkt über Führung und Leitbilder, ohne grundlegende Konfliktlinien aufzulösen. Diese Spannung zeigt sich auch in der gesellschaftlichen Verankerung staatlicher Politik. Kessler et al. verweisen darauf, dass ein tief sitzendes Misstrauen gegenüber politischen und ökonomischen Eliten die Legitimität staatlicher Reformprojekte nachhaltig beeinträchtigt (2024: 8). Historisch gewachsene Erfahrungen von Marginalisierung und Gewalt tragen dazu bei, dass staatliche Institutionen weiterhin als Ausdruck partikularer Interessen wahrgenommen werden. Dies erschwert die Herausbildung stabiler Zustimmung und begrenzt die Fähigkeit der Regierung, eine breit getragene gesellschaftliche Basis für ihre Reformagenda zu schaffen - selbst dort, wo konkrete Maßnahmen auf soziale Verbesserungen abzielen.

Der Regierungsbericht 2025 hebt eine relative makroökonomische Stabilität hervor, gekennzeichnet durch moderate Arbeitslosigkeit, kontrollierte Inflation und geringes Wachstum. Diese Stabilität wird politisch als Ergebnis einer sozial-ökologischen Neuausrichtung interpretiert, steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zu einer

sozialen Realität, die weiterhin durch Ungleichverteilung, informelle Beschäftigung und territoriale Disparitäten geprägt ist. Daraus ergibt sich ein strukturelles Dilemma: Stabile Rahmenbedingungen sichern institutionelle Kontinuität, erhöhen zugleich aber den Druck, konkrete soziale Verbesserungen zu liefern.

Im Bereich der Friedenspolitik verschärft sich dieses Spannungsfeld zusätzlich. Cairo et al. betonen, dass nachhaltiger Frieden an die Reduktion strukturell verankerter Gewalt gebunden ist und nicht durch kurzfristige sicherheitspolitische Maßnahmen ersetzt werden kann (2024: 2002). Ergänzend zeigt sich, dass diese Gewaltformen eng mit historisch gewachsenen Mustern innerer Hierarchisierung verbunden sind, in denen staatliche Ordnung ohne umfassenden gesellschaftlichen Konsens stabilisiert wird (Artese & Ouviaña 2025: 205). Vor diesem Hintergrund erscheint Petros Konzept der *paz total* als potenziell weitreichendes Projekt, dessen Tragfähigkeit jedoch davon abhängt, ob es gelingt, tief verankerte Ungleichheiten und Formen sozialer Ausgrenzung tatsächlich zu adressieren. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Frieden vor allem als politischer Referenzrahmen dient, während die zugrunde liegenden Konfliktursachen fortbestehen.

Insgesamt wird deutlich, dass der Staat unter Gustavo Petro zugleich als Träger von Reformimpulsen und als Raum struktureller Begrenzungen wirkt. Politische Maßnahmen werden initiiert und institutionell verankert, stoßen jedoch auf stabile Konstellationen, die ihre Reichweite begrenzen. Damit verdichtet sich die zentrale Frage dieser Arbeit: Gelingt es der Regierung, über diskursive und institutionelle Anpassungen hinaus eine materielle Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu erreichen, oder fügt sich die Reformpolitik in bestehende Ordnungen ein?

Außenpolitische Neuorientierung und symbolische Hegemonie unter Petro

Ein zentrales Element der gegenwärtigen Regierungsphase bildet die außenpolitische Neuorientierung Kolumbiens. Unter Gustavo Petro vollzieht sich ein deutlicher Bruch mit der Linie früherer Regierungen, die das Land fest im sicherheitspolitischen und ökonomischen Einflussbereich der Vereinigten Staaten verankert haben. Während unter Álvaro Uribe und Iván Duque die enge Kooperation

mit Washington den Kern der Außenpolitik ausmachte, fokussiert Petro auf eine lateinamerikanische Achse, die auf regionaler Solidarität, wirtschaftlicher Kooperation und politischer Autonomie beruht (Reuters 2024). Diese Strategie kann als Versuch verstanden werden, Kolumbien als eigenständige Akteurin im globalen Süden zu positionieren und eine vermittelnde Rolle innerhalb Südamerikas einzunehmen.

Diese Neuausrichtung manifestiert sich konkret in der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Venezuela, gemeinsamen Energie- und Handelsinitiativen mit Brasilien, Chile und Mexiko sowie der verstärkten Teilnahme an multilateralen Foren wie CELAC und UNASUR. Außenpolitische Legitimität soll zunehmend über regionale Kooperation statt transatlantische Bindung gewonnen werden. Wie Sánchez und Cardozo hervorheben, wurden außenpolitische Themen seit dem Friedensabkommen von 2016 zu zentralen Feldern ideologischer Auseinandersetzung, insbesondere im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, Kuba und Venezuela (2024: 122). Während die venezolanische Krise unter Duque konservative Hegemonie stabilisierte, markiert Petros Politik eine bewusste Umkehr: Die Normalisierung der Beziehungen, die Wiederöffnung der Grenzen und die Kooperation in Energie- und Migrationsfragen zeigen sowohl eine pragmatische als auch symbolische Wende.

Die praktische Umsetzung dieser Strategie wird besonders im Umgang mit der venezolanischen Migration sichtbar. Laut Sánchez und Cardozo stellte die anhaltende Migration aus Venezuela die kolumbianischen Institutionen vor erhebliche Herausforderungen (2024: 129). Zwischen 2015 und 2023 erreichten laut UNHCR mehr als 2,8 Millionen Venezolaner:innen Kolumbien, womit das Land zur wichtigsten Aufnahmeregion dieser Fluchtbewegung wurde. Der Umgang mit dieser Situation zwang den Staat, soziale Inklusion und Sicherheit neu auszubalancieren und wurde damit zum Prüfstein für den Anspruch, Solidarität als Grundlage politischer Legitimität zu etablieren.

Gerade an diesem Beispiel treten jedoch auch die strukturellen Grenzen des Projekts hervor. Partizipative und inklusive Ansätze laufen Gefahr, formalisiert zu werden, ohne reale Einflussmöglichkeiten zu eröffnen. Wie Fox und Hallock betonen, besteht die Gefahr, dass Beteiligungsprozesse zu bloßen „box-ticking exercises“

werden, wenn sie nicht konsequent an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtet sind (2024: 3).

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung 2024 betont Gustavo Petro die ungleichen Machtverhältnisse im internationalen System und kritisiert, dass die politische Durchsetzungskraft von Staaten maßgeblich von militärischer und ökonomischer Stärke abhängt, wodurch insbesondere Stimmen des Globalen Südens nur begrenzt Gehör finden (United Nations 2024). Diese Position spiegelt sich auch in der politischen Ausrichtung seiner Regierung wider, die verstärkt auf Kooperation, Nachhaltigkeit und regionale Solidarität setzt, um Legitimität zu erzeugen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass diese Strategie innerhalb bestehender globaler Wirtschaftsstrukturen bleibt. Kolumbien ist weiterhin in internationale Kapital- und Finanzströme eingebunden, was den Handlungsspielraum für eigenständige wirtschaftspolitische Veränderungen beeinflusst. Vor diesem Hintergrund verweist auch Quan darauf, dass die Regierung einen Übergang zu einem nachhaltigeren Entwicklungsmodell anstrebt: „The newly elected President Petro has pledged to transition toward a new development model to grow the economy sustainably“ (2024: 150).

Die Spannung zwischen ökonomischer Eigenständigkeit und globaler Einbettung verweist auf die internationale Dimension hegemonialer Auseinandersetzungen. Während die Innenpolitik soziale Inklusion und ökologische Gerechtigkeit adressiert, verlagert die Außenpolitik diese Auseinandersetzungen auf den geopolitischen Raum. Die Realisierung nachhaltigen Wachstums als Grundlage politischer Autonomie bleibt dabei strukturell begrenzt, da tiefgreifende Veränderungen internationaler Rahmenbedingungen notwendig wären, um periphere Produktionsstrukturen nachhaltig zu stärken (Dupas 2003: 291-292).

Seit dem Amtsantritt Gustavo Petros versucht Kolumbien, außenpolitisch neue Schwerpunkte zu setzen. Ein zentrales Thema ist dabei die ökologische Transformation. Die Regierung bemühte sich um Kooperationen mit anderen Staaten, darunter auch europäischen Ländern, um Projekte im Bereich erneuerbarer Energien und des Ausstiegs aus fossilen Rohstoffen voranzubringen (Der Spiegel

2024). Damit verbindet sich die Vorstellung eines sozial abgefederten ökologischen Wandels. Gleichzeitig bewegen sich diese Vorhaben innerhalb bestehender internationaler Wirtschafts- und Machtstrukturen. Fox und Hallock weisen darauf hin, dass internationale Entwicklungsprogramme bestehende Ungleichheiten fortsetzen können, wenn lokale Interessen nicht ausreichend berücksichtigt werden (2024: 3).

Ob die außenpolitische Neuorientierung langfristig zu größeren politischen Handlungsspielräumen führt, bleibt daher offen. Zwar versucht die Regierung Petro, neue internationale Beziehungen aufzubauen, doch wirtschaftliche Abhängigkeiten und globale Kapitalverflechtungen wirken weiterhin begrenzend. Die aktuelle Regierungsphase ist deshalb besonders relevant, um zu untersuchen, ob politische Reformen auch Veränderungen bestehender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen bewirken können.

Fazit: Kolumbien im Wandel: Postneoliberale Staatlichkeit und die Grenzen der Transformation

Die Jahre 2022–2026 markieren in Kolumbien eine Phase post-neoliberaler Staatlichkeit, in der gesellschaftlicher Wandel, politische Reformen und internationale Verflechtungen aufeinander treffen. Unter Gustavo Petro zeigt sich ein Bruch mit der bisherigen neoliberalen Hegemonie, die jahrzehntelang auf technokratischer Effizienz, Sicherheitsrhetorik und transnationaler Abhängigkeit beruhte. Petros Regierungsprojekt verfolgt das Ziel, soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und demokratische Teilhabe als neue Leitbilder zu etablieren und dabei eine lateinamerikanische Achse zu stärken, die auf Solidarität, regionaler Kooperation und politischer Autonomie beruht.

Die Mobilisierung sozialer Bewegungen, indigener Gruppen und urbaner Jugendkollektive zeigte bereits im Vorfeld der Wahl 2022, dass politische Führung nicht mehr ausschließlich über Parteien, sondern zunehmend über horizontale Netzwerke und kollektive Erfahrung von Ungleichheit organisiert wird. Petros Aufstieg kann somit als Ausdruck einer hegemonialen Verschiebung verstanden werden, in der subalterne Gruppen ihre Forderungen zu einem gegenhegemonialen

Projekt verdichten, auch wenn institutionelle und ökonomische Rahmenbedingungen weiterhin neoliberale Strukturen stabilisieren.

Die außenpolitische Neuausrichtung Kolumbiens spiegelt ebenfalls diese Verschiebung wider. Die Abkehr von der traditionellen Nordorientierung, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Venezuela sowie der Ausbau regionaler und internationaler Kooperationen, wie etwa in Energie-, Handels- und Klimafragen, signalisieren den Versuch, asymmetrische Abhängigkeiten zu reduzieren und politische Legitimität verstärkt über regionale Kooperation zu erzeugen. Gleichzeitig zeigt sich, dass konservative Diskurse und historische sicherheitspolitische Narrative weiterhin Einfluss auf die Interpretation außenpolitischer Maßnahmen haben.

Die Regierung Petro versucht politische Veränderungen umzusetzen, agiert dabei jedoch innerhalb bereits vorhandener wirtschaftlicher und institutioneller Strukturen. Bestehende Machtverhältnisse beeinflussen deshalb weiterhin den Rahmen politischer Entscheidungen und begrenzen tiefgreifende Umbrüche. **Mit Gramsci lässt sich dieser Prozess als eine begrenzter Veränderung deuten.** Einzelne gesellschaftliche Forderungen werden zwar aufgenommen und in politische Reformen überführt, zugleich bleiben zentrale Strukturen der bestehenden Ordnung jedoch erhalten. Die Periode verdeutlicht auch die Bedeutung dekolonialer Ansätze: Subalterne Akteure beginnen, symbolische und materielle Ressourcen staatlicher Macht aktiv zu besetzen, und versuchen so, staatliche Reformpolitik mit gesellschaftlicher Mobilisierung zu verbinden. Die Transformation hängt dabei stets von der Verknüpfung nationaler Strukturen mit transnationalen Machtverhältnissen ab, sowohl innenpolitisch als auch geopolitisch.

Kernaussagen dieser Periode in Bezug auf die Forschungsfrage:

- Hegemonie wird durch Integration, symbolische Anerkennung und selektive Reformen stabilisiert (Passive Revolution/trasformismo).
- Gegenhegemoniale Praxis entsteht, wenn soziale, territoriale und epistemische Kämpfe kombiniert werden (Petros Aufstieg und soziale Bewegungen).

- Außenpolitik reflektiert interne hegemoniale Verschiebungen, verschiebt aber Machtbalance nur symbolisch, solange strukturelle ökonomische Abhängigkeiten bestehen.
- Nachhaltige Transformation hängt von der institutionellen Verankerung subalternen Interessen und der Verknüpfung mit nationalen und transnationalen Machtkontexten ab.

Ergebnis

Diskussion

Die vorangegangene Analyse der Präsidentschaft von Gustavo Petro ermöglicht es, zentrale Dynamiken der gegenwärtigen politischen Transformation Kolumbiens zusammenzuführen und im Hinblick auf die Forschungsfrage zu bewerten. Dabei wird deutlich, dass Kolumbien gegenwärtig als eine Formation im Übergang zu begreifen ist: Das Land bewegt sich zwischen bestehenden Machtstrukturen und einem noch im Aufbau befindlichen politischen Projekt, das soziale Mobilisierung, Reformen und neue Leitbilder zusammenführt.

Der Wahlsieg Petros im Jahr 2022 markierte einen politischen Einschnitt, der über einen bloßen Regierungswechsel hinausgeht. Er eröffnete einen Möglichkeitsraum, in dem gesellschaftliche Konflikte erneut politisiert und bislang marginalisierte Akteure sichtbar in staatliche Entscheidungsprozesse eingebunden wurden. Diese Entwicklungen beziehen sich auf die ersten Jahre seiner Präsidentschaft und sind als Prozesse in Formation zu verstehen, deren Verlauf weiterhin offen ist.

Nach diesem politischen Einschnitt zeigen sich zugleich die bestehenden Grenzen staatlicher Veränderungsprozesse. Die bisherige Regierungszeit macht deutlich, dass politische Entscheidungen weiterhin stark von institutionellen Abläufen, wirtschaftlichen Abhängigkeiten und gesellschaftlich verankerten Interessen beeinflusst werden. Dadurch entscheidet sich nicht allein auf Regierungsebene, welche Reformen tatsächlich umgesetzt werden, sondern ebenso innerhalb parlamentarischer Prozesse, staatlicher Verwaltungsstrukturen und regionaler Machtverhältnisse.

Politische Vorhaben verändern sich deshalb häufig im Verlauf ihrer Umsetzung. Manche Projekte werden abgeschwächt, andere verzögert oder an bestehende Kräfteverhältnisse angepasst. Die Entwicklungen der bisherigen Regierungsphase deuten somit eher auf schrittweise Veränderungen hin als auf einen unmittelbaren strukturellen Bruch.

Diese Begrenzungen sind nicht ausschließlich gegenwartsbezogen, sondern in langfristige Entwicklungslinien eingebettet. Bereits seit dem 19. Jahrhundert war die staatliche Entwicklung Kolumbiens durch die enge Verflechtung zentralstaatlicher Institutionen mit regionalen Eliten geprägt. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts setzte sich diese Struktur in veränderter Form fort, etwa durch klientelistische Netzwerke und territoriale Fragmentierungen staatlicher Autorität. Reformprozesse wurden wiederholt regional unterschiedlich umgesetzt und politisch selektiv gefiltert. Die gegenwärtigen Dynamiken lassen sich vor diesem Hintergrund als Fortführung historisch gewachsener Muster verstehen, in denen politische Veränderung angestoßen, jedoch durch bestehende Machtkonstellationen geformt wird.

Gleichzeitig lässt sich das Regierungsprojekt als Versuch verstehen, eine breitere gesellschaftliche Allianz zwischen staatlichen Institutionen und bislang ausgeschlossenen Gruppen zu formieren. Der Pacto Histórico integrierte feministische, indigene, afro-kolumbianische und gewerkschaftliche Akteure in ein gemeinsames politisches Projekt und verschob damit die soziale Basis politischer Repräsentation. Vor dem Hintergrund einer historisch gewachsenen politischen Ordnung, in der diese Gruppen über lange Zeit marginalisiert oder nur selektiv eingebunden waren, markiert diese Öffnung eine Verschiebung etablierter Repräsentationsmuster. Diese Öffnung wurde sowohl personell – etwa durch die Ernennung von Francia Márquez – als auch programmatisch sichtbar, insbesondere durch die Ausweitung des Friedensbegriffs auf soziale, territoriale und ökologische Dimensionen.

Die Wirkung dieser Maßnahmen entfaltet sich vor allem auf der Ebene politischer Sichtbarkeit und Deutung. Sie erweitern den Kreis legitimer politischer Akteure und stellen etablierte Vorstellungen von Entwicklung, Sicherheit und Fortschritt infrage. Gleichzeitig bleiben diese Verschiebungen an institutionelle Rahmen gebunden: Parlamentarische Abhängigkeiten, klientelistische Netzwerke und Konflikte mit Kontrollinstanzen führen dazu, dass Reformvorhaben häufig abgeschwächt, verzögert oder in Kompromisslösungen überführt werden. Politische Öffnung erfolgt somit innerhalb bestehender Entscheidungslogiken.

Die Grenzen dieser Reformpolitik zeigen sich besonders deutlich in den materiellen und fiskalischen Rahmenbedingungen. In den ersten Jahren der Präsidentschaft

bleibt der staatliche Handlungsspielraum eng an exportorientierte Sektoren gebunden, deren Einnahmen kurzfristig Stabilität sichern. Rohstoffbasierte Produktion, Energieexporte und agroindustrielle Strukturen bilden weiterhin die finanzielle Grundlage staatlicher Politik. Diese sektorale Konzentration ist historisch gewachsen und verweist auf eine langfristige Einbindung in internationale Austauschverhältnisse, die auf der Bereitstellung von Primärgütern beruhen. Daraus ergibt sich eine doppelte Struktur: Einerseits sichern diese Sektoren staatliche Einnahmen, andererseits begrenzen sie die Möglichkeiten, alternative Entwicklungsstrategien umzusetzen. Maßnahmen zur ökologischen Transformation und sozialen Inklusion bewegen sich innerhalb dieser Logik und können wirtschaftliche Abhängigkeiten bislang nur begrenzt verschieben.

Daraus ergibt sich eine strukturelle Spannung zwischen politischer Zielsetzung und materieller Umsetzung. Während politische Programme neue Prioritäten formulieren und gesellschaftliche Erwartungen verändern, bleiben die ökonomischen Grundlagen weitgehend konstant. Institutionelle Reformen und neue politische Narrative verändern die sichtbare Ausrichtung staatlicher Politik, greifen jedoch nur begrenzt in jene Mechanismen ein, die Ressourcenverteilung, Investitionsentscheidungen und langfristige Entwicklungsdynamiken bestimmen.

Im Anschluss an Antonio Gramsci sowie neogramscianische und dependenztheoretische Ansätze lässt sich diese Konstellation als eine Form begrenzter, transnational eingebetteter Transformation verstehen. Die Erhaltung ungleicher Entwicklungsverläufe und globaler Marktlogiken relativiert die nationalstaatlichen Handlungsspielräume Petros, sodass Reformen die bestehende Ordnung zwar anpassen, deren strukturelle Grundlagen jedoch unberührt lassen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass politische Handlungsspielräume nicht ausschließlich auf nationaler Ebene entschieden werden. Insbesondere auf territorialer und lokaler Ebene entstehen differenzierte Verschiebungen, die im gesamtstaatlichen Blick oft weniger sichtbar sind. Partizipative Programme, Friedensinitiativen und sozialpolitische Maßnahmen eröffnen neue Interaktionsräume zwischen Staat und Gesellschaft, in denen alternative Formen politischer Praxis erprobt werden. Diese Prozesse verändern nicht unmittelbar die makroökonomische Struktur, können jedoch lokale Machtverhältnisse verschieben und langfristig institutionelle

Lernprozesse anstoßen. Transformation erscheint damit als räumlich differenzierter Prozess.

Diese Dynamiken sind eng mit kulturellen Veränderungen verbunden, die über institutionelle Politik hinausgehen. Neue Leitbilder gewinnen an gesellschaftlicher Sichtbarkeit und verändern schrittweise die Kriterien politischer Bewertung. Wenn Entwicklung nicht mehr ausschließlich über ökonomische Charakteristika definiert wird, verschiebt sich der Rahmen dessen, was als politisch sinnvoll und legitim gilt. Zugleich bleiben etablierte Deutungsmuster wirksam. Sicherheitsorientierte Narrative, wirtschaftliche Effizienzlogiken und hierarchische Gesellschaftsvorstellungen sind historisch tief verankert und prägen weiterhin die gesellschaftliche Wahrnehmung politischer Alternativen. Kulturelle Veränderung erscheint daher weniger als Bruch denn als überlagerter Prozess, in dem neue und bestehende Deutungen parallel existieren.

Diese Gleichzeitigkeit von Öffnung und Begrenzung wird im politischen Prozess nach dem Paro Nacional 2021 besonders deutlich. Auf eine Phase intensiver außerinstitutioneller Mobilisierung folgte eine stärkere Einbindung gesellschaftlicher Forderungen in staatliche Programme. Protest wurde in institutionelle Beteiligungsformate überführt, die Teilhabe ermöglichen, zugleich jedoch Konflikte strukturieren und begrenzen. In diesem Kontext gewinnen auch alternative Entwicklungsansätze an Bedeutung. Konzepte wie *Buen Vivir* verweisen auf eine andere Logik gesellschaftlicher Organisation, die nicht primär auf Expansion und Effizienz ausgerichtet ist. Gleichzeitig werden diese Ansätze in politischen Diskursen häufig selektiv aufgenommen und in staatliche Programme übersetzt. In der praktischen Umsetzung werden solche Konzepte daher nur partiell aufgegriffen und in administrative Kategorien überführt. Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis: Alternative Perspektiven werden anerkannt, bleiben jedoch in bestehende institutionelle und finanzielle Rahmen eingebettet.

Damit ergibt sich ein differenziertes Gesamtbild: *Die Präsidentschaft von Gustavo Petro steht weder für eine abgeschlossene, tiefgreifende Transformation noch für eine bloße Fortschreibung des Status quo. Vielmehr handelt es sich um ein hybrides Szenario der Neuordnung. In Kolumbien zeigt sich aktuell eine widersprüchliche Gleichzeitigkeit:* Auf der einen Seite gibt es durch die neuen politischen Programme

und die Einbindung marginalisierter Gruppen einen spürbaren Wandel in der politischen Repräsentation. Auf der anderen Seite zeigen die historisch gewachsenen Institutionen und die exportorientierte Wirtschaft eine starke Kontinuität. Diese tief verankerten Strukturen scheinen gegen die aktuellen Reformversuche weitgehend immun zu sein. Die gegenwärtige Phase markiert somit keinen abrupten hegemonialen Bruch, sondern einen mehrschichtigen, widersprüchlichen Aushandlungsprozess, in dem sich punktuelle Veränderungen und historische Kontinuitäten permanent überlagern.

Rückführung zur Forschungsfrage und Relevanz der Analyse

Die Untersuchung der Regierungsphase Gustavo Petros zeigt, dass die politischen Entwicklungen Kolumbiens nur im Zusammenhang historischer Machtverhältnisse, institutioneller Strukturen und gesellschaftlicher Deutungsmuster verständlich werden. Politische Herrschaft entsteht dabei nicht ausschließlich über staatliche Kontrolle, sondern ebenso über gesellschaftliche Zustimmung und kulturelle Vorstellungen.

Ausgehend von Gramscis Hegemonieverständnis wird sichtbar, dass die Regierung Petro besonders auf symbolischer und gesellschaftlicher Ebene Veränderungen angestoßen hat. Die stärkere Sichtbarkeit indigener und afro-kolumbianischer Perspektiven, die Einbindung zuvor marginalisierter Gruppen sowie politische Leitbilder wie *Paz Total* oder „Colombia, Potencia de la Vida“ erweitern bestehende politische Vorstellungen und verschieben gesellschaftliche Debatten.

Gleichzeitig verweisen dependenztheoretische Ansätze auf die Grenzen solcher Reformprozesse. Die starke Einbindung Kolumbiens in globale Wirtschaftsstrukturen, die Abhängigkeit von Rohstoffexporten und der Einfluss transnationaler Kapitalinteressen begrenzen den Spielraum für tiefgreifende materielle Veränderungen. Viele Reformen stehen unter dem Druck wirtschaftlicher Stabilität sowie der Interessen politischer und ökonomischer Eliten. Der neogramscianische Ansatz verdeutlicht zusätzlich, dass solche Abhängigkeiten auch institutionell abgesichert sind, etwa durch internationale Handelsstrukturen, fiskalpolitische

Vorgaben oder andere regulatorische Rahmenbedingungen. Dadurch bewegen sich politische Reformen innerhalb eines bereits vorgegebenen strukturellen Rahmens.

Petros Reformen lassen sich im Rahmen von *trasformismo* und passiver Revolution interpretieren: Selektive Reformen, institutionelle Öffnungen und symbolische Politik integrieren oppositionelle Energien und subalterne Gruppen, erweitern Handlungsspielräume und stabilisieren zugleich bestehende Machtverhältnisse. Diese Dynamik verweist darauf, dass politische Veränderungen innerhalb eines strukturellen Rahmens stattfinden, der durch bestehende ökonomische Verflechtungen und institutionelle Regeln geprägt ist. Die Regierung kanalisiert gesellschaftliche Forderungen und übersetzt sie in regulierte Formen, ohne die grundlegenden Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse wesentlich zu verändern.

Die historische Analyse bis in die erste Phase der Präsidentschaft von Gustavo Petro (2022–2026) verdeutlicht, dass sich bestehende politische Dynamiken fortsetzen und zugleich partiell verschieben. Sichtbar wird dies insbesondere in:

- der stärkeren Einbindung zuvor marginalisierter Gruppen in politische Entscheidungsprozesse und institutionelle Strukturen,
- der Ausweitung symbolischer Repräsentation und programmatischer Leitbilder, die gesellschaftliche Deutungsmuster beeinflussen,
- einer institutionellen und diskursiven Öffnung, die begrenzte Räume für neue politische Praxis schafft,
- sowie in Reformprozessen, die punktuelle Veränderungen ermöglichen, gleichzeitig jedoch an bestehende strukturelle Rahmen gebunden bleiben.

Diese Entwicklungen verweisen auf einen langfristigen Transformationsprozess, der sich schrittweise entfaltet und nicht auf einzelne politische Zyklen beschränkt ist. Zugleich deutet sich an, dass Verschiebungen in gesellschaftlichen Wahrnehmungen und politischen Leitbildern über den nationalen Kontext hinaus Wirkung entfalten können, etwa indem sie neue Referenzpunkte für politische Aushandlungen in vergleichbaren Kontexten schaffen.

Als Ergebnis dieser Analyse lässt sich die Forschungsfrage differenziert beantworten: Unter der Präsidentschaft von Gustavo Petro zeigen sich Ansätze gegenhegemonialer Transformation, insbesondere auf kultureller, symbolischer und institutioneller Ebene. Die materielle Basis bestehender Machtverhältnisse bleibt bislang jedoch weitgehend stabil, sodass viele Reformen abgeschwächt, kanalisiert oder in Kompromisse überführt werden – Dynamiken, die sich als Ausdruck von *transformismo* und passiver Revolution verstehen lassen.

Diese Analyse zeigt daher, dass die Politik von Gustavo Petro politische Kräfteverhältnisse verschiebt und neue Räume für bislang marginalisierte Interessen und gesellschaftliche Allianzen eröffnet. Diese Entwicklung steht auch im Zusammenhang mit einer Phase erhöhter sozialer Mobilisierung, die als Ausdruck einer organischen Krise verstanden werden kann und ein politisches Gelegenheitsfenster eröffnet hat. Zugleich begrenzen strukturelle und ökonomische Rahmenbedingungen die Reichweite dieser Initiativen.

Die Präsidentschaft umfasst folglich Elemente eines gegenhegemonialen Projekts, bleibt jedoch in ihrer materiellen und strukturellen Dimension bislang deutlich eingeschränkt.

Schlussfazit und Reflexion

Die Arbeit befasste sich mit politischen Entwicklungen in Kolumbien während der ersten Amtszeit Gustavo Petros. Die Untersuchung konzentrierte sich dabei auf bestimmte historische Prozesse und theoretische Zugänge. Deshalb können die Ergebnisse nicht alle gesellschaftlichen Entwicklungen des Landes vollständig abdecken, sondern nur ausgewählte Zusammenhänge sichtbar machen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft das Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie. Die starke Ausrichtung auf Rohstoffexporte wirkt sich nicht nur auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Staates aus, sondern prägt ebenso gesellschaftliche Vorstellungen darüber, was als Entwicklung oder Fortschritt gilt. Fragen der Ressourcennutzung und territorialen Kontrolle spielen dabei eine zentrale Rolle.

Diese Arbeit legte ihren Schwerpunkt vor allem auf politische Institutionen und staatliche Akteur:innen. Deshalb konnten ökologische und ökonomische Zusammenhänge nur teilweise berücksichtigt werden. Dennoch wurde deutlich, dass soziale Ungleichheit, Umweltkonflikte und wirtschaftliche Abhängigkeiten eng miteinander verbunden sind und politische Entscheidungen wesentlich beeinflussen. Eine vertiefte Untersuchung dieser Wechselwirkungen könnte genauer zeigen, welche Möglichkeiten und Grenzen gegenhegemoniale Projekte besitzen.

Auch der Einfluss der Medien wurde nur in begrenztem Umfang behandelt, obwohl mediale Deutungen erheblich zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beitragen. Vorstellungen über Sicherheit, wirtschaftlichen Fortschritt oder politische Ordnung werden stark durch öffentliche Diskurse geprägt. Gleichzeitig beeinflusst mediale Sichtbarkeit, welche gesellschaftlichen Gruppen Gehör finden und welche politischen Forderungen als legitim wahrgenommen werden. Aufgrund sprachlicher und zeitlicher Begrenzungen konnte dieser Bereich jedoch nicht ausführlicher untersucht werden. Weiterführende Forschung könnte hier analysieren, wie Medien politische Reformen unterstützen, begrenzen oder delegitimieren.

Darüber hinaus wären auch regionale und internationale Zusammenhänge stärker zu berücksichtigen. Themen wie Migration aus Venezuela, Energiepolitik oder wirtschaftliche Kooperationen mit anderen Staaten wurden in der vorliegenden Arbeit nur am Rand behandelt. Eine umfassendere Analyse solcher Prozesse könnte verdeutlichen, wie eng kolumbianische Innenpolitik mit regionalen Entwicklungen und globalen Abhängigkeitsverhältnissen verbunden ist.

Mit Blick auf das Ende der Präsidentschaft von Gustavo Petro im Jahr 2026 verdichtet sich die politische Dynamik Kolumbiens zunehmend. Während die Arbeit die strukturellen Grenzen gegenhegemonialer Politik und die Stabilität bestehender Machtverhältnisse herausarbeitet, zeigen aktuelle Entwicklungen zugleich, dass der politische Ausgang offen bleibt. Da die kolumbianische Verfassung keine unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten vorsieht, kann Gustavo Petro bei den Wahlen 2026 nicht erneut kandidieren. Neuere Umfragen deuten jedoch darauf hin, dass das linke Regierungsbündnis trotz anhaltender Polarisierung weiterhin über gesellschaftliche Mobilisierungskraft verfügt. Laut einer von Reuters aufgegriffenen Invamer-Erhebung zählt der Kandidat des Pacto Histórico, Iván Cepeda, derzeit zu

den aussichtsreichsten Kandidaten und könnte damit die politische Linie der Regierung Petro fortsetzen (Reuters 2026). Dies verweist darauf, dass der von Petro angestoßene diskursive Wandel nicht folgenlos geblieben ist und sich teilweise in veränderten gesellschaftlichen Erwartungen und politischen Mehrheiten niederschlägt. Gleichzeitig bleibt offen, ob eine mögliche Fortsetzung progressiver Regierungspolitik tatsächlich zu einer nachhaltigen materiellen Transformation der historisch gewachsenen Macht- und Eigentumsstrukturen führen würde. Aus einer gramscianischen Perspektive zeigt sich damit weiterhin das Spannungsverhältnis zwischen diskursiver Verschiebung, institutioneller Begrenzung und struktureller Kontinuität, das für Prozesse passiver Revolution charakteristisch ist.

Ausblick für künftige Forschung:

- **Die Vertiefung** der Untersuchung zur Verknüpfung ökologischer und ökonomischer Strukturen, insbesondere extraktivistischer Produktionsweisen, und deren Einfluss auf politische Handlungsspielräume.
- **Die Analyse** der Rolle der Medien als Träger und Stabilisatoren kultureller Hegemonie sowie ihres Einflusses auf die gesellschaftliche Wahrnehmung von Reformen.
- **Eine stärkere Berücksichtigung** regionaler und transnationaler Dynamiken, wie Migration, Handelsbeziehungen und Energiepolitik, um die strukturellen Grenzen nationaler Transformationsprozesse sichtbar zu machen.
- **Eine engere Integration** kultureller, ökonomischer und institutioneller Perspektiven, um die Bedingungen für die Entstehung gegenhegemonialer Projekte umfassender zu analysieren.
- **Die kritische Reflexion** hinsichtlich der Übertragbarkeit westlich geprägter theoretischer Konzepte auf postkoloniale, periphere Kontexte.

Diese kritische Reflexion macht deutlich, dass Petros Regierungsperiode zwar Ansatzpunkte gegenhegemonialer Politik eröffnet, zentrale Dimensionen wie ökologisch-ökonomische Strukturen, mediale Einflussnahme und transnationale Verflechtungen jedoch weiter untersucht werden müssen, um die Bedingungen gesellschaftlicher Transformation umfassender zu verstehen.

Die Arbeit ist dabei nicht losgelöst von der eigenen Position zu verstehen. Als Forscherin aus einem europäischen Kontext ist der Zugang zu kolumbianischen Realitäten notwendigerweise vermittelt und begrenzt. Gerade deshalb erscheint es wichtig, die Analyse nicht nur beschreibend, sondern auch reflektiert und kritisch anzulegen. Der Fokus auf progressive Politik ergibt sich aus dem Interesse an gesellschaftlicher Veränderung, schließt jedoch bewusst eine kritische Betrachtung solcher Projekte ein. Auch Regierungen, die sich auf soziale Gerechtigkeit und Transformation berufen, bewegen sich innerhalb bestehender Machtverhältnisse und müssen daher in ihrer Wirkung differenziert analysiert werden.

Die Auseinandersetzung mit dieser Position hat gezeigt, dass analytische Perspektiven stets durch eigene kontextuelle Vorannahmen geprägt sind und daher eine kontinuierliche Reflexion der eigenen Begriffe und Deutungsmuster erforderlich ist. Zugleich wurde deutlich, dass eine distanzierte Außenperspektive sowohl Einschränkungen als auch die Möglichkeit bietet, strukturelle Zusammenhänge vergleichend einzuordnen. Ziel dieser Arbeit war es, über den konkreten Fall hinaus auch globale strukturelle Zusammenhänge sichtbar zu machen und diese im Kontext polit-ökonomischer und postkolonialer Bedingungen zu reflektieren.

Die Analyse hat verdeutlicht, dass die Interpretation politischer Transformationsprozesse stets im Spannungsfeld zwischen empirischer Beobachtung und eigener perspektivischer Einbettung erfolgt.

Literaturverzeichnis

- Andreucci, Diego 2017. Resources, regulation and the state: Struggles over gas extraction and passive revolution in Evo Morales's Bolivia. *Political Geography* 61, 170–180.
- Beigel, Fernanda 2015. Das Erbe des lateinamerikanischen Dependientismo und die Aktualität des Begriffs der Abhängigkeit. *Journal für Entwicklungspolitik* 31 (3), 11–38. <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-31-3-11>
- Bhaskar, Roy 1989. *Reclaiming reality: A critical introduction to contemporary philosophy*. London: Verso.
- Bieler, Andreas & Morton, Adam David 2018. Interlocutions with passive revolution. *Thesis Eleven* 147 (1), 9–28.
- Bolívar, Simón, Fornoff, Frederick H. & Bushnell, David (Hg.) 2003. *El Libertador: Writings of Simón Bolívar*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Borek, Johanna, Krondorfer, Birge & Mende, Julius (Hg.) 1993. *Kulturen des Widerstands: Texte zu Antonio Gramsci*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Buch-Hansen, Hubert & Nielsen, Peter 2020. *Critical Realism: Basics and Beyond*. London: Red Globe Press.
- Buch-Hansen, Hubert & Staricco, Juan Ignacio 2018. The Amsterdam School, critical realism and the study of 'deep structures'. In: *Transnational Capital and Class Fractions*, 223–227. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781351251945-18>
- Bushnell, David 1998. *The making of modern Colombia: A nation in spite of itself*. Berkeley: University of California Press.
- Cairo, Heriberto et al. 2024. From 'Territorial Peace' to 'Total Peace' in Colombia: A geopolitical balance. *Geopolitics*, 1–37.
- Candeias, Mario 2009. *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie*. Hamburg: Argument Verlag.
- Cerdán-Martínez, Víctor & Seni-Medina, Giuliano 2024. Populismo, fake news y tendencias en la campaña presidencial colombiana de 2022: Un estudio a través de Google Trends. *Revista Mediterránea de Comunicación* 15 (2), e24196.
- Chatterjee, Partha 2012. Gramsci in the Twenty-First Century. In: Srivastava, Neelam Francesca Ruth & Bhattacharya, Baidik (Hg.), *The Postcolonial Gramsci*. New York: Routledge.
- Cortés Guerrero, José David 2014. Las discusiones sobre el patronato en Colombia en el siglo XIX. *Historia Crítica* 52, 99–122.
- Crehan, Kate A. F. 2002. *Gramsci, culture and anthropology*. London: Pluto Press.
- De Smet, Brecht 2016. *Gramsci on Tahrir: Revolution and counter-revolution in Egypt*. London: Pluto Press.
- Devia Garzón, Camilo Andrés et al. 2024. Plan Colombia e Iniciativa Mérida: Identificación de los resultados en la lucha contra el problema de las drogas. *El Ágora USB* 24 (1), 281–306.

- Dhawan, Nikita 2023. *Hegemonie bilden: Pädagogische Anschlüsse an Antonio Gramsci*. 1. Auflage. Herausgegeben von María do Mar Castro Varela, Natascha Khakpour & Jan Niggemann. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Diamond, Alex 2023. The narrative construction of state (il)legitimacy in Colombia's peace laboratory. *Sociological Forum* 38 (4), 1311–1333.
- Do Mar Castro Varela, María & Tamayo Rojas, Carolina 2020. Epistemicide, postcolonial resistance and the state. *Postcolonial Studies* 23 (2), 226–240.
- Dupas, Gilberto 2003. Hegemonia norte-americana, governabilidade global e impasses nos grandes países da periferia. *Contexto Internacional* 25 (2), 273–295.
- Escobar, Arturo 2004. Beyond the Third World: Imperial globality, global coloniality and anti-globalisation social movements. *Third World Quarterly* 25 (1), 207–230.
- Espinosa Arango, Mónica L. 2023. Democracy against the grain: Indigenous politics in Colombia's southwest Andes. *Latin American and Caribbean Ethnic Studies* 18 (1), 24–46.
- Estrada Álvarez, Jairo 2013. Zur politischen Ökonomie der Sozialpolitik in Lateinamerika. In: Zelik, Raul, Tauss, Aaron & Altvater, Elmar (Hg.), *Andere mögliche Welten?* Hamburg: VSA, 151–166.
- Faletto, Enzo & Cardoso, Fernando Henrique 1976. *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Berlin: Suhrkamp.
- Fatalski, Marcin 2023. Plan Colombia: Towards new US state building policy. *Politeja* 19 (6), 305–319.
- Filippini, Michele 2017. *Using Gramsci: A new approach*. London: Pluto Press.
- Fox, Jonathan & Hallock, Jeffrey 2024. Open government and US development co-operation in Colombia. *Development Policy Review* 42 (5), e12796.
- Freeman, William 2023. Colombia tries a transformative left turn. *Current History* 122 (841), 69–74. <https://doi.org/10.1525/curh.2023.122.841.69>
- Garbiras-Díaz, Nicolás, García-Sánchez, María & Matanock, Aila M. 2023. Political elite cues and attitude formation in post-conflict contexts. *Journal of Peace Research*. <https://doi.org/10.1177/00223433231168189>
- Georgi, Raphael 2023. Peace that antagonizes. *Security Dialogue* 54 (2), 173–191. <https://doi.org/10.1177/09670106221084444>
- Gill, Stephen 2003. *Power, production and social reproduction*. London: Palgrave Macmillan.
- Gill, Stephen 2008. *Power and resistance in the new world order*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Gill, Stephen & Cutler, A. Claire (Hg.) 2014. *New constitutionalism and world order*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gramsci, Antonio 2012a–h. *Gefängnishefte 1–9*. Hamburg: Argument Verlag.
- Gramsci, Antonio 2023. *Südfrage und Subalterne*. Hamburg: Argument Verlag.
- Gómez Pinto, Ricardo 2024. Democratic engineering. *Latin American Law Review* 12, 1–28.

- Guerrero Hurtado, Oscar Alejandro 2022. Análisis de coyuntura y subjetividades políticas emergentes. *Bitácora Urbano Territorial* 32 (3), 81–93.
- Hall, Stuart et al. 2012. *Rassismus und kulturelle Identität*. Hamburg: Argument Verlag.
- Jäger, Johannes & Springler, Elisabeth 2015. *Ökonomie der internationalen Entwicklung*. Wien: Mandelbaum.
- Jessop, Bob 2015. The symptomatology of crises. *Journal of Critical Realism* 14 (3), 238–271.
- João Estevam, Carlos & Chaves Cepik, Marco Aurélio 2021. Relações militares entre Estados Unidos e Colômbia: do Plano Colômbia ao Acordo de Paz (2000–2018). *Meridiano 47 – Journal of Global Studies* 22. Verfügbar unter: <https://periodicos.unb.br/index.php/MED/article/view/34045> [Zugriff: 03.05.2025].
- Kessler, Gabriel et al. 2024. La sociedad contra las élites. *Colombia Internacional* 117, 3–32.
- LaRosa, Michael J., Mejía, Germán R. & Murray, Pamela S. 2017. *Colombia: A concise contemporary history*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- León Marín, Alejandro 2024. El derecho operacional en Colombia. *Latin American Law Review* 13.
- Merkens, Andreas & Gramsci, Antonio 2007. *Mit Gramsci arbeiten*. Hamburg: Argument Verlag.
- Modonesi, Massimo 2014. *Subalternity, antagonism, autonomy*. London: Pluto Press.
- Modonesi, Massimo 2019. *The antagonistic principle*. Leiden: Brill.
- Morondo Taramundi, Dolores 2016. Gender machineries vs. feminist movements? *Gender and Education* 28 (3), 372–385.
- Múnera, Leopoldo 2013. Soziale Bewegungen in Lateinamerika. In: Zelik, Raul, Tauss, Aaron & Altvater, Elmar (Hg.), *Andere mögliche Welten?* Hamburg: VSA, 81–93.
- Opratto, Benjamin (Hg.) 2011. *Gramsci global*. Hamburg: Argument Verlag.
- Parnreiter, C. and Akinyemi, R. (1999) Globalisierung und Peripherie : Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. 1. Aufl. Frankfurt am Main [Wien]: Brandes & Apsel Südwind.
- Perdomo Marín, Juan Camilo 2025. La institucionalización del cambio climático en Colombia. *Naturaleza y Sociedad* 11, 76–101.
- Perilla, Sergio et al. 2024. How peace saves lives. *World Development* 176, 106529.
- Pimmer, Stefan & Schmidt, Lukas 2015. Dependenztheorien reloaded. *Journal für Entwicklungspolitik* 31 (3), 4–10.
- Quan, Xiang 2024. Colombia's economic relations with China. *Global Policy* 15 (S3), 143–159.
- Quijano, Aníbal et al. 2016. *Kolonialität der Macht*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Ramos, Leonardo & Vadell, Javier 2018. Reconsidering the 'dangerous liaisons'. In: *Transnational Capital and Class Fractions*, 185–190. London: Routledge.

- Richani, Nazih 2020. Fragmented hegemony. *Studies in Conflict & Terrorism* 43 (4), 325–350.
- Ríos, Jerónimo 2024. This is not legitimate peace. *Critical Military Studies* 10 (1), 104–125.
- Rodríguez, Sebastián & Ramírez, Gilberto 2022. Liberalism in Colombia. *Economic Journal Watch* 19 (1), 142–165.
- Rosero, Luis D. & Erten, Bilge 2010. Delinking through integration. *Critical Sociology* 36 (2), 221–242.
- Salem, Sara 2021. Gramsci in the Postcolony: Hegemony and Anticolonialism in Nasserist Egypt. *Theory, Culture & Society* 38, 1, 79–99.
- Sánchez, Fabio & Cardozo, Alejandro 2024. Colombian foreign policy. *Araucaria* 56, 111–138.
- Sayer, Andrew 1992. *Method in social science*. London: Routledge.
- Schmidt, Lukas & Schröder, Sabine (Hg.) 2016. *Entwicklungstheorien*. Wien: Mandelbaum.
- Spivak, Gayatri Chakravorty 2008. *Can the subaltern speak?* Wien: Turia + Kant.
- Srivastava, Neelam 2022. Philological method and subaltern pasts. *Italian Culture* 40 (1), 49–60.
- Tickner, Arlene B. & García, Catalina 2022. *Política exterior de Colombia*. Bogotá: Universidad del Rosario.
- Trujillo Quintero, Hernán Felipe & Losada Cubillos, Jhon Jairo 2024. Conflict and resistance. *Energy Research & Social Science* 118, 103792.
- Ulloa, Astrid 2023. Aesthetics of green dispossession. *Journal of Political Ecology* 30 (1).
- Yoss, Will & Reust, Benjamin L. 2024. Climate change and security narratives in Colombia. *Global Policy* 15 (S3), 93–104.
- Zelik, Raul 2013. Von Konstellationen und Hegemonien. In: Zelik, Raul, Tauss, Aaron & Altvater, Elmar (Hg.), *Andere mögliche Welten?* Hamburg: VSA, 63–78.

Online-Quellenverzeichnis

- Buen Vivir Colombia o. J. Offizielle Website. Verfügbar unter: <https://buenvivircol.com.co/> [Zugriff: 15.10.2025].
- DANE o. J. Pobreza monetaria. Verfügbar unter: <https://www.dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/pobreza-y-condiciones-de-vida/pobreza-monetaria> [Zugriff: 15.10.2025].
- DANE 2024. *Boletín de Pobreza Monetaria 2024*. Verfügbar unter: <https://www.dane.gov.co/files/operaciones/PM/bol-PM-2024.pdf> [Zugriff: 15.10.2025].
- DANE 2023a. *Boletín de Pobreza Monetaria 2023*. Verfügbar unter: <https://www.dane.gov.co/files/operaciones/PM/bol-PM-2023.pdf> [Zugriff: 15.10.2025].

DANE 2023b. *Boletín de Pobreza Multidimensional 2022*. Verfügbar unter: https://www.dane.gov.co/files/investigaciones/condiciones_vida/pobreza/2022/bol-pobreza-multidimensional-2022.pdf [Zugriff: 15.10.2025].

DANE 2025. *Boletín GEIH agosto 2025*. Verfügbar unter: <https://www.dane.gov.co/files/operaciones/GEIH/bol-GEIH-ago2025.pdf> [Zugriff: 15.10.2025].

Departamento Administrativo de la Función Pública o. J. Norma (i=260676). Verfügbar unter: https://www.funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma_pdf.php?i=260676 [Zugriff: 15.10.2025].

Departamento Nacional de Planeación o. J. *Plan Nacional de Desarrollo 2022–2026*. Verfügbar unter: <https://www.dnp.gov.co/plan-nacional-desarrollo/pnd-2022-2026> [Zugriff: 15.10.2025].

Departamento Nacional de Planeación 2025. *Informe al Congreso 2025*. Verfügbar unter: https://colaboracion.dnp.gov.co/sites/CDDNP/Sinergia/2025/Informe_al_Congreso_2025_Version_digital_web.pdf [Zugriff: 15.10.2025].

Departamento Administrativo Nacional de Estadística o. J. Population and Demography. Verfügbar unter: <https://www.dane.gov.co/index.php/en/statistics-by-topic-1/population-and-demography> [Zugriff: 15.10.2025].

Der Spiegel 2025. COP30: Ausstieg aus Öl und Gas als zentrales Klimathema für 2026. Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/cop30-ausstieg-aus-oel-und-gas-als-zentrale-klimathema-fuer-2026-a-eed66188-2039-4fc9-bf6a-00b148ce754c> [Zugriff: 15.10.2025].

Gustavo Petro 2022. *Programa de Gobierno 2022–2026: Colombia, potencia mundial de la vida*. Verfügbar unter: <https://www.eltiempo.com/infografias/2022/05/candidatos-prueba-2/docs/plan-petro.pdf> [Zugriff: 04.11.2025].

Der Standard 2022. Kolumbiens neuer Präsident Petro will Ungleichheit und Klimawandel bekämpfen. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000138109100/kolumbiens-neuer-praesident-gustavo-petro-will-ungleichheit-und-klimawandel-bekaempfen> [Zugriff: 20.06.2022].

Human Rights Watch 2021. Colombia: Egregious police abuses against protesters. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/news/2021/06/09/colombia-egregious-police-abuses-against-protesters> [Zugriff: 15.10.2025].

Temblores ONG o. J. Comunicados. Verfügbar unter: <https://www.temblores.org/comunicados> [Zugriff: 15.10.2025].

ICRC 1998. Colombia – The case of Santo Domingo massacre. Verfügbar unter: <https://casebook.icrc.org/case-study/colombia-case-santo-domingo-massacre> [Zugriff: 04.11.2025].

Presidencia de la República de Colombia o. J. Sala de Prensa. Verfügbar unter: <https://www.presidencia.gov.co/prensa> [Zugriff: 15.10.2025].

Presidencia de la República de Colombia 2021. Declaración conjunta del Presidente de la República de Colombia. Verfügbar unter: <https://www.presidencia.gov.co/prensa/Paginas/PROYECTO-DE-DECLARACION-CONJUNTA-DEL-PRESIDENTE-DE-LA-REPUBLICA-DE-COLOMBIA-241221.aspx> [Zugriff: 15.10.2025].

Reuters 2026. Colombia's ruling left set to extend time in power as Cepeda leads, poll shows. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/world/americas/colombias-ruling-left-set-extend-time-power-cepeda-leads-poll-shows-2026-04-27/> [Zugriff: 14.05.2026].

Reuters 2024. Brazil, Venezuela reach deal after diplomatic ruptures. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/world/americas/brazil-venezuela-reach-deal-after-diplomatic-ruptures-following-contested-2024-08-05/> [Zugriff: 15.10.2025].

El Tiempo 2022. Gustavo Petro: "A partir de hoy Colombia cambia, Colombia es otra". Verfügbar unter: <https://www.eltiempo.com/elecciones-2022/presidencia/gustavo-petro-discurso-tras-ganar-las-elecciones-hoy-en-colombia-681419> [Zugriff: 20.06.2022].

Transparencia por Colombia 2025. Balance de la Acción Pública del Gobierno Nacional. Verfügbar unter: <https://transparenciacolombia.org.co/balance-accion-publica-gobierno-nacional/> [Zugriff: 15.10.2025].

The New York Times 2022. Gustavo Petro promised to transform Colombia as president. Can he do it? Verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2022/06/20/world/americas/colombia-gustavo-petro-president.html> [Zugriff: 21.06.2022].

United Nations 2024. General Debate of the 79th Session: Colombia. Verfügbar unter: <https://gadebate.un.org/en/79/colombia> [Zugriff: 24.09.2024].